

W o r t p r o t o k o l l

(redigierte Fassung)

der 26. Sitzung (öffentlich) der Enquete-Kommission
"Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten"

am Montag, dem 08. Oktober 2001,
Beginn 11.00 Uhr,
Plenarbereich Reichstagsgebäude, Raum 2 S 015,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Vorsitz: Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD)

Tagesordnung:

**„Von der Industrie- zur Wissensgesellschaft: Wirtschaft, Ar-
beitswelt und Recht, Privatisierung und Patentierung
von Wissen“**

Sachverständige:

1. Siegmар Mosdorf, Parl. Staatssekretär, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), Berlin
2. Dr. Georg Licht, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim
3. Prof. Dr. Bernd Holznagel, Institut für Medienrecht (ITM), Universität Münster
4. Prof. Dr. Karin Knorr Cetina, Universität Konstanz, Fachbereich Soziologie
5. Jürgen Knirsch, Greenpeace Deutschland, Hamburg
6. Michael Sommer, Stellv. Vorsitzender, ver.di, Frankfurt/Main
7. Dr. Carsten Kreklau, Bundesvorstand der Deutschen Industrie e.V. (BDI), Mitglied der Hauptgeschäftsführung, Berlin

Der Vorsitzende: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde gerne die Sitzung eröffnen und in Abwesenheit unserem Fraktionskollegen Reinhold Hemker zum Geburtstag gratulieren. Meine verehrten Damen und Herren, als wir die Sitzung geplant haben, war von den furchtbaren Ereignissen vom 11. September noch überhaupt nichts zu ahnen und auch nicht von der in den letzten 24 Stunden abgelaufenen ersten Reaktion. Wir sind selbstverständlich in der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ im Besonderen von den Ereignissen betroffen und werden mit Sicherheit auch systematisch auf diese Fragen zu sprechen kommen müssen. Dies hat unter anderem auch in seiner Funktion als Obmann für die CDU/CSU-Fraktion der Abgeordnete Schauerte an uns herangetragen, aber er hat damit selbstverständlich offene Türen eingerannt. Das Thema wird erst in einer Obleutebesprechung vorbesprochen. Dann sollen auch die jeweiligen Fraktionen die Möglichkeit haben, sich noch dazu zu äußern. Indem ich dieses vorwegschicke, möchte ich zum Ausdruck bringen, dass wenn wir das Thema jetzt nicht berühren, dieses nicht etwa irgendeine Symbolik der Geringschätzung dieser Probleme sein darf. Selbstverständlich sind auch die Fragen der Wissensgesellschaft von großer Bedeutung für den auf uns alle zukommenden Strukturwandel. Wir haben dazu eine Reihe von Sachverständigen für unsere öffentliche Anhörung eingeladen, die ich hiermit allesamt herzlich begrüße. Wenn ich recht verstanden habe, Herr Dr. Kreklau, mussten Sie für Herrn von Wartenberg einspringen und sind aber selbst in einem besonderen Zeitdruck. Ich schlage daher zunächst Folgendes vor, dass wir für die eher etwas grundsätzlichen Einführungsworte Herrn Dr. Licht vom ZEW in Mannheim das Wort geben und dann alsbald Herrn Dr. Kreklau die Möglichkeit geben, aus seiner Sicht die Probleme zu beleuchten und danach erst in eine Diskussion einsteigen. In diesem Sinne bitte ich jetzt Herrn Dr. Licht um das Wort.

Sachverständiger Dr. Georg Licht: Man hat mich gebeten, über den Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit, der im Auftrag des Bundesforschungsministeriums jährlich erstellt wird, zu berichten und besonders auf die Fragen der Kommission einzugehen. Ich werde mich in einem kurzen einführenden Vortrag darauf beschränken, einige Grundzüge dieses Strukturwandels herauszuarbeiten und auf einige der Handlungsfelder, die wir in diesem Bericht aufzeigen, hinzuweisen. Als Ausgangspunkt werde ich das Fazit des diesjährigen Berichtes nehmen, welches sich in fünf

Punkten zusammenfassen lässt. Erstens ist festzustellen, dass wir in den letzten Jahren seit 1996 ein vergleichsweise günstiges weltwirtschaftliches Umfeld hatten. Davon ausgelöst wurden Entwicklungen in den technologieintensiven Branchen, die eine Reihe von Schwächen, die nach wie vor vorhanden sind, im Bereich der Zukunftsvorsorge überdecken. Man hat den Eindruck, dass die Innovationskraft Deutschlands gerade im internationalen Wettbewerb enorm zugenommen hat, allerdings kann man nicht von einer nachhaltigen Festigung sprechen. Aus unserer Sicht und insbesondere bei den langfristig wirkenden Investitionen, wie den Bildungsinvestitionen, lässt sich kein eindeutiger Aufwärtstrend identifizieren. Wir interpretieren auch die Probleme, die am Arbeitsmarkt für Hochqualifizierte vorhanden sind, nämlich eine Knappheit im Bereich von IKT-Fachkräften und von Ingenieuren, unter denen eine Reihe von Branchen leidet, als Vorbote von strukturellen Engpassfaktoren, die die Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung tendenziell begrenzen könnten. Von daher ist auf einer breiten Basis eine Verstärkung der Investition in Bildung, Ausbildung, Forschung und Entwicklung - das sind die Zukunftsinvestitionen - notwendig. Ausgangsbasis für das Nachdenken über Veränderungen in der Innovationspolitik sind die traditionellen Stärken des Innovationssystems. Diese lassen sich im internationalen Vergleich folgendermaßen zusammenfassen:

- 1) eine sehr hohe Absorptionsfähigkeit auf Seiten der Unternehmen - allerdings entlang vorgezeichneter technologischer Entwicklungslinien
- 2) eine sehr schnelle Diffusion neuer Techniken in der Industrie entlang dieser vorgezeichneten Entwicklungspfade
- 3) und sozusagen als Basis für beide Punkte, eine hohe fachliche Breite unterschiedlicher Industriezweige - Automobilbau, Maschinenbau usw.
- 4) regional verteilte Forschungskapazitäten in der Industrie und in der öffentlichen Forschung, die sehr viel weiter gestreut sind als in den meisten Ländern mit der Ausnahme der USA vielleicht
- 5) und eine qualitativ hochwertige Wissensbasis, aber primär auf das duale Bildungssystem ausgerichtete Investitionen in Humankapital.

Von daher ergeben sich vier breit definierte Handlungsfelder für die Innovationspolitik. Eine Innovationspolitik sollte angesichts der globalen Änderung nicht mehr nur die Aufgabe eines spezifischen Ministeriums sein, sondern sie hat auch viel zu tun

mit der Öffnung der Märkte, der Regulierung und den Investitionen in Bildung und Ausbildung. Wir brauchen nach wie vor eine Stärkung der FuE- und der Innovationspotenziale der Unternehmen. Angesichts der veränderten Bedeutung der FuE-Infrastruktur sind in diesem Bereich tiefgreifende Reformen notwendig. Vieles ist hier angelegt in der Politik der letzten Jahre. Allerdings muss dieser Weg konsequent weitergeführt werden, und wir brauchen auch weitere Deregulierungsschritte. Denn Deregulierung und Wettbewerb sind eine effektive Methode, um Innovationspotenziale auf Seiten der Unternehmen zu erhöhen, wie die Deregulierung in der Telekommunikation gezeigt hat.

Noch einmal zum Ausgang: Was Sie hier sehen, sind für die letzten 20 Jahre die Veränderungen der Beschäftigung in der gewerblichen Wirtschaft. Die Wirtschaft ist hier aufgeteilt in Branchen mit einem sehr hohen Anteil an Hochqualifizierten (primär Universitäts- und FH-Absolventen) und Branchen, bei denen der Einsatz von Humankapital unterdurchschnittlich ist. Sie sehen hier deutlich, dass die Branchen mit einem sehr hohen Einsatz an Humankapital eine deutlich bessere Beschäftigungsentwicklung verzeichnen. Allein von daher ergibt sich eine zusätzliche Nachfrage nach Qualifizierten. Dies gilt für das produzierende Gewerbe als auch für den Dienstleistungssektor. Der Dienstleistungssektor ist der einzige Bereich, bei dem auch die Nachfrage der wenig humankapitalintensiv produzierenden Unternehmen in den letzten Jahren zugenommen hat.

Der Vorsitzende: Gibt es eine Erklärung für diesen Ausreißer beim „Produzierenden Gewerbe“, die dritte Säule?

Sachverständiger Dr. Georg Licht: 1990/96 war ein rapider Einbruch der Nachfrage nach Investitionsgütern und in der Automobilindustrie. Das ist auch in den letzten dreißig Jahren die einzige Phase, die sozusagen abnormal war. Das sehen Sie hier noch einmal deutlicher, jetzt nicht an der Beschäftigung, sondern den Investitionen und nur auf die Industrie bezogen. Deutlich ist ein riesiger Einbruch in diesen Jahren mit der entsprechend geringeren Nachfrage nach Investitionsgütern. Die FuE-intensiven Industriezweige haben nach der Krise deutlich angezogen und inzwischen das Niveau Anfang der 90er Jahre in nominaler Rechnung - das ist nicht preisberei-

nigt - überholt. Die nicht FuE-intensiven Bereiche liegen hingegen auch heute noch deutlich unter dem Niveau von Anfang der 90er Jahre. Investition ist immer auch ein Vorbote zukünftiger Entwicklungen, da sich in ihnen die Entwicklung der Unternehmen widerspiegelt. Und es ist sehr deutlich, dass in Deutschland nur die FuE-intensiven Industriezweige wachsen. Man sollte aber davon ausgehen, dass auch in diesen Industriezweigen auf Grund des zunehmend internationalen Wettbewerbs, der gerade auch in den FuE-intensiven Industriezweigen durch die Globalisierung zugenommen hat, kaum zusätzliche Beschäftigungspotenziale zu gewinnen sind. Man hat in den letzten Jahren gesehen, dass eigentlich nur der Automobilbau zusätzliche Beschäftigung geschaffen hat.

Den Strukturwandel hin zu den wissensintensiven Branchen erkennt man auch, wenn man sich die Trends in der Gründungsaktivität in Deutschland anschaut. Was Sie hier auf dieser Graphik sehen, sind einmal Gründungsaktivitäten in der Industrie und im unteren Bereich die Gründungsaktivitäten im Dienstleistungssektor. Das erste, was man feststellen muss, ist, dass die Unternehmensgründung – also das Entstehen neuer Unternehmen – eine deutlich höhere Dynamik im Dienstleistungssektor aufweist. In der Industrie in den 90er Jahren - insbesondere in der zweiten Hälfte der 90er Jahre – erkennen wir einen Rückgang der Anzahl der neuen Unternehmen in beiden Bereichen mit Ausnahme der Spitzentechnik, also in den Wirtschaftszweigen mit besonders hoher FuE-Intensität. Im Dienstleistungssektor haben wir in nahezu allen Zweigen eine Zunahme der Gründungsaktivitäten, besonders auffällig im Jahr 1999. Dies beschreibt den Internetboom, eine sprunghafte Zunahme der Gründungen in nahezu allen technischen Dienstleistungsbereichen, insbesondere Informationsdienstleistung, und Beratungsdienste im Kontext der Verbreitung von Informationstechnik. Vorläufige Daten für 2000 deuten darauf hin, dass sich der Boom fortgesetzt hat. Allerdings konnten keine weiteren Steigerungen mehr verzeichnet werden. Dieser sektorale Wandel bedeutet schon allein eine zusätzliche Nachfrage nach Hochqualifizierten. Allerdings findet die Nachfrageverschiebung zu Hochqualifizierten noch stärker innerhalb der Industriezweige statt. Was Sie hier sehen, ist einmal für die Industrie insgesamt die Beschäftigungsentwicklung – das ist die rote Linie –, die tendenziell eine schwache Zunahme Ende der 80er, seit Beginn der 90er Jahre eine Tendenz zur Abnahme zeigt. Die grüne Linie ist die Beschäftigung im Dienstleistungssektor ohne Staat und private Haushalte. Diese strukturellen Verschiebungen

sind nicht überraschend. Was aber überraschend ist, ist, dass auch in der Industrie in Zeiten, in denen die Beschäftigung abgebaut wurde, zusätzlich Hochqualifizierte eingestellt wurden. Auch innerhalb der Industriezweige zeigt sich also eine deutliche Verschiebung zu Gunsten der Hochqualifizierten. Wir sehen dasselbe auch in den Dienstleistungssektoren. Eine der treibenden Kräfte, die hinter dieser Verschiebung der Qualifikation steht, ist die Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnik. Insbesondere werden zusätzliche Hochqualifizierte zum Einsatz von Informationstechnik benötigt.

Das hier ist eine Statistik, die in der letzten Woche von der OECD veröffentlicht wurde. Sie zeigt die Investitionen in intangibles Kapital - das ist die Summe aus FuE, Software und tertiärer Bildung – und andererseits die Investitionen in Sachkapital, jeweils immer gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Im Hinblick auf die Sachkapitalinvestitionsquote gibt es kaum Unterschiede zwischen den Ländern. Im Hinblick auf die Investitionen in intangibles Kapital bestehen hingegen große Unterschiede. Dies hier ist die Position Deutschlands, das eindeutig unterhalb des OECD-Durchschnitts liegt. Im Bereich der Investitionen in FuE steht Deutschland noch vergleichsweise gut da. Die Schwächen sind insbesondere im Bereich der Bildungsinvestitionen zu finden und im Bereich der Investitionen in Software insgesamt. Dies galt 1999. Man kann jetzt einwenden, dass gerade bei den Investitionen in Bildung zwischen den Ländern sehr hohe Effizienzunterschiede im Bildungssystem bestehen. Daher kann man zur Positionsbestimmung auch die Abschlusszahlen - quasi als Output des Bildungssystems - heranziehen. Dies zeigt dann, dass in der traditionellen Domäne Deutschlands, der dualen Bildung, im Prinzip nahezu alle OECD-Länder aufgeschlossen haben. Das heißt der Vorsprung, der lange Zeit bestand, ist fast nicht mehr vorhanden. Die Graphik zeigt für alle Länder die zunehmende Bedeutung der Hochschulausbildung. Aber je jünger die betrachteten Alterskohorten sind, desto geringer ist der Vorsprung, den Deutschland vor den meisten Ländern hat. Bei den 50- bis 60jährigen ist noch vergleichsweise ein hoher Vorsprung im Verhältnis zu anderen Ländern zu verzeichnen, bei den 35- bis 45jährigen ist er schon deutlich geringer, bei den 30- bis 35jährigen kaum noch vorhanden. Auch das zeigt die Langfristigkeit, mit der man Bildungsinvestitionen angehen muss, belegt aber auch die Gefährdung der Position Deutschlands, insbesondere in der Situation eines Wirtschaftsstrukturwandels zugunsten der Nachfrage nach Hochqualifizierten.

Ein zweites Thema, das ich heute ansprechen möchte, ist, dass sich im Zuge der Globalisierung auch die Struktur der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Unternehmen sehr stark geändert hat. Ich will jetzt hier nicht auf Details eingehen, sondern nur einige Grundzüge ansprechen:

- 1) Die langfristig orientierte strategische Forschung der Unternehmen verlor relativ zu kurzfristig orientierten, marktorientierten, dezentralen FuE-Aktivitäten an Gewicht. Im Ergebnis ist FuE sozusagen produktiver geworden. Allerdings - und das hat sich in den letzten Jahren herausgestellt und insofern ist diese Entwicklung auch etwas gebremst worden -, dass die langfristigen Grundlagen, insbesondere auch die Absorption des Know-how's öffentlicher Einrichtungen schwieriger geworden ist.
- 2) Wir haben die Verschiebung in der sektoralen Struktur der FuE-Aktivitäten weltweit. Die Länder spezialisieren sich zunehmend auf einzelne Bereiche. In Deutschland wird ein zunehmender Anteil der Forschung und Entwicklung von der Automobilindustrie getätigt. Noch vor 20 Jahre entfielen auf die Automobilindustrie ca. 10 Prozent der gesamtwirtschaftlichen FuE-Aufwendungen, inzwischen sind es knapp ein Viertel aller FuE-Aktivitäten der Wirtschaft. Die Zunahme der FuE-Aktivitäten der Wirtschaft in den letzten Jahren kommt in Deutschland nahezu ausschließlich durch die Automobilindustrie. Das zeigt einerseits die zentrale Bedeutung, andererseits aber auch eine zunehmende Monostruktur der Wirtschaft mit einer Kanalisation auf eine zyklisch krisenanfällige Branche. Dies ist sicherlich eine Entwicklung, die man mit Sorge verfolgen sollte.
- 3) Insgesamt sehen wir auch eine regionale Verschiebung der Gewichte der FuE-Tätigkeit in der Wirtschaft. In den 90er Jahren verliert Mitteleuropa an Gewicht. In Europa zeigt sich eine Gewichtsverlagerung der unternehmerischen FuE-Potenziale zu den skandinavischen Ländern. Gleichzeitig ist am Ende der 90er Jahre ein massiver Zuwachs an FuE-Potenzialen in den USA zu verzeichnen. Der Zuwachs in den USA entspricht ungefähr dem Innovationspotenzial in Deutschland. Dieser Vergleich zeigt die Größenordnung der Verschiebung.
- 4) Wir verzeichnen eine Verstärkung der Internationalisierung der Unternehmen im Bereich FuE. Das ist im Wesentlichen eine Folge der Internationalisierung der Unternehmen, indem Unternehmen zugekauft oder eingegliedert werden. FuE wird quasi mitgekauft. Von einem Trend zur Verlagerung von FuE-Aktivitäten aus

Deutschland heraus lässt sich nicht sprechen. Deutschland ist als Standort für Forschung und Entwicklung ausländischer Unternehmen gut positioniert. Die Internationalisierung der einheimischen FuE-Potenziale in Deutschland liegt ungefähr in der gleichen Größenordnung wie in den USA. Kleinere Länder weisen deutlich höhere Anteile der Internationalisierung ihrer einheimischen FuE-Potenziale auf.

In diesem Kontext möchte ich auch betonen, dass sich die steuerliche Situation der Unternehmen - und Forschung und Entwicklung wird zunehmend aus dem Gewinn der Unternehmen finanziert - deutlich verbessert hat. Nichtsdestotrotz im Hinblick auf die steuerliche Behandlung von Forschung und Entwicklung liegt Deutschland, dies zeigen diese OECD Berechnungen, hier immer noch relativ weit hinten. Ein Grund dafür ist, dass viele Länder in den letzten 10 Jahren steuerliche Gutschriften für Forschung und Entwicklung eingeführt haben, insbesondere auch für kleine Unternehmen (z. B. Niederlande, Großbritannien, Frankreich, aber auch die USA, Australien, Kanada). Dies ist eine Möglichkeit, noch stärkere Impulse an die Unternehmen zu geben, mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren.

Ein drittes Thema, das man im Auge behalten sollte, ist, dass im Zuge dieses Strukturwandels die öffentliche Forschung eine höhere Beachtung gewonnen hat. Das kann man an zwei Dingen feststellen:

- 1) Zunehmend häufig wird in Patentschriften auf die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeiten direkt verwiesen. Dies zeigt sich für alle betrachteten Länder. Es ist ein Beleg dafür, dass die öffentliche Wissenschaft sehr viel stärker auch in den Unternehmen wahrgenommen wird.
- 2) Auch in Deutschland ist ein größeres Bewusstsein auf Seiten der öffentlichen Einrichtungen entstanden, dass man auch ökonomisch verwertbare Erfindungen schützen muss. Und wie man hier sieht, ist ein deutlicher Anstieg der Anzahl der Patentanmeldungen deutscher wissenschaftlicher Einrichtungen über die letzten 20 Jahre zu verzeichnen. Man kann auch deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Einrichtungen herausarbeiten, das will ich heute jedoch unterlassen. Was dahinter steht, ist zum großen Teil das Aufkommen neuer Technologien (IT, Biotechnologie). Der Anteil der großen Pharmakonzerne an den Patentanmeldungen ist deutlich geschmolzen in den 90er Jahren, ausgeweitet haben sich die Patentanmeldungen aus der außeruniversitären Forschung, der Biotechnologie-

Unternehmen und dem, was in der Patentstatistik unter Einzelerfinder subsumiert wird. Das sind aber primär Hochschulprofessoren, die hier auf der Basis der deutschen Rechtssituation als Privatperson, als Einzelerfinder auftauchen. Das heißt: Für die technologische Dynamik ist das Know-how in der Biotechnologie der öffentlichen Wissenschaft deutlich relevant für die ökonomischen Aktivitäten, denn sonst würden keine Patentanmeldungen getätigt werden. Das heißt, in diesem Wandel müssen sich öffentliche Einrichtungen auch neu positionieren, hier gibt es eine ganze Reihe von Aktivitäten, die wir dann im Einzelnen diskutieren können.

Zur Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechniken:

Was wir feststellen ist eine extrem breite Bedeutung für alle Branchen, insbesondere für Finanzdienstleister. Informations- und Kommunikationstechnik waren verantwortlich für die Schaffung neuer Innovationspotenziale, insbesondere im Dienstleistungsbereich, und wir glauben, dass die Geschwindigkeit, mit der solche Technologien in der Wirtschaft diffundieren, nicht abnehmen wird, weil die technologische Dynamik eigentlich nicht geringer werden wird. Wir finden auch in Deutschland einen Wachstumsbeitrag von Informations- und Kommunikationstechnik. Die Graphik zeigt für unterschiedliche Länder die Beiträge der Investitionen in Informationstechnik zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum in den 90er Jahren. Diese Schätzung ist mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Deswegen habe ich hier einen optimistischen und einen pessimistischen Wert angegeben. Man sieht aber auch, dass in Deutschland 0,3 Punkte des Wachstums, das in der Größenordnung von 1,5 Prozent in den 90er Jahren lag, auf die zusätzlichen Investitionen in Informationstechnik zurückzuführen waren. In anderen Ländern ist das deutlich mehr, das hängt zum Teil auch mit deren höherem gesamtwirtschaftlichem Wachstum zusammen.

Abschließend möchte ich noch mal diesen Trend betonen: Wir haben einen Trend zur Akademisierung der Beschäftigung durch die Verschiebung zwischen den Branchen, aber auch durch die Einführung neuer Technologien und bedingt durch die Globalisierung innerhalb der einzelnen Branchen, eine zunehmende Nachfrage nach Hochqualifizierten und eine eher zurückgehende Nachfrage nach Geringqualifizierten. All das hat gemeinsam mit dem etwas stärkeren gesamtwirtschaftlichen Wachstum der letzten Jahre dazu beigetragen, dass viele Branchen inzwischen über Facharbeitermangel klagen. Das betrifft nicht nur die Informations- und Kommunikationstechnik, sondern insbesondere auch die Ingenieure. Ein Problem ist, dass die

Studienentscheidungen häufig unabhängig von Arbeitsmarktperspektiven gefällt werden und auch aufgrund der langen Studiendauer so gefällt werden müssen. Die Reform des Studiums ermöglicht kürzere Studienzeiten und damit eine deutlich höhere Ausrichtung an Arbeitsmarkt-Notwendigkeiten. Man sieht bei Fachhochschulern, die deutlich sensibler auf Arbeitsmarktveränderungen als beispielsweise Universitätsabsolventen reagieren, dass das auch mit der Dauer des Studiums zusammenhängt. Die Studienreformdiskussion sollte unter diesem Gesichtspunkt geführt werden. Das war das, was ich sagen wollte. Danke.

Der Vorsitzende: Sehr herzlichen Dank, Herr Dr. Licht. Ich wiederhole jetzt etwas, was ich vor Ihrem Vortrag gesagt habe, dass ich nunmehr Herrn Dr. Carsten Kreklau das Wort geben und dann erst in eine kurze Diskussion eintreten würde.

Sachverständiger Dr. Carsten Kreklau: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, für die Einladung und auch für die Rücksichtnahme. Ich habe Ihnen ein schriftliches Statement vorgelegt. Die Tatsache, dass Herr Dr. Licht uns hier schon mit einer guten Fundierung den Boden bereitet hat für die weitere Auseinandersetzung mit dem Thema und eigentlich auch für mich, gestattet es mir, mich etwas kürzer zu fassen und mich auf einige Punkte zu beschränken, die ich gerne besonders herausheben möchte. Wir haben ja in der Vergangenheit oft die Befürchtung gehabt, dass der Strukturwandel, mit dem wir es zu tun haben, dazu führt, dass Deutschland als Industriegesellschaft und Industriestandort einen gänzlich anderen Charakter annimmt. Ich glaube, das haben auch die Zahlen, die wir eben gerade gesehen haben, gezeigt, dass man davon so nicht sprechen kann. Aber wir haben es doch mit einer gravierenden Verschiebung innerhalb der Strukturen der Wirtschaft zu tun. Information und Wissen als eine ganz besondere Form des Humankapitals gewinnen mehr und mehr an Boden. Sie werden die entscheidenden Faktoren und die Stimmungsbilder, die wir aus den unterschiedlichen Industriebranchen hierzu vorgetragen bekommen haben, bestätigen das, wenn z. B. der Maschinenbau sagt, dass bereits heute ein Zehntel seines Umsatzes durch Dienstleistungen, durch anlagenbezogene Beratungen, durch Installation und Wartung, durch rechtliche und steuerliche Beratungstätigkeiten - soweit dies mit Anlagen verbunden ist - bis hin zu Forschung und Entwicklung erbracht wird, dann zeigt das, dass auch der Maschinenbau heute etwas

anderes ist als nur die Produktion und das Hinstellen von Maschinen. Sondern es kommt auf das Drumherum an, und genau das Gleiche ließe sich auch über die Automobilindustrie ausführen. Die produktbegleitende Dienstleistung wird nun mal bei immer intelligenteren Produkten immer umfangreicher. Das gleiche lässt sich über Stahl und andere Bereiche sagen, und das führt auch dazu, dass innerhalb der Industrie und innerhalb der Beschäftigung in der Industrie die Strukturen fluider werden bis hin zu fluideren Arbeitsplätzen, also bis hin zur Telearbeit, die bereits heute und sicherlich auch in Zukunft eine größere Bedeutung haben wird. Hinzu kommt, dass das Wissen nicht nur ein Produktionsfaktor ist - also Mittel und Zweck -, sondern in der Wirtschaft auch mehr und mehr zum Produkt selbst wird. Wer sich heute mal anschaut, was der Unternehmenszweck vor allen Dingen auch mancher Neugründung ist, die Herr Dr. Licht vorhin in seinen Grafiken dargestellt hat, der wird feststellen, dass es heute viele Neugründungen gibt, die einzig und allein dem Zweck dienen, Forschungsergebnisse als Produkt anzubieten. Hinzu kommt natürlich auch ein florierender Markt, zum Teil auch international vernetzt von Aus- und Weiterbildungsproduzenten von Wissensunternehmen. Also es sind ganz neue, jetzt schon allerdings seit einiger Zeit bemerkbare Tendenzen in den Märkten zu verzeichnen. Wenn Wissen und Information als Produktionsfaktor und auch als Produkt immer wichtiger werden, dann stellt sich natürlich die Frage, ob diese Entwicklung denn auch im öffentlichen Bewusstsein - auch in der politischen Behandlung dieses Themas - hinreichend wahrgenommen wird. Wir glauben eigentlich, dass man auf dem Feld nie genug tun kann und dass eine der Schlussfolgerungen, die man aus der Beobachtung der Tendenzen zu ziehen hat, auf jeden Fall sein muss, dass die wirtschaftliche Bedeutung dieser Zusammenhänge für unsere Entwicklung, aber auch für die weltweite Entwicklung einen größeren Stellenwert verdient. Das Wissen, das Thema Forschung, vor allen Dingen aber das Thema Bildung, ist eines, was zum Teil sehr sehr stark unter den Stichworten Kultur und schöne Geister abgetan wird, aber es ist ein eminent wirtschaftlicher Faktor. Ich glaube, wenn eines der Ergebnisse einer Kommission, die sich mit der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung auseinandersetzt, sein könnte, diesen wirtschaftlichen Stellenwert des Themas in das öffentliche Bewusstsein zu rufen, dann wäre das ein großartiger Erfolg. Denn wir sehen, dass im weltweiten Wettbewerb - ich erinnere wiederum an die eben von Herrn Dr. Licht vorgeführten Zahlen - der Wissensvorsprung, die Wissensproduktion, die Vermittlung ja kaum noch Grenzen unterworfen ist. Die Technik sorgt dafür, dass die Ergebnisse

aus Forschung und Entwicklung, das Wissen insgesamt, eigentlich nahezu ubiquitär sind und man von überall darauf zugreifen kann. Und diese Tatsache führt auch dazu, dass man sich vor Augen führen muss: Wo haben wir eigentlich besondere Wissensvorsprünge, wie können wir sie gegebenenfalls nutzen? Wir haben uns vor zwei, drei Jahren innerhalb der Industrie darüber Gedanken gemacht, wie die Zukunftsperspektive für die Industrie an unserem Standort aussehen sollte. Ich möchte Ihnen gerne einen Satz aus einer Studie zitieren, die am Ende dieser Überlegungen stand und die wir mit der Überschrift „Für ein attraktives Deutschland“ bezeichnet haben. Dieses Zukunftsbild sah seiner Zeit folgendermaßen aus: „Die weltoffene und produktive Informationsgesellschaft wird eine innovative Wissensgesellschaft sein, die Bildung im weitaus größeren Maße als bisher nachfragegerecht ausrichtet, die Medienkompetenz zu einem Dreh- und Angelpunkt macht, die verkürzte Erstausbildungszeit mit lebenslanger Weiterbildung kombiniert, die exzellenter Forschung und Entwicklung eine hohe Priorität einräumt, ein innovationsfreundliches und zukunftsorientiertes Klima schafft und die rasch marktfähige innovative Produkte und Dienstleistungen auf den Markt bringt.“ Wenn man das hört, hat man den Eindruck, das haben wir schon öfter gehört. Aber wenn man sich die einzelnen Stichworte noch einmal vornimmt, sollten wir den Versuch unternehmen, die Realität an ihnen zu spiegeln und ein Programm zu entwickeln, denn die Bildung nachfragegerecht auszurichten ist nicht selbstverständlich. Wo stehen wir denn mit der Medienkompetenz, und wie ist es gelungen, Erstausbildungszeiten zu Gunsten des lebenslangen Lernens und der Weiterbildung anders zu akzentuieren? Hat Forschung und Entwicklung in Deutschland die Priorität, die ihr zukommen müsste? Wie schaffen wir es, rasch marktfähige Produkte im internationalen Wettbewerb einzusetzen? Wer sich die Schulbildung in Deutschland anschaut, der muss sich schon die Frage stellen, ob die Struktur, die wir bei uns haben, die sicherlich gut ist - und ich bin weit davon entfernt, denjenigen, die an vorderster Front als Lehrer in der Verantwortung stehen, einen Vorwurf machen zu wollen -, tatsächlich so im internationalen Wettbewerb auch standhalten kann? Wir sehen um uns herum eine High-Speed-Society, die sich im internationalen Wettbewerb messen muss, und unsere Bildungsinhalte werden - ich bitte das nicht falsch zu verstehen, wenn ich dieses Reizwort jetzt so nenne - in einem bürokratisch verwalteten Bildungssystem generiert, was mit dem schnellen Fortschritt der Wirklichkeit ja kaum Schritt halten kann. Ich glaube, das ist ein Mangel des Systems, ohne denjenigen, die sich um die schnelle Anpassung bemühen, einen

Vorwurf machen zu wollen. Aber wir sind dringend aufgerufen, die Geschwindigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung, der Wissensgenerierung um uns herum mit flexiblen Strukturen im Bildungssystem in Einklang zu bringen. Wir haben vielleicht auch auf Grund der mangelhaften Anpassungsfähigkeit unserer Bildungsinhalte und –strukturen u.a. deshalb einen Fachkräftemangel zu verzeichnen; eine eigentlich nicht tragfähige Situation, in der wir mit so vielen Arbeitslosen zu rechnen und gleichzeitig festzustellen haben, dass uns Fachkräfte fehlen. Die Green-Card-Diskussion mit dem Ziel, ausländische Fachkräfte ins Land zu holen, ist sicherlich eine gute Initiative, aber auch hier stellt sich die Frage: Wie kann es denn sein, dass Informatikstudenten vor den Türen der Universitäten stehen, weil das Budget nicht ausreicht, und wir uns auf der anderen Seite Gedanken machen müssen, wie wir ausgebildete Informatiker ins Land holen. Vielleicht ist Deutschland aber auch für ausgebildete Fachleute gar nicht attraktiv genug? Wir haben mit der Green-Card-Regelung die Voraussetzungen geschaffen, um ausländische Fachkräfte ins Land zu holen, aber was tun wir eigentlich, wenn sie nicht kommen wollen? Die bisherigen Zahlen sind durchaus nicht besonders ermutigend. Ich will gar nicht darauf eingehen, dass wir uns auch im Bildungssystem vor allen Dingen um die werden kümmern müssen, die nicht mit besonders hohen geistigen Gaben ausgestattet sind, die sich aber in der zukünftigen Wissensgesellschaft, die ausgestattet ist mit Medienkompetenz und entsprechenden Gerätschaften, ebenfalls zurechtfinden müssen. Also mein Plädoyer geht dahin, der Nachfrage im Bildungsbereich eine stärkere Chance zu geben, die Flexibilität, die Anpassungsfähigkeit zu erhöhen und nicht davor zurückzuschrecken, das, was sich an Regelwerken im Bildungssystem in den vergangenen Jahrzehnten eingespielt und eingerichtet hat, mal auf den Prüfstand zu stellen. Ein dezentral gesteuertes Bildungssystem müsste ein Ergebnis der Überlegungen sein. Nun ist Bildung als wirtschaftliches Gut betrachtet, natürlich auch eine Sache, bei der man sich die Frage stellen muss: Wie passen Investitionen und Kosten zueinander, wer ist für was verantwortlich? Deshalb haben wir vor einiger Zeit ja bereits vorgeschlagen, auch den Einzelnen stärker in die Verantwortung zu bringen, indem er an den Kosten, die seine Ausbildung verursacht - zumindest wenn es um die universitäre akademische Ausbildung geht -, zu beteiligen ist. Nicht um zu verhindern, dass mehr studieren oder mit dem Ziel, die Zahl der Studenten zu verringern, sondern ganz im Gegenteil, wir haben im Vergleich zu anderen Ländern ja eher eine relativ geringe Studienquote. Aber es käme darauf an, dem Einzelnen deutlich zu machen,

dass er als Nachfrager auch Anspruch auf diesen Markt der Bildung hat, und die ihm entstehenden Kosten wären durch Stipendien- und Darlehensmodelle so zu gestalten, dass niemand aus Kostengründen vom Studium abgehalten wird. Natürlich würde dazu auch zählen, dass durch steuerliche Maßnahmen Bildungsinvestitionen gefördert und ermöglicht werden, genauso wie entsprechende Ansparmodelle auch für den Wohnungsbau existieren. Warum dann eigentlich nicht für die Bildungsinvestitionen? Der Fachkräftemangel wird vielleicht zukünftig dazu führen, dass sich die Unternehmen ganz anders im Bildungsmarkt verhalten als bisher. Vielleicht werden sie durch langfristige Verträge dafür sorgen, dass sie sich ihren Nachwuchs langfristig sichern durch Verträge mit Einzelnen, mit Instituten, Hochschulen oder anderen Einrichtungen.

Zu den Themen, die Sie in Ihrem außerordentlich umfangreichen Fragenkatalog aufgelistet haben, gehört auch das Thema: *Patentierung, Patentrecht*. Wissensgenerierung muss bewirtschaftet werden, das ist ja das Thema des Patentrechts, und ich kann und will das jetzt nicht im Einzelnen ausführen. Es gibt durchaus das Eine oder Andere, das im Patentrecht der Weiterentwicklung bedarf. Das hat auch etwas damit zu tun, wie wir mit unseren Produkten und Leistungen im internationalen Kontext verfahren, wie wir international wettbewerbsfähig bleiben, ohne Entwicklungen gegenüber anderen zurückhalten zu wollen. Aber vor allen Dingen auf dem Gebiet der Patentierung von Gensequenzen und von Computerprogrammen ist sicherlich für den Gesetzgeber beim Patentrecht noch einiges zu regeln. Das gilt weniger für Fragen der Geschäftsmodelle, die im Fragenkatalog von Ihnen angesprochen worden sind, aber es gibt bestimmte Bereiche, die der Überprüfung bedürfen. Ansonsten ist das Feld, was ich hier versucht habe, kurz zu umreißen, auch Gegenstand des Aktionsplans E-Europe, des Global Business-Dialogs, und im Bündnis für Arbeit wird darüber nachgedacht. Auch das Wirtschaftsministerium hat Initiativen hierzu entwickelt, von denen ich glaube, dass sie sich in aller Regel in die richtige Richtung bewegen. Ob es sinnvoll ist, die Umsetzung von Wissen und von Forschungsergebnissen in unserer Gesellschaft durch zusätzliche Agenturen oder besondere Mechanismen, die man aufbaut, zu fördern, das wage ich zu bezweifeln. Ich glaube, für die stärkere und schnellere Durchdringung mit Forschungsergebnissen, mit Wissen in der Gesellschaft, für den Brückenschlag von der Wissenschaft zur Wirtschaft wird es eher darauf ankommen, die unmittelbar Beteiligten und Verantwortlichen zur Kooperation zu

veranlassen, Projekte zu generieren, die sie veranlassen, gemeinsame Themen gemeinsam auch zu verwirklichen. Dies scheint mir wichtiger zu sein als durch Agenturen, Technologietransferstellen oder Vergleichbares, den Versuch zu unternehmen, Akzente zu setzen.

Sie haben wichtige Fragen im Zusammenhang mit Cyber-Law und IT-Sicherheit angeschnitten. Themen, die ja gerade auch in diesen Tagen von ganz besonderer Bedeutung sind. Wir sind nicht der Auffassung, dass die Gesetzgebung auf diesem Feld einer grundlegenden Neuorientierung bedarf. Es kommt aber darauf an, wie man mit den vorhandenen Mechanismen und rechtlichen Rahmenbedingungen umgeht. Nicht weitere Detailregelung wäre hier ganz kurz zusammengefasst das Plädoyer, sondern der Wunsch, das Existierende auch tatsächlich konsequent anzuwenden. Lassen Sie mich bei diesem Stand als Zwischenbericht zu den wichtigsten Punkten, die ich gerne antippen wollte, verbleiben. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Licht und Herr Dr. Kreklau. Ich gestatte mir jetzt ein paar verfahrensleitende Bemerkungen. Wir müssen jetzt erst mal kurz diskutieren können, damit wir in Gegenwart von Herrn Kreklau mit ihm sprechen können. Ich würde diejenigen aufrufen, die Mitglieder der Kommission sind, sowie diejenigen, die als Sachverständige hier eingeladen sind. Das heißt nicht, dass Sie nicht nachher auch noch mal für ein Kurzreferat aufgerufen werden, aber damit die Interaktion besser zustande kommt, bitte ich auch hier um Beiträge. Ich habe mir jetzt Herrn Dr. Gries und Frau Kopp notiert, und diese Diskussion wird um 12.30 Uhr einfach beendet, damit wir überhaupt weiterkommen. Also Herr Dr. Gries bitte.

Sachverständiges Mitglied, Dr. Werner Gries: Ich habe zuerst eine Frage an Herrn Dr. Licht: Unabhängig davon, wie man die Relevanz der Indikatoren zur Charakterisierung der Wissensgesellschaft der OECD zum Beispiel betrachtet, kann man doch wohl feststellen, dass Deutschland nicht zur Spitzengruppe der wissensintensiven Wirtschaften gehört. Damit wir uns nicht über Indikatoren streiten. Meine erste Frage hierzu ist: Ein Schwachpunkt sind insbesondere die wissensintensiven Dienstleistungen sowohl im Export als auch im Inland. Was sind – wenn Sie das aus Ihrer Materialsicht und langer Jahre Beobachtung dieser Szene einmal analysieren

könnten - nicht monetäre Gründe im Bereich der Dienstleistungen, also verkrustete Strukturen unserer Dienstleistungsgesellschaft? Vielleicht sind das Gründe? Immerhin ist Großbritannien, wo im Vergleich zu Deutschland relativ wenig für Forschung und Entwicklung ausgegeben wird, Spitzenreiter bei den wissensintensiven Dienstleistungen der Welt, wie auch die USA. Hier müssen also auch Gründe vorliegen, die in den Strukturen unserer Gesellschaft vorhanden sind. Könnten Sie oder vielleicht Herr Dr. Kreklau dazu etwas sagen? Wo haben wir Strukturfehler, weil wir so relativ gering bei den wissensintensiven Dienstleistungen sind? Woran liegt das? Nächste Frage: In der Breite der Forschung und Entwicklung der Wissensgenerierung sind wir in Deutschland gut. Alle diese Berichte kommen immer zum selben Ergebnis. Warum gibt es keine Fortschritte bei der Spitzentechnik? Schwach sind wir also im Bereich der Spitzentechnik, dort wo der höchste Zuwachs ist. Was sind die Gründe dafür, dass wir relativ schwach in der Welt bei der Generierung von Spitzentechnik sind? Drittens noch zum Bildungssystem: Bei den Bildungsausgaben muss man ja vorsichtig sein. Die Bundesregierung hat zum letzten Bildungsbericht der OECD einige Faktenfragen gehabt. Ob die OECD-Zahlen so richtig sind, wage ich zu bezweifeln. Das sollten Sie die Bundesregierung mal fragen. Die haben zum letzten Bildungsbericht Stellungnahmen gemacht. Der Bildungssektor ist natürlich nicht gut organisiert in Deutschland. Sie haben eben, Herr Dr. Kreklau, für Deutschland einige Vorschläge zum Bildungssektor gemacht, die auch in Ihrer Stellungnahme drin sind. Das ist ja nicht global übertragbar, also die Selbstbeteiligung der Menschen in den Entwicklungsländern am Ausbildungssystem ist wohl kaum durchsetzbar. Wie beurteilen Sie den Bildungssektor, weil wir hier auch zur globalen Entwicklung einiges sagen müssen, und welche Vorschläge hat der BDI zur Bildung in Entwicklungsländern?

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Kopp bitte.

Abg. Gudrun Kopp (F.D.P.): Ich mache es sehr kurz, Herr Vorsitzender. Ich habe eine Frage, die ich beide Herren, Herrn Dr. Licht und Herrn Dr. Kreklau, bitte zu beantworten. Zum Thema Attraktivität des Standortes Deutschland in Verbindung mit der Greencard-Diskussion: Wie stehen Sie in unserem Land zur Eliteförderung, und zwar zur Hochbegabtenförderung bei unteren Bildungseinrichtungen rauf bis zur Eliteförderung an Universitäten?

Abg. Ursula Lötzer (PDS): Eine Frage jetzt an beide: Sie haben ja beide sehr ausdrücklich die Frage der Bildung hervorgehoben. Herr Dr. Licht, es wäre mir lieb, wenn Sie auch noch ein paar Empfehlungen geben würden, wo Sie den dringenden Handlungsbedarf sehen, was denn da zu tun wäre. An Herr Dr. Kreklau aber insbesondere die Frage und auch die Feststellung: Sie sagen einerseits, die Frage sei, ob die politische Behandlung dieses Problem hinreichend wahrgenommen werde. Ich stelle an Sie jetzt die Frage, ob denn die Industrie dieses Problem hinreichend wahrnimmt bzw. mit welchen Maßnahmen sie dies tut. In der Frage der Bildung beispielsweise: Wie sieht es mit Weiterbildungsintensivierung gerade in den großen Unternehmen aus? Wie sieht es mit der Entwicklung von Ausbildungsinvestitionen in den Unternehmen aus? Das zweite ist die Frage zum Bildungsnachfrage-recht. Jetzt muss ja gerade Schulbildung natürlich immer auch ein Element von Allgemeinbildung, gesellschaftlicher Bildung, etc. enthalten. Es gibt schon eine Gefahr zu sagen, es wird sehr stark auf kurzfristige Interessen dabei umgestellt. Die Vorschläge, die Sie machen, sind doch sehr sozial selektiv, wenn Sie sagen, Studiengebühren z. B., dann wirken die natürlich als sozialer Katalysator, auch wenn Sie sagen: Darlehen. Wir haben doch jetzt schon das Problem, dass die Dauer des Studiums sehr lange ist, weil Studentinnen und Studenten in hohem Umfang nebenbei arbeiten müssen. Das heißt das Problem, dass sie nicht finanziell ausgestattet sind, führt doch eher dazu, dass Bildung auch sehr lange dauert. Herr Dr. Licht hat dieses Problem der Kurzfristigkeit der Forschung angesprochen, das heißt auch von mir die Frage: Wie sieht der BDI speziell das Problem, auch langfristige Forschung zu intensivieren, von der Kurzfristigkeit in bestimmten Bereichen wegzukommen? TRIPS werden wir natürlich heute Nachmittag nach dem Vortrag von Herrn Knirsch sehr ausführlich diskutieren, insofern ist die Reihenfolge jetzt etwas schade. Ich würde Sie aber doch zumindest um einen schriftlichen Bericht über die Vorstellungen des BDI dazu bitten.

Abg. Gudrun Roos (SPD): Herr Dr. Kreklau, Sie haben in Ihrer Antwort auf unsere Fragen Ihre 5. These auch schriftlich niedergelegt, die innovative Wissensgesellschaft braucht ein dezentral gesteuertes Bildungssystem, das flexibel und schnell auf die Qualifikationsnachfrage reagieren kann, und Sie haben unter Punkt 6 dann

einen weiteren Satz angefügt: Was die Menschen für maßgeschneiderte Bildungsangebote selbst bezahlen, muss der Staat ihnen bei der Steuer zurückgeben. Das hört sich zunächst mal so wunderbar an, dass jeder zustimmen kann. Dann versuche ich das in die Praxis umzusetzen, dann sage ich natürlich: Wer schneidert denn da nach Maß, wer sagt uns denn, was gebraucht wird, wann es gebraucht wird? Und wenn wir dann nach diesem Konzept, welches Maß am Ende herauskommen soll, ausbilden, wer garantiert uns denn, dass dann die Menschen tatsächlich auch beschäftigt werden und dass nicht in der Industrie mittlerweile das Pferd in eine ganz andere Richtung läuft, und man den Menschen dann sagt: Also jetzt habt ihr was gelernt, das haben wir mal vor einem Jahr oder zwei oder drei Jahren gebraucht, aber inzwischen ist es überholt und ähnlich frage ich mich: Dezentral gesteuert, wer steuert denn dann, was heißt dezentral, wie weit soll das gehen und wer bestimmt, was die Nachfrage braucht? Ich höre immer wieder: Wir brauchen Fachkräfte. Erst mal ist mir das zu pauschal. Ich würde schon gerne ab und zu auch mal wissen, in welche Richtung denn Fachkräfte, denn es sind nicht nur IT-Fachkräfte, die gebraucht werden. Es werden auch schlicht und einfach in der Industrie Handwerker vermisst, die nicht mehr ausgebildet werden, weil eben die Handwerker nicht in der Lage sind, alle handwerklich tätigen Fachkräfte auszubilden, die die Industrie in der Produktion braucht und die Industrie nicht genügend ausgebildet hat. Wie schnell soll dann jeweils die Nachfrage geändert werden? Ich sehe da manche Menschen in einer Endlosschleife der Ausbildung, speziell bei IT. Bei IT-tätigen Menschen stellen wir ja fest, dass die Greencard auch nicht den Erfolg hat, und ich bin davon überzeugt, es hat nicht nur damit zu tun, dass Deutschland nicht attraktiv genug wäre, sondern einfach auch damit, dass möglicherweise gar nicht das Profil deutlich genug gemacht wird, wer denn gebraucht wird. Und wenn ich gleichzeitig höre, dass bei uns Tausende von EDV-Fachkräften unterschiedlicher Ausbildung und bisheriger Tätigkeit arbeitslos sind, dann frage ich mich, ob es nicht auch einen Vorschlag aus der Industrie geben muss, dass man diese Menschen nicht einfach freisetzt, wie man so schön sagt, sondern selber nachschult, umschult auf den Bedarf des jeweiligen Betriebes und nicht sagt: Du kann das jetzt nicht mehr, was wir mit der neuen Anlage, mit der neuen Software brauchen, und jetzt brauchen wir einen jüngeren von der Uni, der das schon kann. Dafür bist du, der du über 45 oder 50 bist, auf dem Arbeitsmarkt wieder frei verfügbar.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich hatte mich selber notiert. Zu der Dezentralität war ich ähnlich fasziniert wie Frau Roos von dem neuen Gebrauch des Wortes in einer Zeit, in welcher der Markt eine große Zentralität bekommen hat, mit der Gefahr entsprechender globaler Schweinezyklen und die Frage ist, ob *dezentral* ein Tarnwort für Markt ist oder ob Sie noch etwas anderes damit assoziieren? An Herrn Dr. Licht habe ich eine Frage: Sie sprachen von einer stärkeren sektoralen Spezialisierung und nannten die Automobilindustrie. Wenn die Gesamtmenge Forschung und Entwicklung dabei einmal als gegeben angenommen wird, muss man sich fragen, zu wessen Lasten das gegangen ist. Ist es lediglich zu Lasten der nichtfavorisierten Sektoren oder auch zu Lasten der allgemeinen Bildung und Forschung und Grundlagenforschung gegangen? Als nächstes Herr Prof. Dr. Huffs Schmid.

Sachverständiges Mitglied, Prof. Dr. Jörg Huffs Schmid: Ich beziehe mich auf die Thesen 9 und 10 von Herrn Dr. Kreklau und möchte da doch einige kritische Anmerkungen machen und um Erläuterung bitten. Es geht uns ja hier darum, die Folgen von Globalisierung ein bisschen abzuschätzen, und ich lese da bei Ihnen in der These 9: „Bei gelebter Globalisierung muss es in diesen Prozessen eines sorgsamem Umgangs mit der Ressource Wissen keineswegs zu einem weltweiten Digital Divide kommen.“. Nun ist es aber so, dass es in den letzten 20 Jahren gerade in diesem Bereich zu einem Digital Divide gekommen ist, der alles übertrifft, was wir sonst an Divides in der Welt feststellen können, das stellt ja auch die Weltbank in ihrem letzten Bericht fest, dass eben 80 % der Weltbevölkerung genau 0,2 % der Zugänge zu den modernen Computer- und Internettechnologien haben. Da würde mich schon interessieren, was denn jetzt gelebte Globalisierung heißt, die dann diesen weltweiten Digital Divide - der schon gekommen ist - dessen Tatsache wir überhaupt gar nicht in Frage stellen können, wie der möglicherweise wieder zurück genommen werden kann. Meine Zweifel an Ihrer Position werden dadurch noch weiter verstärkt, was ich in Ihrer letzten These, der 10. These, dann lese, dass Sie einerseits sagen, der freie Fluss von Information und Wissen dürfe nicht behindert werden, eine Position, der ich mich voll anschließen würde, Sie aber andererseits als Hauptmittel für die Nichtbehinderung dieses freien Flusses das TRIPS-Abkommen ansehen, das nun meines Erachtens genau das Gegenteil zum Effekt hat, indem das Wissen privatisiert

und zum Gegenstand privaten Eigentums gemacht wird, wird es im Zweifelsfalle für die, die es wirklich brauchen, überhaupt nicht mehr erschwinglich sein und das wird den Digital Divide noch verstärken. Ich möchte Sie bitten, auch diesen für mich deutlichen Widerspruch zwischen dem bestehenden Digital Divide und dem TRIPS-Abkommen - um ihn möglicherweise abzubauen - vielleicht ein bisschen aufzuklären.

Abg. Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk (SPD): Ich habe zwei kurze Fragen. Sie haben in Ihrer These 6 gesagt, dass die Amortisation von Bildungsinvestitionen stärker zu einem Anliegen werden muss, der Nutzen daraus zieht. Nun könnten zwei daraus Nutzen ziehen: Derjenige, der dann anschließend seine Arbeitskraft verwerten will, das bedeutet grob gesagt, wenn man Ihr Modell verfolgt, dass dann natürlich höhere Gehälter gezahlt werden müssen. Das bedeutet, dass jede entsprechende Investition auch massiv höher bezahlt werden muss. In den USA haben Sie ja mit dem Unterschied zwischen Highschool- und College-Gehältern und dem Unterschied zwischen BA und Masters relativ deutliche Hinweise dafür. Die andere Möglichkeit wäre, dass die Wirtschaft, die ja ohne Zweifel auch daraus Nutzen zieht, etwas dafür tut. Das bedeutet, wenn ich mich an die eindrucksvollen Zahlen von Herrn Prof. Dr. Dr. Dolzer über das Sponsoring der MIT-Universität in den USA erinnere, was die aus der Wirtschaft bekommt, ist denn die deutsche Wirtschaft bereit, sich an der Förderung der deutschen Universitäten in einem ähnlichen oder auch nur halbwegs ähnlichen Ausmaß wie in den USA zu beteiligen? Zweitens: Ist die Wirtschaft dann bereit, für die Akademiker entsprechende Gehälter zu zahlen? Nun weiß ich auch, dass das natürlich für den öffentlichen Dienst die entsprechenden Konsequenzen hat. Drittens: Sind sie bereit, für die Elite-Förderung ähnliche Mengen von Stipendien auszugeben, wie etwa die angelsächsischen Länder? Wir könnten ja darüber reden, dass die Industrie das absetzen kann wie in den USA, was sie ja nach dem neuen Stiftungsrecht ja schon sehr viel besser kann als bisher. Nur ich sehe die Konsequenzen noch nicht, vielleicht kann uns der BDI ja da eine künftige Strategie der deutschen Industrie darlegen, auf die wir wirklich hoffen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ein reichhaltiger Blumenstrauß an Fragen, Herr Dr. Licht zunächst.

Sachverständiger Dr. Georg Licht: Ob ich jetzt auf alle Fragen eine befriedigende Antwort geben kann, weiß ich nicht. Vielleicht beginne ich mit Herrn Gries. Unabhängig davon, ob man jetzt an diese OECD-Vergleichsstatistiken glaubt oder nicht, es gibt Teilbereiche, bei denen Deutschland schlecht wegkommt, es gibt andere Bereiche, bei denen es sogar zu gut wegkommt. Unabhängig davon gebe ich Ihnen vollkommen recht, dass die Situation, die Deutschland im internationalen Vergleich hat, bei weitem nicht befriedigend ist, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Finanzierung. Wenn man das duale Bildungssystem außen vor lässt, sieht die Situation noch viel katastrophaler aus. Das hat auch damit zu tun, was Sie angesprochen haben: Was sind die Gründe dafür, dass Deutschland im Bereich der Spitzentechnik schlecht weg kommt? Im Bereich der Spitzentechnik – dies ist vielfach belegt – steht Deutschland deswegen so schlecht da, weil im Bereich der mittelmäßig FuE-intensiven Industriezweige eine ausgezeichnete Stellung im Weltmarkt vorhanden ist. Und dass die Spitzentechnik dagegen abfällt, hängt auch mit der hervorragenden Stellung der Automobilindustrie zusammen. Gleichwohl sind gerade die Bildungsinvestitionen im Bereich der Hochqualifizierten relativ gering. Ein Problem, das hier auch berücksichtigt werden muss, ist das Verhältnis privater und öffentlicher Finanzierung. Mit der relativ stärker werdenden Bedeutung akademischer Bildung ist bei Beibehaltung der Finanzierungsstruktur eine Überforderung öffentlicher Haushalte verbunden. In dem Ausmaß, in dem hier eine Verschiebung zugunsten der Akademisierung da ist, geht der Anteil der Privaten an der Finanzierung von Bildung und Ausbildung zurück. Und allein zur Bewältigung dieser Finanzierungslasten muss man schon ernsthaft darüber nachdenken: Wie beteilige ich Private an der Finanzierung? Das könnten die Unternehmen sein. Aber wenn es die Privaten – die Individuen – finanzieren, ist natürlich die Konsequenz, dass entsprechend eine stärkere Lohnspreizung vorhanden sein muss. Ich möchte auch daran erinnern, dass es durchaus Studien gibt, die belegen, dass die Familien mit Haushaltsvorständen mit dualer Ausbildung in Deutschland einen stärkeren Finanzierungsbeitrag über die Steuerumlagen zugunsten der Hochqualifizierten leisten, als es zum Teil in anderen Ländern der Fall ist. Das nur nebenbei. Herr Gries hatte noch gefragt, wo die strukturelle Schwäche ist oder wie sich erklären lässt, dass gerade bei wissensintensiven Dienstleistungen Deutschland vergleichsweise schwach abschneidet. Das mag zum

Teil ein statistisches Artefakt sein, da viele der wissensintensiven Dienstleistungen – wie Herr Kreklau auch gesagt hat – in den Unternehmen selbst durchgeführt werden. Auf der anderen Seite hat Deutschland keine Tradition einer privaten FuE-Infrastruktur, wie sie in vielen anderen Ländern existiert, also private FuE-Einrichtungen oder private Unternehmen, die FuE-Dienstleistungen verkaufen. Das hängt sicherlich damit zusammen, dass hier auch die öffentliche FuE-Infrastruktur beispielsweise mit der Fraunhofer-Gesellschaft Leistungen für die Wirtschaft zur Verfügung stehen, die in anderen Ländern zum Teil von privaten Unternehmen erbracht werden.

Zur Attraktivität des Standortes Deutschland durch die Greencard: Es gibt eine Reihe von Studien, die sagen: Es gibt bestimmte Tätigkeitsprofile von IT-Fachkräften, für die kann ich ausländische Fachkräfte einsetzen. Ein großer Teil der offenen Stellen, insbesondere auch in Deutschland mit einer sehr hohen Dienstleistungskomponente oder dort, wo Sprache ein wichtiges Interaktionsmedium ist oder Kenntnisse der deutschen Netzwerke eine wichtige Rolle spielen, kann nur sehr schwer durch ausländische Fachkräfte abgedeckt werden. Ähnliches wurde auch für die USA festgestellt. Die stärksten Zuwächse an offenen Stellen sind gerade in diesem Dienstleistungsbereich festzustellen, und dort tut man sich relativ schwer, ausländische Fachkräfte einzusetzen. Dies kann vielleicht erklären helfen, wieso die Nachfrage nicht ganz so groß ist, wie man sich das vielleicht erhofft hat. Auf der anderen Seite sollte man nicht vergessen, dass die Anzahl an IT-Experten, die nach Deutschland gekommen ist, ungefähr der Menge entspricht, die die Produktion der Hochschulen an Informationstechnikern gewesen ist. Aus dieser Perspektive ist das kein geringer Beitrag. Ein Jahrgang an Studenten der Informationstechnik, die zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden durch die Greencard, halte ich nicht für zu gering.

Sie hatten mich noch nach einigen konkreten Hinweisen für den Bereich der Bildung gefragt. Hier nur einige kurze Anmerkungen. Manches ist in der Reform des Dienstrechtes angelegt. In dem Ausmaß, indem in einzelnen Bereichen wie Informationstechnik Knappheiten im Bereich der Wirtschaft existieren, tun sich beispielsweise die Hochschulen schwer, qualifizierten Nachwuchs zu bekommen. Hier ist auch eine größere Flexibilität der Entgeltsituation im Hochschulbetrieb notwendig, um konkurrenzfähig zu bleiben. Auch in der Besoldung der Hochschullehrer müssen stärker Marktsignale beachtet und leistungsbezogene Elemente eingebaut werden. Einen

anderen Punkt hatte ich kurz angesprochen: Wir müssen überlegen, wie bei einer steigenden Bedeutung der Hochschulausbildung stärkere Finanzierungsbeiträge der Privaten mobilisiert werden können. Ob dies allein über die Unternehmen gelingt, bezweifel ich. Es wird sicherlich mittelfristig kein Weg daran vorbeiführen, hier auch stärker die Individuen - im Sinn von Studiengebühren - zu beteiligen. Dann allerdings muss man stärker dahin kommen, die Primärausbildung mit der Möglichkeit zu verkürzen, im Laufe des Erwerbslebens ein "lebenslanges Lernen" zu realisieren. Das gilt auch für die Hochschulausbildung. Nur wenn die Investitionsphase in den Hochschulen kürzer wird, können Arbeitsmarktsignale in die Studienentscheidung hineinspielen und nur wenn dies geschieht, kann ich auch tatsächlich davon ausgehen, dass man eine hinreichende Anzahl von Studenten bekommt.

Sie finden in dem Bericht, auf den ich verwiesen habe, im ersten Teil eine Reihe von Empfehlungen aus dem Bereich der Bildung. Auf die will ich dann nur noch verweisen und Herrn Kreklau das Wort überlassen.

Abg. Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk (SPD): Auch zur Eliteförderung, denn danach hatte ich noch gefragt. Wo sehen Sie da die Zukunft?

Sachverständiger Dr. Georg Licht: Sie hatten primär angesprochen - wenn ich das richtig verstanden habe – Eliteförderung in den ersten Bildungsjahren. Das haben wir angeschnitten unter dem Punkt „Reform des Hochschulstudiums“, wo eben eine stärkere Möglichkeit ist, zu trennen zwischen Hochqualifizierten, die dann eine spezifische Ausbildung haben, und Nichtelite-Leuten – was auch immer das bedeutet -, für die ein anderes Hochschulangebot zur Verfügung stehen soll. Das englische System bietet hier deutliche Vorteile und der Punkt, auf den ich hier nur aufmerksam machen wollte, ist, dass eben auch Masters als ein qualifizierter Abschluss in sehr viel kürzerer Zeit erreichbar ist. Wir haben uns sehr deutlich dafür ausgesprochen, was das ist. Wir nennen das „Studienreform nach internationalem Standard“.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank noch mal. Herr Dr. Kreklau bitte.

Sachverständiger Dr. Carsten Kreklau: Es ist zurecht die Frage gestellt worden, ob wir im internationalen Wettbewerb gut oder schlecht sind und was die Maßnahmen sein könnten, um das zu verändern. Ich habe immer ein schlechtes Gefühl, wenn man darauf hinweist, dass wir trotz unserer von allen – von der Politik, von der Wirtschaft, von jedem Einzelnen, von den Gewerkschaften, von der Wissenschaft – unternommenen Anstrengungen unterm Strich, was das Ergebnis angeht, im internationalen Vergleich nicht so blendend dastehen. Man hat immer den Eindruck, man macht das eigene Nest schmutzig, aber darum geht es nicht, sondern es geht darum, sich einmal anzuschauen, was andere dazu sagen. Die Indikatoren sind angesprochen worden. Ich empfehle auch mal, einen Blick in den *World Competitiveness Report* zu werfen. Die Ergebnisse sind ernüchternd, weil sie eben in der Breite zu Nachteilen in Deutschland führen und es erhebt sich natürlich die Frage: Wie können wir das verändern? Ich glaube, dass die Schwäche in der Spitzentechnik, vom Wissen zum Produkt zu kommen, in der Umsetzung liegt. Wir haben ein seit langem beschworenes Problem, warum Wissenschaft und Wirtschaft nicht geschmeidiger miteinander umgehen und warum die Räder hier nicht besser ineinander greifen. Das hat vielleicht auch tatsächlich etwas mit den Finanzierungsstrukturen zu tun. Das hängt aber auch damit zusammen, dass die Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Deutschland historisch entwickelt ist und in einem Stand verharret ist – was die Strukturen angeht, nicht die Inhalte -, der sich im Grunde genommen seit langem nicht mehr bewegt hat. Es gibt in der Zwischenzeit – Sie haben ja sicherlich verfolgt, was sich zwischen Fraunhofer-Gesellschaft und Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung bewegt hat – solche Institutionen übergreifende Veränderungen, die Bewegung in den Apparat bringen und neue Schwerpunkte zulassen. Wenn es dann noch gelingt, Wissenschaft und Wirtschaft durch unmittelbare Kooperation zu interessieren, sind wir überzeugt, dass wir die Prozesse ganz wesentlich beschleunigen können. Das ist unter Umständen gar nicht eine Frage des zusätzlichen Geldes, sondern der stärkeren und intensiveren Kooperation. Das, was ich hier zum Thema Bildung gesagt habe - ich gebe es zu - ist sehr stark holzschnittartig gewesen. Es gibt viele, viele Aspekte, die man bedenken muss, gerade wenn es darum geht, junge Menschen auf ihr Leben vorzubereiten. Das, was ich hier vorgetragen habe, ist natürlich nicht auf diese Art und Weise auf Entwicklungsländer übertragbar. Entwicklungsländer haben andere Probleme. Sie haben das Problem, den Menschen Lesen und Schreiben beizubringen und insofern ist das Thema Digital Divide sehr

differenziert zu betrachten. Dort geht es im Wesentlichen um die Alphabetisierung und ich glaube, dass die Maßnahmen, die durch Weltbank, letztlich auch durch die Strukturen, die bei uns hierzu angelegt sind, in die richtige Richtung weisen, aber wir haben in der Bildung der Menschen in den Entwicklungsländern längst nicht das erreicht, was wir uns vorgenommen haben. Sicherlich ist manches der Probleme um die Globalisierung darauf zurückzuführen, dass es hier große Defizite gibt. Die Struktur unseres Bildungssystems war bei mir stärker im Mittelpunkt und ich glaube, dass unser Bildungssystem vom Prinzip her nicht schlecht aufgebaut ist. Denken wir doch mal an das dreigliedrige Schulsystem, was in Ordnung ist. Denken wir doch einmal an die Unterscheidung von Fachhochschulen und Hochschulen, was in Ordnung ist. Was aber wichtiger wird, das sind die Aspekte, die hier auch von Ihnen angesprochen worden sind, also wie können wir die Besten besser fördern, und zwar nicht nur an den Hochschulen, sondern genauso im Handwerk. Wie können wir aber – das ist die Voraussetzung – die Besten und Begabtesten überhaupt erkennen? Was tun wir auf dem Gebiet der Begabten? Forschung! Wer fördern will, muss wissen, was er fördert. Ich glaube nicht, dass es Sinn macht, die Forderung zu erheben, es muss alles besser werden. Wir brauchen private Hochschulen. In Deutschland ist unser Bildungssystem anders strukturiert. Es basiert auf einer breiten und insgesamt auch gut ausgestatteten Hochschullandschaft, und wir müssen die öffentlichen Hochschulen in die Lage versetzen, ihrem Auftrag nachzukommen, auch die Besten zu fördern und auch Schwächeren, dort wo es möglich ist, zu helfen. Die Frage war an mich gerichtet, ob man auf dem Gebiet der Eliteförderung besondere Schwerpunkte setzen muss. Ich glaube, dass die Eliteförderung quer durchgehen muss. Sie muss unten anfangen und muss natürlich auch bei den Hochschulen weiter fortgesetzt werden. Wogegen ich mich, Herr Prof. Holznagel, wenden wollte, war die manchmal etwas vereinfachend dargestellte These: Private Hochschulen könnten dies alles. Das können sie zu einem Teil, aber der Auftrag des öffentlichen Hochschulbereichs bleibt bestehen. Insofern bitte ich das, was ich hier gesagt habe, auch mit der Differenziertheit anzunehmen, in der ich dies gemeint habe. Die Wahrnehmung dieses Themas Bildung habe ich vorhin kritisch angesprochen. Da ist mir so ein bisschen der Vorwurf gemacht worden: Ihr in der Industrie tut doch selbst nichts. Ich glaube, dass das nicht richtig ist. Ich glaube, dass wir da wirklich alle in der Verantwortung sind und wenn Sie sich mal die Ausgaben für Aus- und Weiterbildung in der Industrie ansehen, aber auch vor allen Dingen im Handwerk, dann werden Sie

feststellen, dass da die Zukunft nicht verschlafen wird. Es nützt überhaupt nichts, sich mit gegenseitigen Schuldzuweisungen das Leben schwer zu machen, sondern das ist natürlich eine gemeinsame Aufgabe, die man wahrzunehmen hat. Nun ist die Frage gestellt worden, ob denn diese Überlegung, maßgeschneiderte Bildungsgänge zu entwickeln, überhaupt realitätsnah ist oder ob nicht die Realität so schnell ist, dass der arme einzelne Teufel, der sich für irgendetwas entscheiden soll, auch nicht weiß, ob er sich für das Richtige entscheidet. Natürlich wird er das nicht ganz alleine erkennen können. Hier bedarf es der Unterstützung und der Beratung. Ich stelle allerdings die kühne These auf, dass, wenn viele dezentral entscheiden und sich orientieren, die Wahrscheinlichkeit, dass es zu Fehlern kommt, insgesamt geringer ist als wenn es nur einer tut, wenn es zentral entschieden wird. Das ist ja eine relativ einfache Überlegung, die auch in anderen Bereichen der zentralen Planung immer öfter eine Rolle gespielt hat. Die dezentrale Organisation bietet eher Gewähr dafür, dass Fehler vermieden werden, dass es flexibel zugeht. Darüber hinaus brauchen wir mehrstufige Ausbildungsgänge, auch in der beruflichen Ausbildung, die Möglichkeit des Querabgangs und des Querzugangs. Wir müssen die Eingangsvoraussetzungen verbessern. Stichwort: Was leisten die Schulen? Schauen Sie sich die internationalen Vergleiche an. Was leisten unsere Schüler in der Mathematik usw.? Das ist einfach nicht gut genug, da müssen wir besser werden. Die Eingangsvoraussetzungen müssen besser werden, dann können die Unternehmen auch besser ausbilden. Wir brauchen eine kürzere Erstausbildung und mehr Phasen der Weiterbildung. Wir brauchen eine Ergänzung der öffentlichen Hochschulen, auch durch verstärkte Möglichkeiten der Investitionen in die privaten Hochschulen. So viele gibt es bei uns noch nicht, aber sie werden unser Land nicht vor den Wissens- und Bildungsdefiziten retten, sie können sozusagen das Salz in der Suppe sein. Das alles kann ich jetzt nur stichwortartig anschneiden, aber es gehört ein ganzer Fächer von unterschiedlichen Maßnahmen dazu. Ich erlaube mir den Hinweis, dass wir in Deutschland zu vielen sehr wichtigen Themen Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages gehabt haben, wie auch diese zu einem außerordentlich wichtigen Thema. Aber ich erinnere mich nicht, in den vergangenen Jahrzehnten Enquete-Kommissionen zum Thema Bildung gehabt zu haben. Wir haben unser Bildungssystem zumindest auf dieser Ebene noch nicht auf den Prüfstand gestellt.

Das Thema Digital Divide ist ein ganz schwieriges, aber auch ein vom Befund einfacher festzustellendes Thema als von der Bekämpfung der Symptome. Sie haben Recht, wenn meine These so verstanden worden sein sollte, als würde es das auf Grund der Globalisierung nicht geben. Dann ist die These falsch interpretiert, aber es heißt auch anders in der These. Es heißt: Bei gelebter Globalisierung *muss* es in diesen Prozessen eines sorgsameren Umgangs mit der Ressource Wissen keineswegs zu einem Digital Divide weltweit kommen. Im Moment haben wir dies, und ich füge hinzu: Ich sehe eine Entwicklung auch im nationalen Raum, die deutlich macht, dass wir großen Nachholbedarf haben, weil wir altersgruppenspezifisch und auch nach anderen Kriterien etwas haben, was so gemeinhin als Digital Divide bezeichnet wird. In Wahrheit ist die Wirklichkeit allerdings ein bisschen differenzierter und das gilt auch für den internationalen Bereich. Auch hier kann man es sich nicht so einfach machen, als würden einzelne Länder gänzlich außen vor sein, sondern man muss genau hinschauen, was in den Ländern geschieht. Auch dort gibt es geschlechterspezifisch, sozialspezifisch, bildungsspezifisch eine unterschiedliche Situation. Ich glaube nicht, dass TRIPS hier entgegensteht. Ich glaube, dass TRIPS ganz im Gegenteil unverzichtbar ist. Das Wissen bleibt unter bestimmten Bedingungen verfügbar. Gäbe es die Rechtssicherheit für diejenigen, die Wissen entwickeln, nicht, dann wäre die Konsequenz für diejenigen, die in noch nicht so weit entwickelten Ländern den Anschluss an die Nutzung des Wissens suchen, wesentlich größer als wenn wir auf internationale Verfahren wie TRIPS und andere verzichten wollten. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Sehr herzlichen Dank, Herr Dr. Kreklau. Es war naturgemäß erst mal nur eine Einführungsdiskussion. Ich mache wie angekündigt eine Pause von 10 Minuten. Dann fangen wir die Sitzung wieder an. Noch einmal vielen Dank.

(Pause)

Der Vorsitzende: Mir ist durch Gespräche in der Pause folgendes Verfahren als plausibel erschienen, dass wir, nachdem Herr Dr. Kreklau und Herr Dr. Licht die wirtschaftspolitische Sicht relativ stark beleuchtet haben, erstens natürlich den autorisierten Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums hören sollten und im direkten

Anschluss daran die zwei, die explizit zum wirtschaftspolitischen Teil der Informationsgesellschaft etwas beitragen möchten und sollten, Herrn Sommer und Herrn Knirsch, bitten würden, ihre Kurzreferate zu halten. Daran anschließend wird eine Diskussion sein, und dann leider erst zum Schluss Frau Prof. Dr. Knorr Cetina und Herrn Prof. Dr. Holznagel aufrufen würden. Es tut mir leid, dass es dann etwas spät wird, aber ich glaube, im Sinne der Logik – so habe ich die verschiedenen Gesprächspartner verstanden – wäre es doch vernünftig, wir machen es in dieser Reihenfolge. In diesem Sinne gebe ich nun dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Herr Siegmар Mosdorf, das Wort. Herzlich Willkommen!

Sachverständiger Siegmар Mosdorf: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es ist für mich eine große Ehre, heute von der Enquete-Kommission eingeladen worden zu sein, um Stellung zu nehmen für das Haus, aber auch persönlich. Ich möchte Ihnen sagen, dass wir die Arbeit der Enquete-Kommission mit großem Interesse verfolgen. Sie wissen auch, dass wir parallel laufend die Arbeit der Enquete-Kommission begleiten und flankieren und sie auch unterstützen, soweit wir das von Seiten des Wirtschaftsministeriums tun können. Ich habe, wie der eine oder andere weiß, ein Vorleben bei Enquete-Kommissionen und deshalb weiß ich, was es heißt, eine so wichtige Thematik systematisch und auch mit profundem Sachverstand durcharbeiten. Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen dem Vorsitzenden herzlich gratulieren zur Verleihung des Takeda-Preises, der in Japan eine große Aufmerksamkeit gefunden hat und über den in Deutschland auch berichtet wurde. Es ist ein ungewöhnlicher Preis, den Herr von Weizsäcker bekommen wird. Das ist eine Form von Auszeichnung, die ich auch für Deutschland insgesamt sehr wichtig finde.

Der Vorsitzende: Vielleicht kann ich auch gleich etwas dazu sagen. Die anderen Preisträger sind viel wichtiger. Das sind nämlich Craig Venter für die Biotechnologie und Linos Torvals für die Informationstechnik. Die haben natürlich was geleistet.

Sachverständiger Siegmар Mosdorf: Herr Vorsitzender, meine Gratulation an Sie. Ich finde, das ist nach vielen Jahren der Arbeit ein sehr schönes und wichtiges Er-

gebnis. Meine Damen und Herren, wir haben noch nicht vor so langer Zeit den Fragenkatalog komplett bekommen, obwohl Sie ja auch im Sekretariat eine sehr professionelle Betreuung der Enquete-Kommission haben. Trotzdem haben wir im Wirtschaftsministerium sehr intensiv an diesen Fragen gearbeitet, und ich habe heute nicht nur mein Statement dabei, sondern Ihnen auch ein 50-Seiten-Dokument mit der Beantwortung aller Fragen im Detail mitgebracht. Ich hoffe, dass das der Konkretisierung dient. Ich weiß, dass ihre Arbeit nicht nur darin besteht, dass Sie heute von mir ein paar Worte hören, sondern dass Sie intensiv weiterarbeiten. Deshalb übergebe ich dem Vorsitzenden dieses Dokument.

Globalisierung - das meinen einige - sei ja nichts Neues, das gäbe es schon lange, das hat es schon bei Vasco da Gama und bei Kolumbus gegeben und deshalb ist es keine neue Thematik. Ich glaube, das ist eine falsche Sicht der Dinge. Es gibt natürlich schon lange Welthandel, es gibt schon lange internationale Zusammenarbeit, aber es hat sich doch durch drei Ereignisse, durch drei Entwicklungen eine fundamentale Veränderung der Globalisierungsdimension ergeben, die wir im Auge haben müssen, wenn wir der Entwicklung gerecht werden wollen. Und ich füge aus aktuellem Anlass hinzu, dass die vierte Dimension, die wir gerade erleben, nämlich dass in der Situation, in der Terror versucht, Einfluss auf die Entwicklung der Welt zu gewinnen, eine Weltinnenpolitik gravierender und notwendiger denn je ist. Man muss deshalb Instrumente entwickeln, um mit dieser sicherheitspolitischen Dimension fertig zu werden, weil die alten Strukturen der Auseinandersetzung, die unser letztes Jahrhundert geprägt und dazu geführt haben, dass z. B. Hobsborn von einem kurzen Jahrhundert, dem 20. Jahrhundert, gesprochen hat, so nicht mehr bestehen. Ich schliesse nicht aus, dass es in Zukunft auch noch Kriege gibt. Aber es ist schon so, dass sich die Akzente verschoben haben und dass wir heute erleben, dass auf diese Art von Terrorismus nicht unilateralistisch, sondern in einer groß angestregten und groß angelegten Koalition reagiert wird, ist ein wichtiges Signal, wie man mit solchen Formen des Terrorismus umgeht, die uns natürlich unmittelbar ganz direkt treffen.

Aber was sind die drei fundamentalen Entwicklungen, die den Globalisierungsprozess selber verändert haben? In meiner Sicht:

1. Die Auflösung des Ost-West-Systemgegensatzes, der dazu geführt hat, dass marktwirtschaftliche, freiheitliche und rechtsstaatliche Systeme sich ausbreiten und innerhalb kürzester Zeit auch viele frühere Staatsverwaltungswirtschaften

umfasst und einbezieht. Wir erleben unmittelbar vor Ort sozusagen als Referenzprojekt die deutsche Vereinigung, aber inzwischen wissen wir, dass es um die viel weitere Vereinigung Europas auf einer demokratischen, rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Grundlage geht. Diese Form von eisernem Vorhang, der auch Handel, auch Globalisierung vermieden hat, ist durch die Auflösung des Ost-West-Systemgegensatzes ohne Zweifel aufgehoben worden. Jetzt gibt es die Entwicklungschancen, die wir unmittelbar sehen in diesem Bereich, d. h. nicht nur direkter und intensiver Handel mit den früheren Staaten der zentralen Verwaltungswirtschaft, sondern zugleich die Option der Erweiterung der Europäischen Union, die Integration in unsere marktwirtschaftlichen und demokratischen, rechtsstaatlichen Systeme und zugleich die Möglichkeit, auch im Dienstleistungssektor sehr intensiv zusammen zu arbeiten, was sich z. B. daran zeigt, dass bei der Informations- und Kommunikationstechnik und den Möglichkeiten, die wir haben, heute nicht nur Instrumente, wie zum Beispiel die Greencard, für die Dienstleistungszusammenarbeit notwendig sind, sondern auch Offshore-Projekte im Korridor der Staaten, die jetzt in diesen Prozess einbezogen werden können. Möglich werden also Cluster von Informations- und Kommunikationstechnikbereichen, die in den Erweiterungsstaaten liegen, die können dort bestehen. Wir können aber offshore mit ihnen verbunden werden und können sehr viel machen. Das heißt die erste Dimension ist: Auflösung des Ost-West-Systemgegensatzes verändert die Globalisierung ganz fundamental.

2. Es gibt einen fundamentalen Selbstbehauptungswillen der Schwellenländer, die die Nase gestrichen davon voll haben, Entwicklungsländer zu sein und ihren eigenen Weg der Entwicklung hin zur Industriegesellschaft oder zur Informationsgesellschaft gehen wollen. Die bestehen darauf - so hat das angefangen vor 20 Jahren -, dass sie sozusagen nicht in die alte Exportrolle fallen, wo man von einer Megafabrik in Deutschland als Exportnation den Weltmarkt bedient hat - und Wolfsburg und Ludwigshafen sind dafür die Prototypen -, sondern dass Produkte dezentral hergestellt werden in zentral gesteuerten Unternehmen, die quasi transnational operieren. Das ist eine neue Dimension, darauf haben die Entwicklungsländer in ihrem Selbstbehauptungsprozess bestanden, mit der Konsequenz, dass das, was der legendäre Sony-Chef Morita einmal die globale Lokalisierung genannt hat, tatsächlich stattfindet. Das war, als er es sagte, vor 15 Jahren eine Vi-

sion, für viele eine Utopie. Es findet tatsächlich statt, d. h. die großen Unternehmen produzieren nicht mehr allein an einem Punkt und von da aus wird der ganze Weltmarkt bedient, sondern man produziert dezentral, steuerzentral in quasi transnationalen Unternehmen, mit der Konsequenz auch, dass sich die Entwicklungen auch weltwirtschaftlich verschieben. Wir haben in den 90er Jahren bis zum Jahr 2000 in den Industrieländern ein durchschnittliches Wachstum von 2,9 %, in den Entwicklungsländern von 5,5 %. Ich weiß, dass auch noch ein Basiseffekt dabei ist, Stichwort Bevölkerungsentwicklung, aber es zeigt, dass diese Dimension der Direktinvestition, die enorm zugenommen hat, ebenfalls die Globalisierung ganz fundamental verändert hat.

3. Technologische Potenziale und Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnik: Früher hat es diese dritte Dimension nicht gegeben, was zur Konsequenz gehabt hat, dass wir Formen der Weltarbeitsteilung im Dienstleistungssektor eigentlich nicht kannten. Sie hat darüber hinaus zur Konsequenz gehabt, dass man in bestimmten Märkten bestimmte Produkte herstellen konnte, während man es in anderen Märkten nicht herstellen konnte, was ein Privileg der hochentwickelten Industriegesellschaften war, dass das, was der Harvard-Ökonom Michael Porter die *national diamonds* nennt, klar abgebildet war. Man konnte eben bestimmte Produkte und bestimmte Dienstleistungen nur in bestimmten Regionen der Welt herstellen. Das verändert sich im Moment fundamental durch die Informations- und Kommunikationstechnik, weil diese Informations- und Kommunikationstechnik auf dem globalen Weltmarkt Transparenz schafft, mit der Konsequenz, dass man Erfindungen und Entwicklungen, die früher im Labor entstanden sind, woraus dann in einem mühseligen Prozess Produkte entwickelt und generiert worden sind, die dann auf dem Weltmarkt angeboten wurden, dass eben diese Erfindungen heute nicht mehr geheim bleiben, sondern in null Komma nichts auf der ganzen Welt auch bekannt sind und entsprechende Möglichkeiten und Potenziale auslösen. Das heißt die Informations- und Kommunikationstechnik hat drei ganz grundsätzliche Auswirkungen auf die Globalisierung: Erstens schafft sie Transparenz, zweitens schafft sie neue Formen der Weltarbeitsteilung und drittens erlaubt sie, was eine neue Qualität ist, dass man fast jedes Produkt mit fast der gleichen Qualität an fast jedem Ort der Welt herstellen kann. Für hochentwickelte Volkswirtschaften wie Deutschland, die keine komparativen Kostenvorteile haben

und nicht über Rohstoffe verfügen, hat das eine enorme Dimension. Das führt dazu, dass wir sehr ernsthaft darüber nachdenken müssen, wo denn eigentlich noch unser Wettbewerbsvorteil liegt, den wir früher gerade darin hatten, dass wir die besten Erfindungen hatten. Meistens haben die Japaner unsere Erfindungen sehr schnell umgesetzt und dann auf dem Markt präsentiert, das gilt für den FCKW-freien Kühlschrank, für den Kopierer, für Faxgeräte und für viele Dinge mehr, das kennen wir alles. Heute ist diese Erfindungsverschlusssache so nicht mehr gegeben, vielmehr erlaubt die Informations- und Kommunikationstechnik, dass man sich auf der ganzen Welt mit denselben Erfindungen zur gleichen Zeit beschäftigt.

Das sind drei fundamentale Dimensionen, die die Globalisierung zuspitzen, die sie beschleunigen und die zugleich auch erlauben, von einem wirklichen globalen Weltmarkt zu reden. Wenn wir in Deutschland als Wirtschaftsministerium vor allen Dingen auch unsere mittelständige Wirtschaft im Moment so mit Nachdruck auf E-commerce vorbereiten, dann auch deshalb, weil wir Sorge haben, dass E-commerce als Fenster zum Weltmarkt natürlich auch gegen uns verwendet werden kann. Es ist nicht nur so, dass ein Spezialist im Schwarzwald oder im Sauerland seine Produkte auf der ganzen Welt anbieten kann, sondern es ist natürlich auch so, dass Hersteller, Nischenproduzenten aus der ganzen Welt auf unserem Markt operieren können und diejenigen, die lokal Nischenmärkte bedient haben und dabei erfolgreich waren, auf einmal von außen eine Konkurrenz spüren. Das sind neue Dimensionen, weshalb E-commerce und E-business für mich deshalb auch das Epizentrum der Veränderung der Volkswirtschaften überhaupt sind, das heißt weil es dieses Fenster zum Weltmarkt ist und weil es damit im Grunde das, was ich eben beschrieben habe an Veränderungspotenzial, verstärkt und beschleunigt. Jetzt hat das enorme Implikationen. Wenn Sie sich nur mal die Zahlenreihen ansehen, das Bruttoinlandsprodukt der Weltwirtschaft hat sich in den letzten zehn Jahren um 3,5 % im Jahr im Schnitt erhöht. Der reale Welthandel hat sich in der selben Zeit im Schnitt real um 7 % erhöht. Der Umsatz an den Finanzmärkten hat sich um 12 % erhöht und - was ganz wichtig ist - Sie sehen, die Zahlenreihe ist ansteigend, und der vierte Punkte ist: In den Jahren von '91 bis '95 hat sich die Zahl der Direktinvestitionen jährlich um 20 % erhöht und in dem Zeitraum '96 bis 2000 haben sie sich jährlich um 32 % erhöht. Das führt dazu, dass wir heute auch eine neue Qualität in der entwicklungspolitischen Diskussion bekommen, weil auf einmal die Volumina der Direktinvestitionen exakt dem ent-

sprechen, was hochentwickelte Volkswirtschaften für Entwicklungshilfe ausgeben. Das heißt, dass, was wir an Direktinvestitionen in der Welt erleben, was unmittelbar neue Strukturen von Volkswirtschaften beeinflusst, wenn nicht sogar generiert, hat inzwischen die Dimension erreicht, die früher die klassische Entwicklungshilfe hatte. Und das zeigt, glaube ich, dass es sich schon um ganz grundlegende Veränderungen handelt, auf die wir uns einstellen müssen. Nun will ich versuchen, das, was sie als Statement auch vorliegen haben, an zwei Stellen noch zuzuspitzen und zu einer These zusammenzufassen. Das eine ist: Ich glaube, dass wir bei den internationalen Verhandlungen, in denen wir uns befinden - jetzt nicht nur auf der WTO-Ebene, sondern auch bei UNCTAD, und bei anderen - erkennen müssen, dass das keine Einbahnstraße mehr ist. Das macht das übrigens auch so schwer. Bei internationalen Handelskonferenzen haben sich die Verhältnisse geändert. In früheren Jahren haben wir immer als hochentwickelte Volkswirtschaften für free trade plädiert und die Entwicklungsländer für fair trade. Inzwischen dreht sich das und immer, wenn wir von fair trade reden – mit guten Argumenten -, sagen die Entwicklungsländer: Moment mal. Wir sind für free trade. Wenn ihr von fair trade redet, dann seid ihr ja nur dafür, dass wir sozusagen euren Protektionismus akzeptieren und eure Produkte abwehren. Das ist eine Dimension, die man sich klarmachen muss. Wenn man sich seriös mit der Globalisierung beschäftigt, muss man wissen, dass es hier einen Paradigmenwechsel gegeben hat, einen Paradigmenwechsel, der übrigens inzwischen Züge angenommen hat, die wir vor Jahren noch gar nicht erwarten konnten. Ein Beispiel: Wenn wir heute in Vorbereitung auf die WTO-Konferenz, wie immer und wo immer sie stattfinden wird, feststellen, dass bei den TRIPS-Verhandlungen die Inder einen großen Wert darauf legen, dass ihre Film- und Phonoindustrie nicht auf protektionistische Abwehrblöcke stößt - und die Film- und Phonoindustrie der Inder hat inzwischen die Größe von Hollywood -, dann haben sie inzwischen das erreicht, was viele bei uns unter Dienstleistungsdebatten verstehen, und wo man zurecht sagt: Man muss aufpassen, dass die Vorteile, die wir haben, nicht auch durch Produktpiraterie kaputtgemacht werden. Und natürlich ist es so, dass wir heute bei diesen durch die Informations- und Kommunikationstechnik ausgelösten Transparenzdimensionen in die Situation kommen, dass wir auf einmal feststellen, dass jedes Land der Welt im Grunde auch Produkte herstellen kann, ohne auf Urheberrecht zu achten. Wenn z. B. eine chinesische Firma Gustav Mahlers Sinfonien nachproduziert, ohne nach intellectual property rights zu fragen, dann ist klar, dass sie nirgendwo auf der Welt auch

nur die Chance haben, mithalten zu können, weil sie zu den Konditionen - wenn das Urheberrecht keine Rolle spielt - im Grunde nicht produzieren können. Das heißt diese Frage des intellectual property rights, des Urheberrechts, wird in Zukunft nicht nur für Komponisten und Autoren interessant, sondern sie wird nach meiner Auffassung - das ist eine meiner Thesen - die zentrale Dimension der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft ausmachen. Ich habe das indische Beispiel nur genannt, um Ihnen zu zeigen, dass es inzwischen nicht mehr so ist, dass es eine schwierige Auseinandersetzung zwischen hochentwickelten Volkswirtschaften und Schwellenländern ist. Indien ist ein Schwellenland, aber in bestimmten Segmenten so weit entwickelt - auch bei der Software z. B. -, dass sie selber Ansprüche stellen, ihre intellectual property rights auch durchzusetzen und zu sichern. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Die zweite Bemerkung, die ich machen will: Was ist eigentlich der Ausweg für hochentwickelte Volkswirtschaften? Wenn wir keine komparativen Kostenvorteile haben, wenn wir keine Rohstoffe haben, wenn wir in dem normalen Wettbewerb eigentlich uns nicht so behaupten können, dann gibt es für mich eigentlich nur einen Ausweg: Den Ausweg, einen Vorsprung an Exzellenz zu organisieren. Wenn wir diesen Vorsprung an Exzellenz nicht haben, dann werden wir als Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb, die massiv vom Exporterfolg lebt, unsere Position nicht halten können, dann werden wir auch Arbeitsplätze nicht halten können und das heißt im Klartext, dass wir auch ökonomisch und von der Wohlfahrtsentwicklung her zurückfallen werden. Das ist so und deshalb glaube ich, dass die Frage intellectual property rights, also Urheberrechte, eine große Dimension hat, die inzwischen auch die Schwellenländer erreicht - Indien habe ich genannt. Sie können Brasilien mit den neuen Heilpflanzen, die in Amazonien entstehen, genauso nennen. Sie können andere Beispiele nennen. Das heißt, das, was das alte GATT ausmacht, wird jetzt bei GATS und bei TRIPS in Zukunft eine ganz große Rolle spielen und wir werden diese Frage, nämlich wie sich Globalisierung abbildet in diesen Bereichen, in das Zentrum unserer Überlegungen stellen. Schlussthese: Herr Vorsitzender, ich glaube, dass wir heute mehr Globalisierung brauchen denn je, dass wir aber nicht naiv sein dürfen, dass dieses mit einem Nachwächterstaat gelingt. Ich bin - wie viele von Ihnen wissen - ein Anhänger einer vernünftigen Staatsquote, ich rede von 40 % und nicht von 50 %, die wir mal hatten; also wir sind da sehr gefordert als zentraleuropäische Volkswirtschaft. Aber ich bin trotzdem dagegen, so zu tun, als könnte man sich jetzt

einen Nachtwächterstaat leisten. Das können wir uns nicht leisten. Wir brauchen einen vernünftigen Weltordnungsrahmen, wobei ich immer im Einzelfall dagegen plädiere, neue supranationale Organisationen zu schaffen wie z. B. ein Weltkartellamt oder so was. Da habe ich eher die Befürchtung, dass dabei nichts herauskommt. Aber ich bin dafür, dass wir internationale Konventionen verabreden und in den jeweiligen nationalen Volkswirtschaften die Einhaltung dieser Konventionen garantieren und realisieren. Dieses Modell einer globalen Weltwirtschaft, einer borderless world economy, hat nur dann eine Chance, wenn sie - und das ist sozusagen unser Werteangebot, unser Wertevorschlag, den wir machen – wenn sie unter demokratischen und rechtsstaatlichen und auch marktwirtschaftlichen Systemen zustande kommen. Das ist meine Einschätzung der Dimensionen der Globalisierung. Ich glaube, dass die Frage der Informations- und Kommunikationstechniken wie ein Dynamo wirkt, was die Globalisierung angeht. Ich glaube, dass sie den Globalisierungsprozess eher beschleunigen werden als verlangsamen. Vielleicht soviel einfach von mir zur Einführung. Den Katalog, den ich heute mitgebracht habe, lasse ich Ihnen hier. Das Statement liegt vor. Ich stehe für Fragen zur Verfügung.

Der Vorsitzende: Sehr herzlichen Dank, Herr Staatssekretär, für diese sehr spannenden Worte zur Einführung in die Thematik. Wie ich vorhin angekündigt habe, wäre es gut, wenn Herr Sommer und Herr Knirsch die Möglichkeit hätten, als erste kurz einzugreifen. Insbesondere auch zu der TRIPS-Frage bin ich ziemlich sicher, dass Herr Knirsch von Greenpeace noch den einen oder anderen Akzent setzen kann. Vielleicht ziehen wir das sogar gleich vor, Herr Knirsch.

Sachverständiger Jürgen Knirsch: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank, dass ich die Gelegenheit habe, etwas zu einem sehr speziellen Aspekt zu sagen, nämlich zu der Frage: Auswirkungen von Privatisierung und Patentierung von Wissen auf die Entwicklungsländer – Anforderungen und Bewertungen von TRIPS. TRIPS ist ja nun schon mehrfach genannt worden als das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums, eines der Übereinkommen der Welthandelsorganisation WTO. Ich hatte eigentlich vorgehabt, Ihnen dieses TRIPS-Abkommen und die Debatte darum in aller Ausführlichkeit vorzustellen. Ich denke aber, da mir der Parlamentarische Staatsse-

kretär Herr Mosdorf so viele Anregungen gegeben hat, dass ich vielleicht meinen Vortrag doch etwas umstelle. Vielleicht fange ich an mit den Bildern, die heute Morgen schon gebracht worden sind oder mit den Begriffen, die schon genannt worden sind. Wir hatten ja das Problem der digitalen Kluft. Worauf ich Sie jetzt hinweisen möchte ist, dass es nicht nur eine digitale Kluft, sondern auch eine Kluft der Grundversorgung und dass diese Kluft der Grundversorgung mit dem TRIPS-Abkommen etwas zu tun hat. Herr Mosdorf, Sie haben eben sehr schön die geistigen Eigentumsrechte als zentrale Dimension der Wettbewerbsfähigkeit und die Informations- und Kommunikationstechnologie als Dynamo dargestellt, und ich möchte jetzt aufzeigen, dass TRIPS das Gegenteil ist von einem Dynamo, nämlich ein Hemmnis, ein Hemmnis für die Grundversorgung von Nahrungsmitteln und den Zugang zu bezahlbaren Arzneimitteln in Entwicklungsländern, und verdeutlichen, warum sehr viele Entwicklungsländer und auch sehr viele Nichtregierungsorganisationen deutlich mit diesem Abkommen, so, wie es derzeit existiert, Probleme haben und deshalb fordern, dass es umgeändert wird. Es sollte mal geändert werden. Das ist einer der Punkte, die ich unter TRIPS-Debatte aufgeführt habe, nämlich die sehr strittige Frage: Gibt es ein Review des TRIPS-Prozesses oder nicht? Im Abkommen sind mehrere Aspekte enthalten, in denen steht, dass nach vier oder fünf Jahren das Abkommen überprüft werden muss und man hat einen Überprüfungsprozess, der bisher ohne sichtbares Ergebnis vollzogen wurde. Das sind eigentlich Punkte, die ich Ihnen alle heute kurz darstellen wollte. Ich werde mich jetzt aber konzentrieren auf die Frage der Patentierungsvorgaben des TRIPS-Abkommens und vielleicht auf die Frage des Zugangs zu Arzneimitteln, weil das auch ein Thema war, dass in diesem Frühjahr die Medien sehr stark beherrscht hat, anlässlich des aktuellen Gerichtsprozesses, der in Südafrika stattgefunden hat. Die anderen Punkte sind Merkmale, auf die wir vielleicht noch in der Diskussion eingehen könnten.

Gibt es einen Review-Prozess? Ja! Eigentlich sollte es ihn geben. Sie sehen hier die wesentlichen Daten des Abkommens. Es ist verabschiedet worden wie alle Abkommen der Uruguay-Runde am 15. April 1994. Es ist 1995 oder 1996 in Kraft getreten. Entwicklungsländer haben noch Schonfristen bekommen (die am wenigsten entwickelten Länder bis zum 1. Januar 2006), und dann sehen Sie hier unten 2 Daten. Es gibt eine allgemeine Überprüfung des Abkommens, das ist im Artikel 71 des Abkommens vorgesehen seit dem Jahre 2000, und den Artikel, auf den wir nachher

noch eingehen werden – Artikel 27/3 – der sollte eigentlich seit 1999 überprüft werden. Der Prozess läuft, ohne Ergebnis und auch ohne klare Zielvorgabe, weil es einen großen Streit darüber gibt, was eigentlich Review des TRIPS-Abkommens heißt. Die Entwicklungsländer sagen: Ihr habt uns in der Uruguay-Runde mit diesem Abkommen über den Tisch gezogen. Ihr habt uns euer System des Umgangs mit geistigem Eigentum aufgezwungen und fordert, dass wir die jetzt umsetzen. Wir möchten, dass nachverhandelt wird, dass wir uns noch einmal genau das Abkommen angucken und sehen, wo Korrekturen anzubringen sind, während die Industrienationen - vor allen Dingen die Amerikaner – sagen: Das Abkommen steht als solches, da wird nicht dran gerüttelt. Das ist seit zwei Jahren einer der Streitpunkte: Was heißt dieser Review konkret? Er wird durchgeführt in einem TRIPS-Council, einem Rat bei der WTO, der extra für dieses Abkommen zuständig ist. Man kann die Protokolle ab und zu - oder leichte Ergebnisse dieses Councils - im Internet auf der WTO-Homepage finden, aber man wird nicht feststellen, dass dort irgendetwas Signifikantes bisher beschlossen wurde. Aber vielleicht, um noch mal kurz zu sagen, was TRIPS eigentlich ist: Es ist ein Abkommen, das Verpflichtungen auf sieben Gebieten des geistigen Eigentums erfordert. Es schafft insbesondere für den Bereich der Landwirtschaft eine gravierende Veränderung, weil es auch für Pflanzensorten bestimmte Vorgaben macht. Und es erfordert die Anwendung eines Patentsystems oder eines anderen Systems, was im Abkommen als sui generis-System bezeichnet wird, aber im Abkommen nicht definiert wird, auf Pflanzensorten, um diese eben zu schützen. Man hat bei TRIPS wie bei allen Abkommen der WTO auch die Möglichkeit, wenn ein Land die Vorgaben dieses Abkommens nicht einhält, dieses Land mit einem Schiedsgerichtverfahren der WTO zu beglücken.

Zu meinen Punkten:

Ich komme jetzt zum strittigen Punkt der Frage der Patentierbarkeit. Der Artikel 27 ist der, der in drei Absätzen festlegt, dass erstens patentiert werden muss, sofern die Voraussetzungen für die Patentierbarkeit gegeben sind. Im Absatz 2 wird gesagt, dass es wiederum auch Ausnahmen von der Patentierung gibt, nämlich dann, wenn die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten gefährdet sind oder auch die Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen geschädigt werden, kann man von der Patentierbarkeit absehen. Dann kommt der eigentlich schwierige Absatz 3, wo einmal gesagt wird, dass diagnostische, therapeutische oder chirurgische Verfahren für die

Behandlung von Menschen oder Tieren von einer Patentierbarkeit ausgenommen werden können. Ferner *müssen* Pflanzen und Tiere nicht patentiert werden, können, müssen aber nicht. Dagegen müssen Mikroorganismen und mikrobiologische Prozesse wiederum patentiert werden und dann kommt der letzte Absatz, der gerade für die Ernährungssituation in Entwicklungsländern von Bedeutung ist, der sagt: Für Pflanzensorten, also für Kulturpflanzen, muss es ein Schutzsystem geben, was entweder ein Patentsystem sein kann oder ein sui generis-System oder eine Kombination aus beiden.

Und dann kommt dieser Absatz: Die Bestimmungen dieses Buchstabens werden vier Jahre nach dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens überprüft. Also das ist einer der eingebauten Review-Prozesse innerhalb des WTO-Abkommens. Was sagt dieser Absatz jetzt für die Ernährungssituation in den Entwicklungsländern? Erst einmal ist es ja verwunderlich, dass man speziell auf Kulturpflanzen eingeht. Das ist ein Absatz, der die Überschrift hat: *Patentfähige Gegenstände*. Und es werden Ausnahmen erwähnt, aber es wird eben explizit erwähnt, dass Kulturpflanzen geschützt werden müssen, entweder durch Patentsystem oder durch ein sui generis-System. Sie können das TRIPS-Abkommen durchforsten, Sie werden nicht eine einzige Definition finden, was sui generis heißt. Es ist einfach nur ein System eigener Art. Man hat das als *black box* in das Abkommen reingesetzt aus bestimmten Gründen, und diese Gründe haben aber eine Reihe von Konsequenzen für die Entwicklungsländer. Das heißt Entwicklungsländer müssen diesen Artikel 27/3b - je nach dem, welchen Entwicklungsstand sie haben - entweder zum 01.01.2000 oder zum 01.01.2006 erfüllen, d.h. sie müssen, sofern sie kein Schutzsystem haben in ihrem Land, eines aufbauen, entweder ein Patentsystem oder ein sogenanntes sui generis-System. Für viele Entwicklungsländer ist das nun zum ersten Mal die Aufforderung, dass sie ein geistiges Schutzssystem für Kulturpflanzen aufbauen. Viele Länder wären auch dafür, ein Modell zu übernehmen, was eigentlich Hintergrund für diese Begrifflichkeit sui generis ist, nämlich ein UPOV-Modell der Industrienationen, auf das ich gleich noch eingehen werde. Verbunden damit ist die Einschätzung, dass die Saatgutpreise steigen werden und das Saatgut den Interessen der transnationalen Konzerne unterworfen wird, weil plötzlich das ganze System, was vorher in vielen Ländern traditionell gehandhabt wurde – Bauern haben ihr Saatgut getauscht, haben es verschenkt, haben selber etwas behalten – Schwierigkeiten bereitet, unter die Begrifflichkeit von sui ge-

neris zu fallen. Es wird ein kommerzielles System eingeführt, von dem man erwarten kann,

- dass es für die Bauern mit finanziellen Konsequenzen verbunden ist,
- dass die freie Auswahl, welche Sorte angebaut wird, nicht mehr gegeben ist,
- dass die Rechte der Bauern, Saatgut zu tauschen und nachzubauen, eingeschränkt wird und
- dass Bauern auch selber nicht mehr das Saatgutmaterial zur Weiterentwicklung benutzen können, weil es ja kommerzialisiert worden ist.

Kurz noch ein Wort zu UPOV: UPOV ist ein internationales Abkommen zum Schutz der Pflanzensorten, das relativ wenig Länder bisher unterschrieben haben. Die Zahl ist unter 50. Es sind vor allen Dingen die Industrienationen, die eine der Varianten - es gibt mehrere Varianten von UPOV, die letzte von 1991 und gilt als Softpatentgesetz - unterschrieben haben. Es ist ein System, was den Pflanzenzüchtern Rechte gibt, und den Pflanzennutzern, nämlich den Bauern, Rechte nimmt. TRIPS hat dazu geführt, dass Entwicklungsländer ein Schutzsystem für Pflanzensorten aufbauen mussten. Viele haben es bisher noch nicht geschafft, dies zu tun. Es gab Zahlen, die im letzten Jahr erhoben worden sind, die zeigten, dass die meisten Entwicklungsländer eigentlich diese Vorgabe des TRIPS-Abkommens noch nicht erfüllt hatten. Das ist ein Grund, warum viele Entwicklungsländer auch gegen dieses Abkommen sind, weil sie sagen: Ihr habt uns das vorgegeben, was Kommerzialisierung der Landwirtschaft bedeutet, was mit unseren traditionellen Formen nicht einher geht. Ihr habt einen Begriff wie *sui generis* geschaffen, den ihr ausfüllen könnt, wo wir aber Schwierigkeiten haben, unsere traditionellen Systeme einfach als *sui generis*-Systeme zu schaffen. Bisher gibt es haufenweise Literatur darüber, was alles *sui generis* ist oder sein könnte. Man streitet sich kräftig, was das nun konkret ist. Was vorgegeben wurde - von den Europäern vor allen Dingen - ist dieses UPOV-System und viele Entwicklungsländer werden nun gezwungen, UPOV beizutreten. Es gibt allerdings auch Bestrebungen, wie von der Organisation der afrikanischen Länder, ein eigenes System zu schaffen, was ein UPOV-System sein könnte. Mit diesem System, das TRIPS geschaffen hat, steht der Umgang mit genetischen Ressourcen im deutlichen Widerspruch zu einem System, das die Umweltabkommen geschaffen haben. Es gibt nämlich die Konvention über biologische Vielfalt oder offiziell: Über-

einkommen über die biologische Vielfalt, eines der Abkommen, das in Rio 1992 festgesetzt wurde, das 181 Vertragsstaaten hat, also deutlich mehr als die WTO mit derzeit 142 oder 144 Mitgliedern, wenn man China und Taiwan schon einrechnet, und das macht bestimmte Vorgaben für den Umgang mit genetischen Ressourcen, das ist eine Konjunktion, die sich generell mit wenigen Ausnahmen alle genetischen Ressourcen erfasst.

Wenn ich Ihnen kurz vorstellen kann, wie die Frage des Umgangs mit genetischen Ressourcen in der Konvention über biologische Vielfalt geregelt ist: Zunächst sagt die Konvention, dass die Länder souveräne Rechte an ihren Ressourcen haben, also die Nationalstaaten haben das Recht, über ihre Ressourcen zu entscheiden. Sie sagt ferner, dass der Zugang zu biologischen Ressourcen nur nach vorheriger Zustimmung der Staaten erfolgen darf, also so etwas wie Biopiraterie ist eigentlich nach dieser Konvention nicht möglich, und es hat besondere Schutzrechte für Gemeinschaften, bäuerliche Gemeinschaften, indigene Gemeinschaften, lokale Gruppen, die dürfen ihre biologischen Ressourcen und ihr Wissen schützen und auch fördern. Die Konvention verlangt ferner die gerechte Teilung der Gewinne, die aus einer industriellen Nutzung der biologischen Ressourcen einer Gemeinschaft und ihres Wissens entstehen, und erklärt, dass Rechte des geistigen Eigentums nicht mit der Haltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt in Konflikt stehen dürfen. Wir haben nun einen Konflikt zwischen einerseits dem Handelsrecht TRIPS und andererseits dem Umweltrecht, was festgeschrieben in der Konvention über biologische Vielfalt ist. Beide Abkommen haben unvereinbare Ziele. Die einen sagen, die genetischen Ressourcen gehören allen, zumindest dem Staat und darüber der Gemeinschaft, während TRIPS sagt, wir können alles patentieren, und dann gehört es jenen, denen das Patent gehört. Sie basieren auf unterschiedlichem Rechtssystem und das Problem ist nun, wenn Länder sowohl der CBD beigetreten sind wie auch der WTO und damit dem TRIPS-Abkommen, müssen sie unterschiedliche Verpflichtungen eingehen, die im Widerspruch stehen. Zur Zeit ist das alles noch mehr oder weniger Theorie, weil die Konvention gerade erst dabei ist, das zu klären, wie sie sich das genau vorstellt, den Zugang zu genetischen Ressourcen und den gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung von genetischen Ressourcen. Es wird Ende dieses Monats in Bonn eine Konferenz geben, die von der Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über biologische Vielfalt einberufen worden ist, und die die Aufgabe hat,

Richtlinien für den Zugang und den Vorteilsausgleich bei genetischen Ressourcen zu entwickeln. Und die große Frage ist, ob das, was dann im Oktober rauskommen wird und im nächsten Frühjahr von der nächsten Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über biologische Vielfalt verabschiedet werden soll, sich mit den WTO-Regeln in Einklang bringen lässt oder nicht. Da gibt es eine Reihe von unterschiedlichen Einschätzungen und zahlreiche Literatur, die, je nach dem, sagt, es ist ein Widerspruch oder es ist vereinbar. Das ist der Bereich der Pflanzen - Zugang zu genetischen Ressourcen.

Ich habe schon erwähnt, dass es den anderen strittigen Bereich gibt, nämlich die Frage: Wer hat unter welchen Bedingungen Zugang zu patentgeschützten Medikamenten, die lebensnotwendig sind? Eigentlich ist das TRIPS-Abkommen in diesem Punkt zu loben, weil es ein paar Formulierungen hat, die sagen, es kann unter bestimmten Umständen das Land das Recht haben, Zwangslizenzen auf Arzneimittel, auf Patente zu geben, und es kann auch Parallelimporte einführen, d. h. aus einem Land, das Arzneimittel billiger verkauft als patentgeschützte Arzneimittel normalerweise kosten, diese importieren, wenn es eine besondere Notsituation gibt. Sie erinnern sich alle an das Frühjahr dieses Jahres, als es den Prozess gab in Südafrika, als 40 Pharmakonzerne - die ganze Elite der TOP 40 der Pharmakonzerne war vertreten - gegen den Staat Südafrika geklagt haben, weil Südafrika versucht hat, dies anzuwenden. Vor dem Hintergrund der Aidsproblematik in dem Land hat man eben versucht, Zwangslizenzen auf Aidsarzneimittel zu geben und die Firmen haben dagegen geklagt. Es gab einen großen weltweiten Aufschrei gegen diese Klage, der schließlich dazu führte, dass die Firmen die Klage zurückgezogen haben. Beides – die Frage des Zugangs zu Arzneimitteln wie auch die Frage des Zugangs zu genetischen Ressourcen, zu Kulturpflanzen – hat dazu geführt, dass verschiedene UN-Strukturen sich mit der Frage TRIPS und Menschenrechte beschäftigt haben. Ich habe Ihnen hier zwei genannt, das ist einmal eine Unterkommission der hohen Kommissarin für Menschenrechte und außerdem ein Unterausschuss des Economic and Social Councils der UN, diese haben sich seit zwei Jahren mit der Frage, wie weit TRIPS und Menschenrechte zusammenpassen oder im Widerspruch stehen, beschäftigt und dazu auch eindeutige Aussagen gemacht und aufgefordert, dass bei der Umsetzung von TRIPS-Abkommen auf jeden Fall die Menschenrechte geschützt

werden müssen. Das sind zwei der strittigen Punkte im TRIPS-Abkommen, auf die anderen können wir noch in der Diskussion eingehen.

Es gibt nun eine Reihe von Entwicklungsländern, aber auch eine Reihe von Organisationen der Zivilgesellschaft, die sagen, so kann es mit dem TRIPS-Abkommen nicht weitergehen. Ich habe Ihnen einen aktuellen Aufruf, der von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen aus dem Süden wie auch von kirchlichen Hilfswerken formuliert wurde und inzwischen von mehr als 170 Organisationen weltweit getragen wird, vorgelegt. Die wichtigsten Forderungen aus diesem Aufruf sind: Dieser Review-Prozess ist ernst zu nehmen, man muss das Abkommen überprüfen und nicht einfach nur sich alle zwei Jahre im TRIPS-Council treffen, aber eigentlich keine Überprüfung durchführen. Das Abkommen ist zu reformieren und ggf., wenn man es nicht schafft, das Abkommen so zu reformieren, dass die Entwicklungsländer damit leben können, muss das Abkommen aus der WTO genommen werden. Der Druck, der auf Entwicklungsländer ausgeübt wird - sei es über solche Gerichtsfälle, wie man es in Südafrika versucht hat, oder sei es, dass man Streitfälle gegen Brasilien oder Argentinien führt, wie es die Amerikaner gemacht haben wegen nicht richtiger Implementierung des TRIPS-Abkommens -, der muss genommen werden, das ist die nächste Forderung. Die Übergangsfristen, die ich Ihnen gezeigt habe, sind für die Entwicklungsländer zu verlängern, und während eines ernsthaften Review-Prozesses soll es nicht zu weiteren Streitfällen kommen.

Wir und viele andere Gruppen haben dann noch weitere Forderungen: Vor allen die Frage der Patente auf Leben sollte eindeutig geklärt werden, es sollte ein klares Verbot von Patenten auf Lebewesen geben sowie auch ein Verbot auf Patentierung von Genen. Vor allen Dingen sollte das TRIPS-Abkommen in Einklang gebracht werden zu dem, was jetzt unter dem Dach der Konvention über biologische Vielfalt bei den Guidelines zu Zugang und Vorteilsausgleich bei genetischen Ressourcen versucht wird. Es gibt eine Reihe von weiteren Forderungen, die finden Sie auch in unserem Text oder in dem besagten Statement der Nichtregierungsorganisationen.

Noch eine Anmerkung, um Ihnen den aktuellen Stand zu verdeutlichen: Die WTO hat vor zehn Tagen ungefähr den ersten Entwurf einer Abschlusserklärung für die Ministerkonferenz in Doha - falls sie denn stattfindet - vorgelegt. Es sind auch einige Aussagen zu TRIPS darin enthalten, die alle mehr oder weniger nichtssagend sind. Der Vertreter der LDCs, der am wenigsten entwickelten Länder, der tansanische

Botschafter, hat darauf reagiert und deutlich gemacht, dass dieser Entwurf für die am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer nicht tragbar ist, dass sie so eine Schlussfolgerung oder so eine Abschlusserklärung wie vorgelegt nicht tragen werden. Sie fordern - wie auch viele Nichtregierungsorganisationen -, dass keine Patente auf Leben in das TRIPS-Abkommen als Forderung aufgenommen werden und dass die Entwicklungsländer vor allen Dingen bei der Frage der Ausgestaltung des sui generis-Systems ihre traditionellen Systeme einsetzen können.

Das war jetzt ein Schnelldurchgang, der Versuch, Ihnen klarzumachen, warum es weltweit einen relativ großen Widerstand gegen dieses Abkommen gibt. Viele sagen auch: Das ist eigentlich der Kristallisationspunkt des Widerstandes gegen die WTO. Die WTO tut sich selber keinen Gefallen damit, wenn sie dieses Abkommen so belässt, weil es eine Reihe von Ungerechtigkeiten, insbesondere für die Entwicklungsländer, bürgt. Gerade die Europäische Union, die bemüht ist, in Doha eine neue große Handelsrunde zu installieren, muss sich fragen, wie man Entwicklungsländer gewinnen kann, wenn in der Abschlusserklärung für Doha bezogen auf TRIPS nichts von dem steht, was die Entwicklungsländer tatsächlich fordern. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Knirsch. Ich muss gleich ein bisschen warnen. Es gehen hier zwei ganz verschiedene Dinge auch mit unterschiedlichen Fristigkeiten durcheinander. Unsere heute Anhörung ist natürlich dem Thema „Wissensgesellschaft“ gewidmet. Die Aktualität und Dringlichkeit des TRIPS-Abkommen hängt mit der WTO-Konferenz zusammen, auf die sich die Enquete-Kommission gemäß ihrem bisherigen Mandat doch nur peripher einrichten kann. Das sage ich Ihnen jetzt als Gast der Kommission. Seien Sie also nicht zu stark enttäuscht, wenn wir dann zur eigentlichen Tagesordnung der Kommission wieder zurückkommen. Gleichwohl sind hier auch Mitglieder des Deutschen Bundestages, die sich in der Vorbereitung auf Doha natürlich auch in dieser Frage schlau machen wollen und deswegen sicherlich auch die Gelegenheit benutzen, um hierzu Fragen zu stellen. Ich muss also zwischen diesen zwei verschiedenen Agenden des Deutschen Bundestages und der Enquete-Kommission etwas unterscheiden. Das nur kurz zur Erläuterung. Jetzt gebe ich Herrn Sommer das Wort.

Sachverständiger Michael Sommer: Guten Tag, meine Damen und Herren. Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Wir haben eine relativ umfangreiche schriftliche Stellungnahme abgegeben und ich will sie jetzt nicht vorlesen, das würde auch wohl nicht den Charakter dieser Anhörung treffen. Ich will an einigen Stellen möglicherweise zuspitzen und Ihr Augenmerk auf bestimmte Denkweisen richten, die uns prägen bei der Teildebatte um Globalisierung. Wenn Sie sich unsere Stellungnahme ansehen, werden Sie feststellen, dass sie weitgehend auch geprägt ist von einem analytischen Teil, dass wir versuchen, zu Schlussfolgerungen zu kommen und zu Forderungen und Empfehlungen. Wir haben z. B. darauf verzichtet, sozusagen Preiskarten zu verteilen, warum bestimmte Fehlentwicklungen überhaupt eingetreten sind. Das überlassen wir dann lieber Ihnen bzw. einer politischen Debatte. Wir wollten eigentlich eher eine nachdenkliche Stellungnahme abgeben. Was ich heute versuche zu machen, ist noch mal - ausgehend von der schriftlichen Stellungnahme -, Ihnen einige Aspekte näher zu bringen, die uns besonders wichtig sind. Ich gebe Ihnen noch mal eine kurze Inhaltsübersicht, worüber ich reden möchte, nämlich einmal zu dem Thema: Digitaler Kapitalismus - um ein Wort von Peter Glotz aufzugreifen -, der Umbruch in der Arbeitswelt, Beschäftigung und Bildung. Ich will etwas zur digitalen Spaltung sagen, und zwar sowohl in der gesellschaftlich nationalen Dimension als auch in der internationalen Dimension, und etwas sagen zu einem Thema, das auch die Weltarbeitsorganisation auf ihre Agenda gesetzt hat, nämlich die Frage „Globalisierung und anständige Arbeit“, wobei Sie natürlich fragen werden, was „anständige Arbeit“ ist. Ich will versuchen, die Frage anschließend zu beantworten. Lassen Sie mich erst mal zu dem digitalen Kapitalismus kommen. Wir greifen hier bewusst den Begriff von Peter Glotz auf. Und ich will auch die ganzen Analysepunkte, die ja weitestgehend nicht strittig sind, jetzt hier nicht wiederholen, also die Frage des Verhältnisses von New Economy und Old Economy und welche Wirkungsweisen eingetreten sind. Ich glaube, wenn man sich die Analysen anguckt, sind die nicht besonders strittig. Eins sehen wir allerdings doch in aller Deutlichkeit, dass wir insbesondere durch Globalisierung und Digitalisierung zu einer neuen sozioökonomischen Konstellation gekommen sind und wir auf diese neue sozioökonomische Konstellation auch Antworten geben müssen. Die Faktoren dieses Wandels sind mehrfach beschrieben, ich brauche mich da jetzt nicht weiter darüber auszulassen - Tertiarisierung, Wissensintensivierung, Digitalisierung und Vernetzung. Allerdings kommen aus diesen Punkten einige Schlussfolgerungen, die ich aufgreifen will. Wir müssen wahr-

scheinlich mithelfen, den Strukturwandel zu forcieren. Das wird Sie möglicherweise überraschen, das aus dem Munde eines Gewerkschafters zu hören, aber der Strukturwandel ist da und wir müssen ihn an einigen Stellen forcieren, wenn er nicht negativ auf die gesellschaftliche und auch auf die Beschäftigungsentwicklung niederschlagen soll. Es wird sie nicht überraschen, dass ein Vertreter der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft insbesondere auch sagt: Wir betrachten Dienstleistungen - auch neue Dienstleistungen, die im Zuge dieser Entwicklung entstehen – als Chance für Beschäftigung und auch für Menschen an sich. Ich verweise ausdrücklich dort auf unsere schriftliche Stellungnahme, in der wir einige Felder auch von Dienstleistungen beschrieben haben, die übrigens nicht nur wissensbasierte Dienstleistungen, sondern auch personenbezogene Dienstleistungen sind. Wir wollen mit beitragen, Humanressourcen zu fördern, die Innovationsfähigkeit zu stärken. Ich lasse es jetzt, auf die Bildungsdebatte von heute Morgen einzugreifen. Wir meinen, dass es der Modernisierung des rechtlichen regulatorischen Rahmens bedarf, denn der regulatorische Rahmen und der rechtliche Rahmen, den wir heute haben, greift in vielen Fällen völlig daneben, zu kurz oder greift überhaupt nicht mehr. Wenn ich das Wort von Dietmar Mosdorf eben richtig verstanden habe, dass es keinen Nachwächterstaat geben soll in den Fragen, dann müsste man dann allerdings konkreter werden, was es dann konkret heißt in punkto Regulatorik. Und wir wollen eine Politik der digitalen Inklusion, sprich auch die globalen Chancen von Globalisierung für alle nutzen. Es gibt eine Initiative unserer Weltorganisation, der united union network international, die immerhin jetzt mittlerweile 26 Mio. Menschen vertritt und davon 14 Mio. in Gewerkschaften organisierte Beschäftigte, die eine Kampagne gestartet hat, die ich Ihnen zum Schluss noch vorstellen möchte.

Ich komme zum nächsten Thema, nämlich dem Umbruch in der Arbeitswelt, da auch die ja eigentlich mittlerweile bei – zumindest bei Kennern – tragende These, dass ein normales Arbeitsverhältnis an prägender Kraft verliert. Das gibt es immer noch, um das auch deutlich zu sagen, es verliert an prägender Kraft. Normales Arbeitsverhältnis: 8 Stunden, 5 Tage, Männer arbeiten, Frauen bleiben zu Hause usw. usf. Ich will jetzt bewusst das ein bisschen zuspitzen, was eigentlich mit diesem sogenannten Normalarbeitsverhältnis umschrieben wird. Ich halte es nicht für normal, aber ich wollte zuspitzen, was eigentlich dahinter steht, wenn man davon redet. Wenn wir jetzt bei den Triebkräften des Wandels etwas intensiver reingehen, dann ist es so,

dass das Thema, worüber ich insbesondere rede – also die Dienstleistungs-, Informations- und Wissensarbeit – heute wesentlich weniger standardisierbar ist als normale Produktionsarbeit und daraus Schlussfolgerungen gezogen werden müssen, übrigens auch für Tarifarbeit von Gewerkschaften, dass es einen wachsenden Trend der Digitalisierung, Vernetzung von Arbeit gibt – zum Stichwort *E-work* -, dass wir aus diesem Standard auch wirklich regulieren müssen, weil völlig neue Arbeitsverhältnisse entstehen. Wir sehen auch eine Vermarktlichung von Arbeitsbeziehungen, was nicht gleichbedeutend ist mit der Dezentralisierung von Bildung von heute Morgen. Der Herr Vorsitzende stellte die interessante Frage, ob das vielleicht ein Tarnwort war: „Dezentralisierung“ für „Markt“. Ich will hier noch mal darauf zurückkommen, wir stellen tatsächlich fest, dass Arbeit und Arbeitsbewertung sich verändert getreu dem Motto: Tut was ihr wollt, Hauptsache ihr seid profitabel. Wir haben es natürlich auch mit den Folgen von Deregulierung von Arbeit zu tun, die es in den letzten 10, 20 Jahren gegeben hat und die nicht alles zum Besseren bestellt hat. Wir haben es auch damit zu tun, was uns auch als Gewerkschaften und wohl auch die Gesellschaft insgesamt zu neuen Überlegungen zwingt, wir haben veränderte Ansprüche von Menschen an ihre Arbeit. Und diese veränderten Ansprüche von Menschen an ihre Arbeit müssen wir aufgreifen, wollen wir die Menschen noch vertreten. Wir sind allerdings der festen Überzeugung - da trifft sich das nicht ganz mit dem, was manche Menschen in diesem Saal denken -, dass abhängige Arbeit nach wie vor schutzbedürftig bleiben muss. Sie wird sich aus sich selbst heraus nicht schützen und die Gefahren aus *E-work* für das Abnutzen von Schutz, das Wegbleiben von Schutz sind übermächtig und übergroß. Deswegen sagen wir: Wir brauchen für die Neugestaltung von Arbeit in einer globalisierten Welt – insbesondere der Informations- und Wissensgesellschaft – eine neue Normalität, „bezieht sich auf Schutzrechte für Arbeitsverhältnisse, wie Sozialversicherungspflicht, arbeitsrechtlicher Schutz für alle, tarifvertragliche Mindesteinkommen, dass auch der Wechsel von den Phasen von Erwerbsarbeit zu Nichterwerbsarbeit tatsächlich gesetzlich und durch Arbeitsrecht geschützt wird“, ähnliche Fragen mehr. Wir wollen soziale Standards bei *E-work*, wir wollen Online-Rechte für Online-Beschäftigte - wenn ich Sie da noch mal auf unsere schriftliche Stellungnahme hinweisen darf -, das ist mittlerweile eine weltweite Kampagne, die die Union Network International gestartet hat, Online-Rechte für Online-Worker, bezieht sich schlicht und ergreifend darauf, dass Arbeitnehmer oder auch abhängig Beschäftigte Zugang zu Systemen haben müssen, dass sie in

diesen Systemen auch ihre demokratischen Arbeitnehmerrechte nutzen können müssen, z. B. Zugang zum Betriebsrat, Zugang zu öffentlichen Informationen und ähnlichem mehr, und dass sie auch in der Lage sind, diese Nutzung ohne Pressuren zu begehen. Ich will hier bewusst sagen, das Stichwort *Arbeitnehmerdatenschutz* ist für uns sehr wichtig und ich persönlich bedauere es sehr, dass offensichtlich die Bundesregierung beschlossen hat, das Stichwort *Arbeitnehmerdatenschutz* in dieser Legislaturperiode nicht mehr zu Ende zu bringen. Wir wissen das aus Kreisen des Arbeitsministeriums. Ich sage *öffentlich* und meine es auch *öffentlich*. Es ist wirklich eine Vernachlässigung dessen, was wir eigentlich von dieser Bundesregierung erwartet haben, wenn das Thema *Arbeitnehmerdatenschutz* verschoben wird auf die nächste Legislaturperiode. Wir wollen auch über neue Formen der Interessenvertretung für abhängig Selbständige reden, Sie wissen, dass diese Form von neuen Beschäftigungsmöglichkeiten weit zunimmt in den verschiedensten Formen. Wir selbst haben nach einer Phase der nicht gerade Selbstbesinnung Abschied genommen von dem Begriff der sogenannten *Scheinselbständigen*, weil sehr viele Menschen auch tatsächlich diese Beschäftigungsform suchen, aber nichtsdestotrotz abhängig Beschäftigte sind. Wir müssen sehen, wie wir sie in Interessenvertretungssituationen hinein bekommen. *Leider* – ich sage bewusst *leider* – sind die Vorschläge des DGB im Zusammenhang mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes in dieser Frage nicht aufgegriffen worden. Da ist ein großer Nachholbedarf nach wie vor, und wir werden – das kann ich Ihnen jetzt schon sagen – versuchen, dieses Thema auch zum Thema der nächsten Periode des Deutschen Bundestages zu machen.

Lassen Sie mich jetzt im Schnelldurchgang aufgrund des beschränkten Zeitrahmens auf die Frage der digitalen Spaltung eingehen. Wir haben im Januar d. J. – damals noch als alte Deutsche Post - und Telekommunikationsgewerkschaft - hier in Berlin ein Forum durchgeführt, wo wir unter anderem auch die Firma Booz Allen und Hamilton gebeten haben, einmal etwas zu sagen zum Standard und zur Durchdringung dieser Gesellschaft mit neuen Technologien, insbesondere Internettechnologien. Booz Allen stellt in dieser Studie fest - wir haben sie auch im Literaturverweis -, dass 21 Mio. Menschen in Deutschland offline sind und zu offline verurteilt sind. Das heißt das sind 21 Mio. Menschen oder mehr als ein Viertel der Bevölkerung, die von vornherein, aus welchen Gründen auch immer, von der Nutzung von Internettechnologien und ähnlichem mehr ausgeschlossen sind. Das sind Menschen mit höherem Alter,

mit unterdurchschnittlichem Einkommen und mit niedrigem formalem Bildungsstand, und die Barrieren sind Kosten, auch wenn das manch einer nicht mehr hören will, nämlich dass es auch kostet: Hardware, Internetzugang, Nutzung und Content, dass die Akzeptanz teilweise mangelhaft ist und natürlich auch die Kompetenz bei manchen Menschen fehlt. Wir sind der Auffassung, dass man diese digitale Spaltung überwinden kann, indem man verstärkt öffentliche Zugänge schafft, indem man die Qualifizierungsangebote wesentlich erweitert, indem man Vorreiterrollen auch der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt und ähnliches mehr. Wer sich übrigens in Berlin mal anmelden musste - wie ich das jetzt tat bei dem Umzug von Frankfurt nach Berlin -, würde es schätzen, wenn es in Berlin die Möglichkeit gäbe, statt ein Bürgeramt zu besuchen sich per Internet umzumelden.

Lassen Sie mich bei der Frage *Digitale Spaltung* global noch etwas Weiteres sagen: Sie wissen, dass es in der Diskussion zwei Perspektiven gibt, die optimistische, die also sozusagen den Bocksprung von der Agrar- zur Informationsgesellschaft erwartet, und die pessimistische Sicht, die eine weitere Marginalisierung des Südens vorhersieht. Unsere Sicht der Dinge ist eigentlich eine pessimistische, denn die schlechte Nachricht lautet: Der digitale Rahmen wird größer und nicht kleiner. Ich will da mal ein besonderes Augenmerk darauf richten, weil mir persönlich auch solche Debatten wie um das globale Dorf und ähnlichem mehr langsam aber sicher ein bisschen auf die Nerven gehen. Wenn wir wissen, wie weit technische Infrastrukturen, die notwendig sind, z. B. für Internetnutzung, auf der Welt verbreitet sind und wie weit nicht, dann ist das reine Propaganda. Dann meint man wohl die Globalisierung bezogen auf einen ganz bestimmten Teil dieser Erdkugel und nicht auf einen anderen. Von daher besteht nachhaltiger Bedarf, insbesondere auch an der Entwicklung von Infrastrukturen, und darauf aufbauend dann natürlich auch von geistigen Infrastrukturen. Ich meine aber auch ganz harte körperliche Infrastrukturen, die man braucht. Als alter Telekommunikationsmensch wissen sie, dass der Aufbau des deutschen Fernmeldenetzes 100 Jahre gedauert hat. Das geht heute wahrscheinlich schneller, aber es geht auch nicht so, dass man es einfach mal so macht. Der zweite Punkt ist, dass wir natürlich auch sehen, dass der Versuch, diese digitale Spaltung der Welt zu verhindern, politisch größer wird und auch auf die globale Agenda angewandt wird. Wir aber sind der Auffassung, das reicht nicht, denn IKT ist alleine keine Zauberformel, um wirklich weiter zu kommen. Was wir wollen, ist – um es mal ein

bisschen neumodisch zu sagen – ein e-velopment, das die Erweiterung der IKT-Zugangsmöglichkeiten, die Stärkung von IKT-Kompetenzen und die Förderung bedarfsgerechter Inhalte einschließt. In dem Zusammenhang sind wir persönlich der Überzeugung, dass Deutschland wesentlich stärkere Verantwortung in den Fragen übernehmen muss.

Lassen Sie mich zur letzten Folie kommen, die ich vorbereitet habe, und damit dann auch zu dem Punkt, der uns hoffentlich in der Diskussion einigermaßen anregt: Globalisierung und anständige Arbeit. Ich sagte vorhin schon, dass dieser Begriff der anständigen Arbeit von dem Generalsekretär der Internationalen Arbeitsorganisation geprägt worden ist, der feststellt, dass die Globalisierung an einem Wendepunkt angelangt ist. Wenn wir im Zuge der Globalisierung Ziele für die Reform der Weltwirtschaftsordnung formulieren wollten und angesichts der Entwicklung, die wir tatsächlich haben, verfolgen wir Ziele wie:

- nachhaltiges Wachstum
- hoher Beschäftigungsstandard
- humane Arbeit
- soziale Gerechtigkeit
- universelle Anerkennung von Demokratie und Menschenrechten.

Wenn Sie jeden einzelnen Punkt durchgehen, würden Sie feststellen, dass es unter globalen Gesichtspunkten an vielen dieser Punkte mehr als hapert, sowohl an nachhaltigem Wachstum als auch am Beschäftigungsstandard, an humaner Arbeit erst recht, an sozialer Gerechtigkeit sowieso und an universeller Anerkennung von Demokratie und Menschenrechten erst recht. Ich will gar nicht darauf eingehen, weil das Herr Mosdorf vorhin ausführlich gesagt hat, wie seine Sicht der Dinge zur tendenziellen Globalisierung von digital vernetzter Arbeit ist, ich will da ausdrücklich darauf verweisen: Die Analyse ist richtig. Die Frage ist, ob alle Schlussfolgerungen richtig sind. Das ist aber ein anderes Thema. Ich will allerdings wegen der politischen Aktualität noch eins sagen: Wir gehen davon aus, dass wir insbesondere jetzt in dieser Phase alles daran setzen müssen, dass die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation wirklich allgemein anerkannt werden, auch von der Welt handelsorganisation. Das betrifft so ganz einfache Dinge, wie sie bei uns im Grundgesetz stehen, wie die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlung.

gen. Das betrifft das Verbot von Zwangsarbeit, das Verbot von Kinderarbeit weltweit und das betrifft übrigens auch das Verbot von Diskriminierung. In diesem Zusammenhang darf ich Sie noch mal auf die Kampagne und ihre Ziele verweisen, die wir auf Seite 36 der Kommissionsdrucksache beschrieben haben, die wir als internationaler Bund freier Gewerkschaften bzw. Union Network International gestartet haben. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Ganz herzlichen Dank auch Ihnen, Herr Sommer. Wir sind tatsächlich jetzt in einem gewissen Zeitproblem. Ich hatte auf Grund von Notizen, die ich bekommen hatte, gemeint, Herr Staatssekretär Mosdorf könnte bis 15.00 Uhr hierbleiben. Er kann aber nicht so lange bleiben. Ich habe ihm eingeräumt, ggf. ganz kurz auf die beiden nächsten Referate jetzt einzugehen, sonst würde ich die Diskussion eröffnen und um Wortmeldungen bitten.

Sachverständiger Siegmur Mosdorf: Ich möchte nur zwei kurze Anmerkungen machen, eine zu Herrn Knirsch und eine zu Herrn Sommer. Ich habe es sehr konstruktiv gefunden und sehr instruktiv auch, was hier von Herrn Knirsch vorgetragen worden ist in der Darlegung der Konstruktionen, die wir auf dem Welthandel haben, ich stimme mit dem in vielen Punkten völlig überein. Ich wollte einen Hinweis geben und das haben Sie nicht ausdrücklich verneint, aber das muss man als Dimension sehen. TRIPS beinhaltet nicht nur die Frage des Zugangs zu bezahlbaren Arzneimitteln, bedeutet nicht nur den Schutz von Pflanzensorten, bedeutet nicht nur die Frage der Patentierung lebender Materie, sondern TRIPS bedeutet im Grunde – so wie ich es auch vorhin dargestellt habe –, dass der gesamte Wertschöpfungsteil, der auf Urheberrecht beruht, ein Reglement braucht. Ich glaube, ich habe Sie auch nicht falsch verstanden, dass Sie das teilen, ich habe nur in meinem Eingangsstatement vorsichtig darauf hingewiesen, dass inzwischen – anders als vor 10 oder 20 Jahren – selbst Schwellenländer in diesen hochentwickelten dienstleistungs- und informationstechnischen Bereichen heute Möglichkeiten haben, die sie früher nicht hatten. Deshalb nehmen sie beim TRIPS heute eine andere Position ein, jedenfalls in den Bereichen, wo sie Interessen zu vertreten haben, in denen sie sehr wohl für ein TRIPS-Reglement sind. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass Review nicht Revision heißt. Da gibt es einen kleinen Unterschied: Review ist in Ordnung, das ist auch ver-

abredet. Darüber wollen wir auch reden, man muss ja immer, wenn man reden will, auch jemanden haben, mit dem man darüber redet. Die Schwellenländer sind vielleicht durchaus bereit, über bestimmte Fragen zu reden, aber über eine Totalrevision oder gar über eine Ablehnung von TRIPS – dafür bekommt man keine Gesprächspartner. Aber ich will noch einmal ausdrücklich sagen, es geht um diese drei Fragenkomplexe, die sehr schwierig sind, und da haben Sie völlig zurecht darauf hingewiesen. Die wertnormative Frage der Patentierung lebender Materie ist eine unglaublich komplexe Frage, die wir jetzt auf dem Hintergrund des Welthandels diskutieren, die aber eigentlich unsere Gesellschaft selber betrifft und das würde ich auch nicht mit der linken Hand beantworten wollen. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, Michael Sommer, der sich seit vielen Jahren an dieser Diskussion der Globalisierung auch im Gewerkschaftsbereich sehr konstruktiv beteiligt im Sinne von, dass man die Chancen nicht vergisst, sondern dass man sie auch nutzt und sucht, dem kann ich in fast allen Punkten zustimmen. Ich wollte nur darauf hinweisen - Stichwort: *Kernarbeitsnorm*. So richtig die Sachen sind - und ich bin nun wirklich entschieden dafür, dass man Koalitionsfreiheiten und solche Dinge durchsetzt -, wir alle wissen aber, dass in dem Moment, wo wir diese Frage aufwerfen, eine Reihe von Entwicklungsländern aufstehen und den Saal verlassen, das ist einfach so. Und zwar deshalb, weil sie das als eine Form von Protektionismus empfinden, wenn wir jetzt über diese Frage reden und es abwehren wollen. Das ändert nichts daran, dass er vollständig Recht hat, denn entweder sind wir auf einem bestimmten Niveau der Entwicklung und wollen nicht zurück in die Vormoderne, oder wir sind es nicht. Deshalb geht es einfach nicht um die Frage: Ist man für Kernarbeitsnorm oder nicht? Die Frage, die sich stellt, ist in dieser neuen Runde: Wie kriegen wir es hin, dass der Entwicklungsprozess, der teilweise bei uns ja über 140 Jahre auch blutig gelaufen ist - wenn ich an die Frühlkämpfe der Industrialisierung denke -, wie kriegen wir den so hin, dass die Entwicklungsländer bereit sind, im Globalisierungsprozess trotzdem mit uns einen Schritt zu gehen? Das wollte ich nur noch einmal sagen, weil ich mir nicht anhängen lasse, dass die Regierung gegen Kernarbeitsnorm ist. Ich sage bloß ausdrücklich: Wir brauchen Gesprächspartner und wir brauchen Verhandlungspartner und was ich für das Wichtigste halte, ist - gerade in dieser angespannten politischen Situation -, dass es überhaupt zu einer neuen Runde kommt. Davon bin ich felsenfest überzeugt, dass das notwendig ist. Ich will nicht, dass wir mit Stei-

nen auf dem Weg diese Runde verhindert. Ich weiß auch, dass ich nicht genau sagen kann, wie die Runde ausgeht. Ich weiß, dass es in Amerika sehr komplex ist, heute für den Präsidenten „fast track“ zu kriegen mit all den Implikationen. Das weiß ich alles. Ich weiß auch, wie die einzelnen Schwellenländer sich entwickelt haben, wie die LDCs sich aufstellen, das ist mir alles klar, aber das Wichtigste ist, dass wir den Beginn einer neuen Runde einleiten können, das darf nicht belastet werden.

Der Vorsitzende: Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium einen Monat vor dem angesetzten Termin für die WTO-Sitzung dieses mit großer Priorität jetzt auch noch mal zur Sprache gebracht hat, das ist aber nicht der eigentliche Gegenstand der heutigen Anhörung und deswegen lade ich jetzt noch einmal ausdrücklich ein zu Kommentaren zum Thema *Wissensgesellschaft*. Ich habe auf meiner Liste zunächst mal Herrn Baumann und Frau Roos.

Sachverständiges Mitglied, Dr. Michael Baumann: Ich ziehe erst mal zurück, ich wollte im Grunde etwas zu diesem Thema sagen, was zuletzt war, aber vielleicht sollte Wissensgesellschaft erst mal anfangen.

Der Vorsitzende: Wenn wirklich der dringende Wunsch besteht, über WTO und TRIPS zu reden - man hat selten diese Konstellation - dann stellen wir das zurück. Dann muss ich aber insbesondere Frau Lötzer als Vorsitzende von der Arbeitsgruppe Wissensgesellschaft fragen.

Abg. Ursula Lötzer (PDS): Ich bin der Meinung, das gehört rein, weil TRIPS einfach bestimmte Sachen der Wissensgesellschaft regelt.

Der Vorsitzende: Dann werde ich jetzt hier nicht päpstlicher sein als die Vorsitzende der Arbeitsgruppe, aber Herr Schauerte dazu.

Abg. Hartmut Schauerte (CDU/CSU): Ich meine, es gehört nicht hinein, aber beide Vortragende haben es vorgetragen. Das ist das Problem, sie haben nämlich nichts zur Wissensgesellschaft vorgetragen, sondern zu ihren Leib- und Magenthemen und haben uns ein bisschen missbraucht. Und jetzt können wir das gerne fortsetzen.

Der Vorsitzende: Machen wir einen Kompromiss. Solange Herr Staatssekretär Mosdorf, der ja auch eine Regierungszuständigkeit für die Vorbereitung von Doha hat, hier im Raume ist, werden wir auch über diese Fragen sprechen und danach kommen wir zu der Frage Wissensgesellschaft im engeren Sinne zurück.

Sachverständiges Mitglied, Dr. Michael Baumann: Also an diesem Thema TRIPS und Kernarbeitszeit wird ja für mich sehr deutlich, es geht nicht um eine logische Argumentation, sondern um Machtinteressen, die hier zum Ausdruck kommen. Die Industrieländer haben auch in Marrakesch keine Gesprächspartner gehabt, wenn es um TRIPS ging, die haben trotzdem gesagt, wir wollen es da drin haben, und es hat nicht im engen Sinne mit Handelsfragen zu tun. Genauso könnte man aber auch begründen, dass Kernarbeitsnormen da hinein gehören. Ich möchte dem Herrn Sommer nochmals eine Frage in dem Zusammenhang stellen. In dieser Kampagne, die Sie vorgeschlagen haben, da wird gesagt, die Verpflichtung, dass Kernarbeitsnormen eingehalten werden, so dass die Entwicklungsländer nicht mehr Nachteile haben, muss stärker betont werden. Es ist aber doch so, dass die Entwicklungsländer am wenigsten für Kernarbeitsnormen eintreten, sowohl Gewerkschaften oder zivilgesellschaftliche Organisationen als auch die Regierungen. Warum beschränken Sie das eigentlich darauf? Also es geht ja um die Interessen der Industrieländer. Auf der Seite 36 steht dies.

Abg. Gudrun Roos (SPD): Es ist natürlich immer eine Mischung, wenn wir hier auch über Bildung reden. Ich bin schon der Meinung, dass wir es nur hinkriegen können, bestimmte Ziele auch durchzusetzen, die ja durchaus vernünftig sind. Darin haben wir schon die Erfahrung, dass es wichtig ist, z. B. Kernarbeitsnormen oder Umweltstandards oder sonstige Standards eben erst mal zu akzeptieren und eben dann auch einzuhalten, wenn wir dafür sorgen, dass überall auf der Welt die entsprechen-

de Bildung vorhanden ist. Da frage ich mich, ob wir da bisher unsere Verantwortung genügend wahrgenommen haben und insbesondere auch, ob es denn eine Möglichkeit gibt, die internationalen Konzerne oder auch international politisch Handelnden in die Pflicht zu nehmen, das eben auch in den sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern mit umzusetzen, ganz progressiv mit umzusetzen. Dies, um nicht eben immer nur zu sagen, wir wollen jetzt ein „fair trade“ haben, wie es vorhin von Herr Staatssekretär Mosdorf gesagt wurde, wo wir bisher eben für „free trade“ waren, wo es in die eine Richtung ging. Nun plötzlich, wo die Gegenrichtung kommt, sagen wir, wir wollen „fair trade“ und da kann ich mich überhaupt nicht wundern, dass dann natürlich das umgekehrte Argument von unseren Partnern kommt. Das gleiche gilt für Nischenmärkte, auch da ist es nicht nur so, dass jetzt diese Transparenzdimensionen nur zur Produktpiraterie führen, sondern das Beispiel Fax war da - vielleicht in dem Sinne des Herrn Staatssekretärs schlecht gewählt, für mich gut gewählt -, denn da haben wir effektiv und nachgewiesener Maßen eine Fehleinschätzung der Entwicklung. Man hat also das zwar hier erfunden, hat dann aber gesagt: Das nutzt ja alles nichts, ist also nichts wert, das können wir also verkaufen. Dann ist es logischerweise irgendwo anders entsprechend angewandt und kommerzialisiert worden. Wenn es um Urheberrechte geht, dann muss man natürlich schon aufpassen, dass es nicht nur um Urheberrechte geht, die nur die Industrie betreffen, sondern die wirklich grundlegend die Ernährung von Menschen betreffen. Wir sollten da vielleicht auch mal – wenn wir schon nicht daran denken, wie es für Entwicklungsländer aussieht – uns erkundigen bei hiesigen Bauernorganisationen, dass es also auch hier schon Probleme damit gibt, dass Saatgut gekauft wird und man aus diesem Saatgut eben *nicht* weiteres Saatgut gewinnen darf, sondern sich verpflichtet, wenn man es kauft, eben sozusagen in alle Ewigkeit dieses Saatgut eben nachzukaufen bei dem Hersteller. Ich weiß nicht, wie wir es hinkriegen können und meine Frage ist: Wie organisieren wir den Vorsprung an Exzellenz? Das ist wunderbar gesagt, aber wie organisieren wir es? Und die Frage geht sowohl an die Regierung als auch an Herrn Sommer oder an Herrn Knirsch: Wie kriegen wir es hin, dass wir eines Teils einen Vorsprung an Exzellenz haben, denn wir haben schon egoistische Ziele, aber anderen Teils auch wirklich fair damit umgehen, dass es eben auf der Welt nicht nur uns gibt, sondern viele Länder und viele Menschen und jeder seine Chance haben muss.

Abg. Ursula Lötzer (PDS): In Anbetracht der Zeit beschränke ich mich auf zwei Fragen an Herrn Mosdorf und würde dann gern nachher noch mal die anderen Referenten weiter befragen. Eine zumindest grundsätzlich ganz strategische Frage: Ich finde an diesem ganzen Konflikt, z. B. zwischen TRIPS und Konvention über biologische Vielfalt, gibt es doch das eine Problem, auch sehr langfristige Problem, welches es in vielen Fällen gibt, nämlich dass eine reine Regelung unter dem Aspekt des Handels, wie sie die WTO vornimmt, in Widerspruch gerät zu anderen Gesichtspunkten, wie z. B. Gesichtspunkt Menschenrechte und Gesichtspunkt Erhalt biologischer Vielfalt. Das heißt die Fragestellung muss nicht generell bei solchen Verhandlungen bearbeitet werden - um diese Interessen überhaupt in internationalen Verträgen zu berücksichtigen –, es sollte auch eine Erweiterung des Themenkreises und des Teilnehmerkreises an solchen Verhandlungen geben. Auch andere Organisationen, die den menschenrechtlichen Aspekt, die den ökologischen Aspekt verfolgen, müssen in eine solche Regulierung überhaupt nur gleichberechtigt einbezogen werden, und das muss langfristig eben nicht nur unter Handelsaspekten in der WTO geregelt werden. Das finde ich schon, das gilt ja für viele Fragen, auch für die Kernarbeitsnormen mit dem sozialen Forum oder anderem, wie man überhaupt damit umgeht, langfristig auch, dass solche Interessen mehr Gewicht erhalten. Ich denke, es gibt nicht nur die Frage von mehr oder weniger Globalisierung, sondern es geht ja heute vor allem um die Frage einer sozialen und ökologischen und menschlichen Dimension der Globalisierung und das ist, glaube ich, die Wende, die Michael Sommer angesprochen hat.

Die zweite Frage, die mich schon sehr interessiert, ist die Frage der Kampagne „Online Rights for Online Worker“, weil ich schon denke, dass sie eine der Feststellung ist - auch die ILO fördert ja diese Kampagne, beispielsweise in dem, was sie an Berichten auch hier in der Kommission schon vorgelegt hat –, wie sich angesichts dieser ganzen Dimensionen Globalisierung von Produktion, Ausweitung von E-work etc. überhaupt noch so etwas wie Schutzinteressen oder Vertretungsinteressen, Informations- und Beteiligungsinteressen von Arbeitnehmern durchgesetzt werden können, da bitte ich konkret auch noch mal um eine Stellungnahme.

Sachverständiger Dr. Werner Gries: Herr Mosdorf, im Punkt 8 ihrer schriftlichen Stellungnahme weisen Sie darauf hin, dass multinationale Unternehmen im Rahmen

ihrer Politik zwar Teile der Wertschöpfungskette ins Ausland verlegen, aber gerade im wissensintensiven Bereich nicht. Trifft dies für deutsche multinationale Unternehmen genauso zu wie für angelsächsische? Zweite Frage: Es gibt ja auch eine Regionalisierung und nicht nur Globalisierung, gerade bei Spitzentechniken gibt es Clusters, Voraussetzung für die Ansiedlung. Biotechnik gibt es nur in gewissen Regionen schwerpunktmäßig, das Silicon Valley usw. Und diese Clusterbildung ist eine entscheidende Voraussetzung, dass das eben nicht globalisiert wird. Da kommen die Leute in die Regionen zurück und arbeiten dort, und das ist gerade bei Spitzentechnik der Fall. Wenn dies zutrifft, so ist das mit der Globalisierung ja auch sehr problematisch. Wir haben zwei Kräfte – die Globalisierung und eine gewisse Regionalisierung durchaus bei Spitzentechniken in Europa und in der Welt. Und da können Sie noch so viel von Staatswegen machen mit allen möglichen Förderinstrumenten, da hilft das gar nichts, kein Mensch geht nach Südtalien für Biotechnik oder Mikroelektronik, und wenn sie noch so viel Subventionen verteilen. Ähnliches trifft für Teile der neuen Bundesländer zu. Wenn das richtig ist, dass wir auch eine gegenteilige Entwicklung der Regionalisierung haben, gerade bei Spitzentechniken, welche wirtschaftspolitischen Folgerungen ergeben sich hieraus für die Bundesregierung, nämlich eine Politik der Gießkanne hilft da nicht weiter, sondern sie müssen da selektiv vorgehen.

Sachverständiger Prof. Dr. Franz Nuscheler: Ich habe eine ganz kurze Frage, solange der Staatssekretär noch da ist. Ich gehe davon aus, dass kurz vor den Verhandlungen in Katar die Bundesregierung in Abstimmung mit den Ressorts und in Abstimmung mit der EU so etwas wie eine grobe Verhandlungsstrategie für Katar entwickeln sollte. Vor sechs Wochen hat die Chefin des BMZ, Frau Wieczorek-Zeul, das TRIPS-Abkommen als Gefahr einer Genpiraterie aus der Sicht auch der Entwicklungsländer beurteilt. Sie sprach, wenn das TRIPS nicht korrigiert wird, läuft es auf die Gefahr hinaus, dass wir systematisch eine Genpiraterie betreiben und es auch noch rechtlich geschützt wird. Deshalb meine Frage: Es gibt offensichtlich hier unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Bundesregierung und gibt es möglicherweise – das weiß ich nicht, deshalb frage ich nach – zwischen der Bundesregierung und der EU - und ich gehe davon aus, dass die EU die Verhandlungsführung in Katar machen wird – eine abgestimmte Verhandlungsstrategie für Katar? Ich will hier

keine Vertraulichkeiten haben, aber ich gehe davon aus, dass es in Umrissen so etwas geben wird, wo gerade auch das TRIPS eine wichtige Rolle spielen wird.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Ich hatte mich selber gemeldet mit einem an sich sehr ähnlichen Anliegen. Ich schmücke es noch mit einer historischen Bemerkung über die Genese der Patentierung aus. Es ist ja im 19. Jahrhundert im Wesentlichen entstanden und entwickelt worden als Schutz der kleinen Erfinder vor den großen Kapitaleignern, denen man unterstellte, die klauen sich einfach das Wissen. Heute ist es tatsächlich so, dass die Patentierung in erster Linie im Interesse der großen Kapitaleigner liegt und die das große Interesse daran haben, ihre kapitalintensiven FuE-Investitionen weltweit zur Anwendung zu bringen und nicht ständig von den kleinen Mäusen dabei gestört zu werden. Das heißt also, da hat sich eine Art von Vorzeichenumkehr vollzogen, ohne dass man im Patentrecht davon viel Notiz genommen hätte. Dieses muss man aber wissen, rein psychologisch, wenn man in Katar oder an anderen Verhandlungsorten mit den Entwicklungsländern zusammenkommt, die natürlich diese Vorzeichenumkehr sehr wohl registriert haben, und das Gefühl haben, dass sie – die Schwachen – von der Patentgesetzgebung überrollt werden, die ihnen unheimlich vorkommt. Und in diesem Zusammenhang entsteht dann – ähnlich wie Prof. Nuscheler es gesagt hat – die Frage: Wie ist eigentlich unsere Verhandlungsstrategie? und vor allem: Wie glaubwürdig sind wir? Die Entwicklungsländer sind nach Abschluss der Uruguay-Runde davon ausgegangen, dass nun wenigstens diejenigen, die ihnen TRIPS zugemutet haben und allerlei anderes, wenigstens wie versprochen die Märkte für Textilien, Agrarprodukte und verschiedenes anderes öffnen. Davon ist aber gar nichts erfolgt. Das heißt also, die Entwicklungsländer fühlen sich furchtbar über den Tisch gezogen und in diesem Zusammenhang ist dann ihre Bereitschaft, auf möglicherweise sehr berechtigte Anliegen - auch beim Patentschutz von uns - einzugehen, sehr eingeschränkt.

Abg. Hartmut Schauerte (CDU/CSU): Ich kann mir die Antwort des Staatssekretärs auf den Konflikt in der Regierung vorstellen. Er wird erklären – da ja nicht präzise nachgefragt worden ist -, wie es denn genau sein sollte, dass man schon eine gemeinsame Linie bis Katar haben werde. Vielmehr kann er ja nicht sagen. Ich bin mal gespannt, ob es mehr wird. Ich wollte einen Ansatz bringen: Wenn ich die beiden

Stellungnahmen aus ver.di und aus Greenpeace hier sehe, dann bin ich – wenn man genau hinguckt – nicht ganz sicher, ob die Probleme, die beschrieben werden, angeblich vor allem Probleme, die die Entwicklungsländer belasten, nicht eher auch wie ein Vorwand, wie ein Lastesel benutzt werden, um die eigenen Vorstellungen, die nicht unmittelbar etwas mit dem Thema zu tun haben, besonders wirkungsvoll nach vorn zu bringen. Jedenfalls habe ich diesen Eindruck sehr deutlich und ich will das jetzt mal an einer anderen Linie ausführen. Wir reden über frei zu verhandelnde Verabredungen zwischen Staaten und Ländern, die unter ganz unterschiedlichen – auch emotionalen – Bindungen ihre Souveränität beachtet sehen wollen und die hoch gerührt sind, wenn da der mit dem dicken Daumen kommt. Wir diskutieren über grüne Problematik, also Standards, wir diskutieren über Sozialstandards und wir diskutieren über Rechtsstandards bei der Patentfrage. Im Grunde sind es drei Standards. Und wir behaupten jetzt, wir schützen die, wenn wir diese Standards entweder für sie pflichtweise einführen oder umgekehrt, wie es uns gerade passt. Und sie beschweren sich ja mit Recht darüber, dass wir den free trade zugesagt haben, ihn aber jetzt über die Standardfragen wieder kaputt machen. Die Frage ist bei der ver.di-Gesellschaft ganz deutlich geworden. Zum Beispiel steht da drin: Öffnung des Welt Handels mit Agrarprodukten zur Förderung der Exporte der Entwicklungsländer. Das werden wir ja unterschreiben, aber man könnte den Entwicklungsländern genauso gut helfen, wenn man ihnen sagt, wir öffnen unsere Arbeitsmärkte, damit sie dann ihre Gehälter in die Entwicklungsländer überweisen. Sie haben hier eine sehr beliebte Forderung bezogen auf einen Wirtschaftsbereich aufgestellt, in dem sie keine Mitglieder haben. Da kommt im Gewand der Nächstenliebe zu den Entwicklungsländern eine gehörige Portion Eigenliebe zum Tragen, und da würde ich unsere Redlichkeit in diesen Bereichen doch einmal einführen. Jetzt noch mal zurück zum Patentbereich. Ich könnte das zu den Grünenthemata auch sagen, zu Greenpeace, denn dass wir genetisch schützen wollen, was die haben, - die Vielfalt -, das dürfte wohl vor allem im Interesse der Entwicklungsländer liegen, denn die haben in Amazonien die größten Vielfalt. Ich bin der Meinung, dass sollten wir zu ihren Gunsten schützen. Sie argumentieren zwiespältig, ich komme aber zurück zum Patentrecht im eigentlichen Sinne. Herr Dr. von Weizsäcker, Sie haben gerade richtig gesagt, es ist mal eingeführt worden, um die kleinen Erfinder zu schützen. Es mag sein, dass sich mittlerweile die Großen damit auch breit machen. Das ist nun mal so, dass der Teufel bekannter Maßen immer auf dem dicken Haufen seine Entsorgungsgeschäfte erle-

dig. Aber es gibt auch noch keinen anderen Schutz für die kleinen. Wenn ich auf die Erfindermessen gehe, egal wie man sie bewertet und ich bin da häufig - das ist Mittelstand -, dann sind die heilfroh, dass sie diesen Schutz trotz allem noch haben und jetzt kommen wir zu dem Thema, was wir machen sollen - wollen wir denn einen gespaltenen Rechtsschutz organisieren? Für die Großen gilt der nicht mehr und für die Kleinen gilt er? Dann müssen wir folgendermaßen vorgehen: Ich behaupte, die Entwicklungsländer haben gar keine Chance, wenn wir ihnen den Schutz des Patentrechtes genauso nehmen würden wie wenn man ihn uns nehmen würde. Da müssen wir uns schon mal darüber unterhalten, wie das denn gehen soll. Und ein zweiter Punkt ist natürlich auch, dass, sobald sie Ungleichheiten herstellen in diesen Bereichen, werden wir bei aller Chancenungleichheit – der muss man möglicherweise über Entwicklungshilfe entgegen wirken, da steht oben drüber: 1. Position: Eine massive Erhöhung der Entwicklungshilfe. Das kann ich nur unterstreichen. So läuft es ab anstatt so, bei allen Erklärungen. Seit drei Jahren gibt es ja nun eine neue Regierung. Während die Vorgängerregierung laut Opposition unfähig war, hat sich ja angeblich seit der Zeit vieles zum Besseren gewendet, wie wir ja sehen können. Das würde ich akzeptieren. Aber wenn wir jetzt mit unterschiedlichen Bewertungen hingehen und sagen, wir machen Ausnahmetatbestände für die Entwicklungsländer bei den Patenten, in der Pharmaforschung, in der Vergabe usw., dann kriegen wir eine Unordnung in den Weltmarkt, über Umgehungstatbestände, über Falschdeklarationen, die alle vorstellbaren Dimensionen sprengt. Wenn wir das nicht an der Stelle mit einem einheitlichen Reglement machen, werden wir keine Ordnung herstellen können. Deswegen kann es nicht sein, dass sich jeder seine Rosinen raussucht und sagt, „Wenn wir das machen, dann ist alles gut.“. Erstens muss Ehrlichkeit rein und zweitens muss es eine Ordnung werden, die bearbeitbar ist und die nachher auch verstanden wird und nicht neue, vielleicht größere Probleme schafft.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Nach dieser bemerkenswerten Einlassung muss ich den Staatssekretär bitten, sich bei der Beantwortung nicht nur die Rosinen rauszusuchen.

Sachverständiger Siegmund Mosdorf: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich beantworte jetzt nur die Fragen, die direkt an mich gerichtet worden

14. Wahlperiode
Enquete-Kommission
„Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“

Protokoll Nr.14/26
vom 08. Oktober 2001
Vo/Mü

sind, mit der Bitte um Verständnis, weil ich dann auch weg muss. Die erste ist Frau Lötzer zum Thema Erweiterung des Teilnehmerkreises der an den Diskussionen zu Beteiligten. Das ist eine zivilgesellschaftliche Forderung, die völlig legitim ist. Ich glaube, dass es in der Zukunft zwischen den klassischen Strukturen einen intermediären Bereich von Zivilgesellschaft geben wird, der an Einfluss zunehmen wird – NGO's und andere sind dabei zu nennen. Ich habe heute Morgen gerade mit den NGO's aus Deutschland zusammengesessen, um mit ihnen über die Grundsätze, Leitlinien, die wir zu Hermes verabschiedet haben, zu reden. Es gibt unglaublichen Sachverstand bei den NGO's. Der ganze Bereich der Zivilgesellschaft muss in solche Diskussionsprozesse einbezogen werden. Denn nur wenn wir das tun, können wir dem gerecht werden, was ich eingangs gesagt habe, nämlich dass es so etwas wie eines Weltordnungsrahmens bedarf, wenn Globalisierung sich wirklich nicht nur auf der ökonomischen Schiene abbilden soll, sondern auch in anderen Bereichen. Das tut ja die Globalisierung inzwischen. Wir haben aktuell die sicherheitspolitische Dimension, aber wir haben auch eine kulturelle Diskussion. Dass Guggenheim jetzt dabei ist, mit dem kunsthistorischen Museum von Wien und mit der Eremitage eine neue museumsglobale Herangehensweise in diesen Bereich zu organisieren, finde ich ungewöhnlich interessant, wie immer man jetzt Thomas Krenz, den Chef von Guggenheim, bewertet. Das heißt, Globalisierung ist nicht nur eine ökonomische Veranstaltung - das war sie ursprünglich -, sie hat inzwischen eine kulturelle Dimension, und zwar nicht nur die Logodimension, sondern im Grunde eine Tiefe, was zeigt, dass Globalisierung weiter geht als nur an die Oberfläche. Sie hat wirklich eine gesellschaftliche Dimension, dazu gehört deshalb auch die Beteiligung der Zivilgesellschaft und der NGO's. „Online right for online worker“, also ich kenne die Diskussion dazu, und zwar seit den Gründungszeiten von John Perry Barlow, der davon gesprochen hat, dass wir ja nicht nur einen neuen Cyberspace haben, sondern ein neues Hoheitsgebiet. Ich bin davon überzeugt, dass alles, was rechtsstaatlichen Normen und demokratischen Strukturen und Wertorientierungen unterliegt, online genauso gelten muss wie offline. Da darf es keinen Unterschied geben. Deshalb bin ich übrigens auch froh – wenn ich das mal salopp Hartmut Schauerte zurufen darf, die heißen nicht ferdi, sondern ver.di –, dass das, was der Michael Sommer bei den Gewerkschaften organisiert, genau in diese Richtung geht. Er hat eben von *Strukturwandel beschleunigen* gesprochen, und zwar weil er gestalten will, was er organisiert – Modernisierungsprozesse –, und davon, die Gewerkschaften darauf vorzubereiten.

reiten, dass sie irgendwann mal online funktionieren müssen. Ich glaube, dass es dann eine digitale Spaltung unserer Gesellschaft gibt, wenn z. B. die Arbeitnehmerschaft in ihrer Professionalität, in ihrer Qualifikation, auch in ihren Möglichkeiten abgekoppelt würde. Die intelligenten Großunternehmen machen das gar nicht, im Gegenteil, die haben ein Interesse daran, dass die Arbeitnehmerschaft gut organisiert ist. Das wollte ich nur zu Frau Lötzer sagen, dass, was sie sagen – online right for online worker - ist völlig logisch und die Gewerkschaften sind dabei, das umzusetzen.

Herr Dr. Gries, Sie haben völlig recht. Die Globalisierung geht einher mit einem Regionalisierungsprozess. Und das, was Sie als Clusterisierung beschrieben haben, genau das findet statt. Deshalb bin ich auch dagegen, dass wir Forschungs- und Technologieförderung im Gieskannenverfahren machen. In Zukunft wird es so sein, dass die Cluster da entstehen, wo die besten Ausbildungskapazitäten sind. Es haben sich viele auch an große Unternehmen angedockt, da diese aber heutzutage weltweit dezentral agieren, bilden die Unternehmen selber zunehmend Cluster an renommierten Universitäten, ob das Cambridge ist oder Stanford oder Berkeley oder was auch immer. Sie docken dort an, um nah an den Talenten zu sein. Das ist das, was Sie wahrscheinlich auch mit Clusterisierung und Regionalisierung meinen und deshalb ist die einzige Antwort das, was ich vorhin meinte mit Vorsprung an Exzellenz. Wenn wir in Qualifikation, Forschung und Bildung im Sinne von Clusterung in Deutschland investieren und dadurch, dass wir da gut sind, sozusagen wie ein Magnet wirken, dann entstehen wirklich regionale Cluster. Wenn wir das nicht tun, diese Zuspitzung nicht gelingt, dann gibt es woanders Cluster und Magneten, was Arbeitsplätze angeht. Insofern ist es eine zweiseitige Medaille. Globalisierung heißt auch, dass man heute einen globalen Bildungsmarkt hat, und dass die großen Unternehmen der Welt sich global umschauen. Das bedeutet, die gucken mit einer unit in Singapur, was sind die native talents in Südostasien, und wie kann man die in MBA-Programme integrieren. Das ist der Grund, warum ich so entschieden dafür bin, dass wir gerade in der jetzigen Phase, wo große Universitäten der Welt sich mit Filialen auf allen Kontinenten niederlassen wollen, darum kämpfen, dass die Besten auch hier, in die Region Berlin zum Beispiel, kommen, weil wir hier ein solches Cluster gebrauchen können. Ich stimme Ihnen zu und meine, dass wir da, zugespitzt, noch mehr tun müssen.

Herr Prof. Nuscheler, was die Strategie angeht, will ich nicht viel dem hinzufügen, was Hartmut Schauerte gesagt hat, denn Sie wissen ja, dass das so im politischen Geschäft ist. Aber jetzt im Ernst: Die Bundesregierung hat eine klare Strategie, verhandeln tut aber die Europäische Kommission, und es gibt ein Verhandlungsmandat, das ist verabredet mit der Europäischen Kommission, und wir sind auch sicher, dass die Akteure, die dabei eine große Rolle spielen, keine platten Gespräche führen wollen, sondern eine sehr komplexe Herangehensweise befürworten. Und deshalb hoffe ich sehr, dass es zu einer neuen Welthandelsrunde kommt und dass Europa dabei eine Rolle spielen kann, und zwar eine konstruktive Rolle.

Dann komme ich direkt zu dem, was eben die Diskussion von Herrn von Weizsäcker und von Hartmut Schauerte ausmachte, denn es geht ja schon um die Frage der Differenzierung. Das, was Ernst Ulrich von Weizsäcker geschildert hat, dass es auf Grund dieser Veränderungen Zurückhaltung bei der Patentierung gibt, ist richtig. Das stellt sich aber bei Entwicklungs- und Schwellenländern auch schon wieder so dar, dass die auf einmal auch Patentinteressen haben und dann wird das Ganze wieder komplex. Das ist ja nicht von heute auf morgen so, sondern es gibt natürlich auch Entwicklungen in den Ländern, wo man dann sagt, Brasilien oder die Inder z. B, die haben die und die Interessen, was wieder eine sehr komplexe Materie ist. Wir müssen uns dieser Komplexität unterwerfen, aber klar ist, dass das alte Schema „Wir für fair trade und die für free trade.“ und anders herum, oder das alte Schema, die hochentwickelten Länder sind für Patentierung und die anderen nicht, nicht mehr funktioniert. Übrigens – das will ich auch Herrn von Weizsäcker sagen – man muss sich auch mal der Frage annehmen, was sich bei der richtig beschriebenen Entwicklung von dem Schutz des Erfinders, des Einzelerfinders, hin zu den Verwertungsinteressen kapitalintensiver Unternehmen, noch verändert hat. Es ist wahr, es gibt zwischen dem angelsächsischen Urheberrecht und dem europäischen Urheberrecht den Unterschied, dass das europäische Urheberrecht sehr erfinderorientiert ist, während das angelsächsische sehr verwertungsorientiert ist. Wenn wir aber jetzt eine globale Welt haben, brauchen wir ein gemeinsam akzeptiertes Urheberrecht. Diese Diskussion wird noch sehr schwer werden. Aber es ist auch richtig, dass der Prozess, der von Herrn von Weizsäcker beschrieben worden ist – vom Einzelerfinder zum kapitalintensiven Unternehmen, der das dann verwertet -, eines einbezieht, und das ist eine Diskussion, da stehen wir erst davor. Auch die kapitalintensiven Unternehmen

sind auf einmal darauf angewiesen, dass sie ihre Arbeitnehmer, ihr Know-how, nicht wie Objekte behandeln, sondern wie Subjekte. Es gibt inzwischen – das kann man sehr schön nachlesen bei einem der jungen, großen, talentierten Ökonomen der Stockholm School of Economy, der gerade ein Buch geschrieben hat, das heißt *Funky Business*, in dem er beschreibt, wie Wissen, Know-how und Talente auf einmal Kapital umtreiben, wo das Kapital nach Talenten sucht und in diesen kapitalintensiven Unternehmen, die jetzt Verwertungsinteressen haben, auf einmal der Faktor Wissen wieder eine größere Rolle spielt. Da ist man wieder beim Anfang des Erfinders. Die Diskussion, die verlief bislang so, aber die kriegt jetzt eine neue Dimension, weil auf einmal Wissen zu dem eigentlich zentralen Rohstoff wird und deshalb das Subjekt des Wissensarbeiters eine ganz andere Rolle, einen ganz anderen Stellenwert bekommt.

Hartmut Schauerte will ich zum Schluss nur sagen, der Punkt, wir öffnen unsere Arbeitsmärkte, den verstehe ich provokativ, denn wir sind uns ja darüber einig, dass das Kapital doch besser zur Arbeit geht als die Menschen zu ihm, denn ich möchte nicht, dass wir sozusagen alle Arbeitskräfte aus Südindien im Sauerland unterbringen müssen. Deshalb sage ich es noch einmal - die richtige Antwort ist: Kapital muss zu den Menschen gehen und nicht die Menschen zum Kapital. Trotzdem gibt es natürlich auf dem globalen Markt auch deshalb eine Greencard und viele andere Dinge mehr, und auch Notwendigkeiten, sich der besten Talente zu bedienen. Letzter Satz, letzte Bemerkung: Ich kann mich sehr gut an eine denkwürdige Konferenz in Johannesburg erinnern, wo sich die 10 führenden Schwellenländer mit Blick auf die Informationstechnik mit den G7-Staaten unterhalten haben und damals einer der wichtigsten Promoter des Information-Highways und der IuK-Technik, nämlich Gore, die Vision entwickelt hat – es ist noch gar nicht lange her -, dass die Amerikaner bereit wären, alle 56 afrikanischen Staaten an das Internet anzuschließen, in jedem dieser afrikanischen Staaten ein Kompetenz-Center zu gründen, um die Menschen zu qualifizieren, eine Africa-Online-Infrastruktur um den Kontinent herum zu legen. Um diese Zugänge zu organisieren und für jeden, für Sigrid und für viele andere mehr, auch im hintersten Zipfel sozusagen den kostenlosen Online-Zugang bei der Library of Congress zu gewährleisten, wo man Heinrich Heine und Albert Einstein lesen kann, damit das angehäufte Wissen der Menschheit, jedem – auch im tiefsten Afrika – zur Verfügung steht. Diese Vision, die hat bei den afrikanischen Teilnehmern dieser

Konferenz das Stichwort *leapfrogging* provoziert, also das Überspringen bestimmter Entwicklungen. Und ich will ausdrücklich sagen, ich schließe das bei vielen Schwellenländern nicht aus, aber ich sehe auch die Gefahr, dass viele LDCs angekoppelt werden. Deshalb ist das ein ambivalenter Prozess. Aber wenn ich jetzt zum Konklusio kommen soll, würde ich sagen, das Glas ist halbvoll und nicht halbleer.

Sachverständiger Jürgen Knirsch: Vielleicht war es nicht so geschickt von mir, dem Bild der digitalen Kluft das Bild der Kluft in der Grundversorgung gegenüberzustellen, weil das die Frage aufwarf: Was hat das jetzt noch mit dem eigentlichen Thema Wissen zu tun? Ich war ein bisschen schnell in meinem Vortrag und habe Ihnen zwei Zahlen verschwiegen, die deutlich gemacht hätten, dass es gerade mit Ihrem Thema sehr viel zu tun hat. Es geht nämlich um traditionelles Wissen, was 80 % der Grundlage der medizinischen Versorgung in Entwicklungsländern darstellt und was auch die Grundlage für die Eigenversorgung der Bauern ist. Dieses traditionelle Wissen ist vorhanden und sollte nicht nur als ausnutzbare patentierbare Rohstoffquelle gesehen werden, sondern auch als Ressource der Menschen. Die Antwort auf die Frage von Frau Roos, was zur Inszenierung von Exzellenz dazu gehört, wäre für mich, dieses Wissen erst einmal wahrzunehmen und wertzuschätzen und zu schützen. Dafür ist die Konvention über biologische Vielfalt da, genau das ist eine ihrer wesentlichen Aufgaben, nämlich dieses Wissen zu schützen. Von daher denke ich, habe ich Ihnen vielleicht ein paar Zahlen verheimlicht, aber TRIPS gehört genau in diese Problematik hinein, um die es hier geht. Es ist wahrscheinlich bei uns immer einfach, wenn man nur mit digitalen Begrifflichkeiten umgeht, traditionelles Wissen nur in einer digitalisierbaren Form wahrzunehmen oder sich dafür zu interessieren. Das war der erste Punkt, den ich anmerken wollte.

Zum Vorwurf der Rosinenpickerei von Greenpeace: Ich möchte Ihnen wirklich nahelegen, sich die Worte des Botschafters von Tansania anzugucken, der eben diesen Entwurf für Doha im Auftrag der least developed countries, also immerhin einer Gruppe von zahlreichen Entwicklungsländern, kommentiert hat. Sie werden sehen, dass dort eine Reihe von Punkten deckungsgleich mit unseren Punkten sind. Jeder, der sich auskennt in der Debatte um Sozial- und Umweltstandards, weiß, dass leider auch eine ganze Reihe von Differenzen zwischen uns und Entwicklungsländern bestehen. Der Kollege von ver.di hat dargelegt, dass Sozialstandards ein großes Pro-

blem in der WTO sind, genauso auch Umweltstandards; und viele Entwicklungsländer lehnen beide zunächst ab, nicht weil sie etwas gegen Sozialstandards haben oder ihre Umwelt nicht schützen wollen, sondern weil sie wissen, dass solche Standards protektionistisch ausgenutzt werden können. Dafür gibt es genügend Beispiele. Es ist schwer, Ihnen das zu widerlegen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Hartmut, darf ich dich bitten, noch zu bleiben, bis Herr Sommer Dir geantwortet hat?

Sachverständiger Michael Sommer: Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Es ist ja nicht die erste Anhörung, die ich hier im Bundestag mitmache, aber die macht mir am meisten Spaß. Ich sage Ihnen auch warum: Weil sie doch offensichtlich davon geprägt ist - das ist wohl auch ein Vorteil einer Enquete-Kommission -, dass man versucht, mit Rede und Gegenrede zu neuen Positionen zu kommen und nicht von vornherein Vorverurteilungen zu haben, nur weil jemand von einer bestimmten Organisation kommt oder nicht. Deswegen will ich Ihnen auf ein paar Fragen – soweit es geht – eine offene Antwort geben. Ich fange einmal mit dem Begriff *ver.di* an: Natürlich wäre es im Deutschen richtig, *ferdi* zu sagen, die Frage ist mir neulich übrigens auch mal in Japan gestellt worden, die sind da ja besonders feinsinnig, und ich habe denen das gleiche gesagt, was ich Ihnen jetzt auch sage: Wir haben natürlich versucht bei der Neugründung dieser Organisation ein bisschen Trittbrettfahrerei mit dem Namen *Verdi* zu machen. Das ist uns auch gelungen, von daher: vom Erfolg Verurteilter. Mittlerweile hat es sich sprachlich eingeschliffen. Dann lassen Sie mich gleich noch ein paar Punkte sagen zu der Frage *Lastesel*. Jetzt will ich Ihnen mal Folgendes sagen: Das, was auf der Seite 36 der Stellungnahme abgedruckt ist, ist nicht eine *ver.di*-Stellungnahme, sondern ist der Beschluss des 1. UNI-Weltkongresses, der hier Anfang September in Berlin stattgefunden hat. UNI besteht aus 160 Gewerkschaften, die früher einmal in vier unterschiedlichen Gewerkschaftsinternationalen zusammengeschlossen waren. Das ist die größte Gewerkschaftsinternationale, die es gibt. Natürlich prägen diese Papiere auch Kompromisse. Natürlich ist es so wie im wirklichen Leben auch, dass natürlich europäische Gewerkschaften einen großen Einfluss haben. Nur wir bemühen uns bei der Positionsfindung in solchen internationalen Gewerkschaftsbünden, dass es auf der Konferenz

nicht zu den streitigen Debatten kommt, aber sehr wohl vorher in der Debatte Pro- und Contra-Stellungen auszutauschen, und so zu einer gemeinsamen Sicht der Dinge zu kommen. Wenn die Entwicklungsländer sagen, sie wollen eine gemeinsame Sicht der Dinge zum Beispiel bei der Frage von Agrarprodukten, was nun nicht ganz unwichtig ist, und die Frage des Arbeitsmarktes nicht auftaucht, dann können Sie davon ausgehen, dass sicherlich an der einen oder anderen Frage auch ein Findungsprozess und ein Kompromiss stattgefunden hat, aber einer, der ehrlich ist. Ich will hier nur deutlich sagen, es ist nicht ein Dokument von ver.di, sondern es ist ein Dokument der UNI. In dem Zusammenhang will ich auch noch eins zu dem sagen, was Sie gesagt haben, nämlich die Frage nach Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Wir müssen doch einfach schlicht und ergreifend feststellen, dass bei der ganzen Debatte, die wir hier führen, unter dem Aspekt Entwicklungsländer, Schwellenländern, Industrieländer des Westens, hochkapitalisierte Länder, wir doch nicht davon ausgehen können, dass wir in diesen Prozessen von Waffengleichheit ausgehen können – wenn man heute den Begriff überhaupt benutzen darf, ich habe sehr gezögert, ob man den überhaupt benutzen soll, weil Sie wissen, was ich meine. Die Kräfteverhältnisse sind nicht so, dass man da wirklich von Gleichheit ausgehen kann in den Chancen, und wofür wir eintreten wollen ist, diese Debatte auch zu führen mit dem Ziel von größerer Gleichheit untereinander. Da komme ich in dem Zusammenhang auf die Frage von Herrn Baumann zurück, wenn ich das kurz darf. Herr Baumann fragte ja, warum hier die Begrifflichkeit von dem Schutz von Entwicklungsländern drin ist. Sie ist erstens akzeptiert von der Konferenz, das ist aber nicht mein Thema, sondern mein Thema ist, wie kommt es wohl dazu? Dann will ich Ihnen eins sagen: Es gibt ja Länder, industrialisierte Länder, in denen die Achtung von Gewerkschaftsrechten ja nicht zum normalen Standard gehört. Es gibt Schwellenländer – ich nenne mal beispielhaft Korea -, in denen die Vereinigungsfreiheit nicht gerade gewährleistet wird, um es mal dezent zu sagen. Da sitzen nämlich Menschen in Gefängnissen, weil sie eine gewerkschaftliche Grundüberzeugung haben. In solchen Prozessen kommen solche Forderungen zustande, die dann davon ausgehen, dass die Gewerkschaftsrechte und die Kernarbeitsnormen dann tatsächlich auch eingehalten werden müssen. Warum hier eine besondere Akzentuierung in dem Beschluss auf Entwicklungsländer gelegt wird, verstehe ich auch nicht. Frau Roos, Sie haben eine Frage gestellt, die deshalb besonders interessant ist, weil sie fast, wenn man versucht, sie offen zu beantworten, einen Tabubruch darstellt, nämlich die Frage:

„Was tun Sie denn wirklich, um dahin zu kommen?“. Wenn wir eine Debatte führen, die davon ausgeht, hier muss sich nichts verändern, nur bei anderen muss sich etwas verändern, dann werden wir da bleiben, wo wir sind. Mich hat neulich eine Diskussion mit Gernot Erler im DGB-Bundesvorstand zu der Frage Terrorismus sehr nachdenklich gemacht. Er hat das gleiche übrigens noch einmal in einem Leserbrief am Sonntag im Tagesspiegel geschrieben, dass nämlich eine faire Weltordnung eine faire Weltwirtschaftsordnung voraussetzt und damit eine andere Verteilungsfrage. Und die Frage muss man dann auch thematisieren, im klaren Wissen, dass, wenn ich sie in meiner eigenen Organisation an der Basis so thematisieren würde, mit allen Konsequenzen, die da dran hängen, nicht nur begeisterte Anhänger dafür finden würde. Das wird für Parteien genauso gelten. Aber wenn Sie die Frage schon so stellen, und Sie haben sie nachdenklich gestellt, so will ich wenigstens versuchen, sie nachdenklich zu beantworten, und was die Frage „online rights online worker“ betrifft, wäre ich gerne bereit, wenn die Kommission es gestattet, Ihnen Material noch zusätzlich zur Verfügung zu stellen über das, was wir da tatsächlich wollen, eine Kampagne übrigens, die wir im europäischen Rahmen führen wollen, und die noch eine zusätzliche Erweiterung hat, die möglicherweise Sie nicht, aber wir spüren. Eine der großen Schwierigkeiten, die wir im Prozess des globalisierten Zusammenarbeitens zwischen Gewerkschaften haben, ist die Sprachenbarriere. Wir arbeiten sehr intensiv daran, diese Sprachenbarriere zu überwinden, was dann übrigens auch für online right und für online worker keine unwichtige Frage ist. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, ich würde gerne fortfahren und nunmehr noch zwei wichtige Gäste aus dem akademischen Bereich einladen, ihre Kurzreferate zu geben, und zwar Frau Prof. Knorr Cetina von der Universität Konstanz und Herrn Prof. Holznagel von der Universität Münster. Frau Prof. Knorr, fangen Sie an?

Sachverständige Prof. Dr. Karin Knorr Cetina: Herzlichen Dank für die Einladung. Ich habe den Vorteil, dass – wenn man gegen Ende dran kommt – das Meiste ohnehin schon gesagt wurde und man sich etwas kürzer fassen kann. Ich bin in den schriftlichen Antworten auf einige Fragen eingegangen und möchte hier vorn nur ei-

nen kleinen Teil noch einmal ganz kurz zusammenfassen. Zunächst die Frage *Zentrale Faktoren einer Wissensgesellschaft*, die sie ja berührt haben. Ich denke, man muss über diese Frage grundsätzlich nachdenken, und auch nicht nur innerhalb einer wirtschaftlichen Perspektive. Insbesondere wird bei dieser Frage ja immer auch die Wichtigkeit von Humankapital hervorgehoben. Es ist allerdings auch sehr wichtig, sich darüber im Klaren zu sein, dass innerhalb einer Wissensgesellschaft eine ganze Landschaft von Organisationen, von verschiedenen wissensbezogenen Organisationen entsteht und diese wissensbezogenen Organisationen funktionieren müssen oder sollen. Es sollte sich also um intelligente Organisationen handeln und hier hätte man – auch wenn man in Richtung einer Ordnung denkt, wie das hier angesprochen wurde – zunächst mal die Aufgabe zu sehen, um welche Organisationstypen es sich handelt und wie diese zusammenspielen. Sicher haben wir eine ganz wichtige Rolle der Wissenslehreinrichtungen und –organisationen, da das gesamte Bildungssystem innerhalb einer Wissensgesellschaft von ganz zentraler Bedeutung ist. Es war ja ohnehin immer von zentraler Bedeutung, aber das wird es natürlich immer mehr und es ist natürlich auch in Deutschland ein neuralgischer Punkt, auf den ich dann noch mal zurückkommen werde. Es gibt aber auch die wichtige Rolle von Wissensbrokerorganisationen, deren Rolle man nicht aus den Augen verlieren darf in einer Wissensgesellschaft: Nachrichtenagenturen und Informationsdienste, z. B. Reuters, Bloomberg und Telegate, die ununterbrochen auch Gesellschafts- und politische Analysen erstellen und über die Medien vermitteln. Auch dieses sind wichtige Knotenpunkte einer Wissensgesellschaft. Es gibt darüber hinaus Beobachter und Analyseorganisationen wie z. B. private Institute, Wissensdienstleistungsorganisationen und Forschungsorganisationen, die ökonomische und politische Beobachtungen durchführen. Wir haben also eine ganze Landschaft von Organisationen, bei der man natürlich zentral den Ausbildungsbereich sehen muss und auch den Forschungsbereich sehen muss, aber daneben und darüber hinaus gibt es noch eine ganze Reihe weiterer Gruppen. Die Frage ist dann natürlich: Welche Differenzierung zwischen diesen Organisationen ist vorhanden, welche Verteilung auf nationaler und internationaler Ebene ist vorhanden? Wir haben in bestimmten Bereichen eine sehr viel stärkere Konzentration - und ich meine nicht Universitäten, sondern vor allem Nachrichtenagenturen und Informationsdienste - in angelsächsischen Ländern als in Deutschland, was wiederum mit der Entwicklung des Finanzmarktbereiches dort und vielem anderen mehr zu tun hat. Also welches kann man auslagern und welches will

man nicht unbedingt national auslagern? Wo sind die neuralgischen Punkte, welche Kombinationen von öffentlich-privat ist hier vernünftig? Welche Zentren- und Clusterbildung findet statt? Auch darauf komme ich noch einmal zurück. Ich bin im Übrigen nicht der Meinung, wie vorhin deklariert, dass die Bildung regionaler Cluster ein Gegensatz zur Globalisierung wäre, denn die regionalen funktionierenden Cluster, die wir kennen, wie das Silicon Valley, werden global bestückt und haben globale Auswirkungen. Die sitzen zwar irgendwo in einem Tal, aber das heißt natürlich in keiner Weise, dass sie lokale Institutionen oder Institutionsnetzwerke sind. Sie sind sehr wohl globale Netzwerke. Diese Ebene der Organisationen sollte man, wenn man stark in Richtung Individuen als Wissensträger denkt, nicht aus dem Auge verlieren. Es geht schon darum, dass wir intelligente Organisationen haben und mehr Augenmerk darauf richten, wie die intelligent gemacht werden können.

Ein zweiter Punkt, den ich erwähnen wollte, ist die Ebene einer Wissenskultur. Der Auszug Kultur wird in den vorhandenen Debatten ja meist vermieden. Er taucht kaum auf, er tritt hinter anderes zurück, und man kann natürlich Wissen als Teil einer bestimmten Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ansehen, aber man kann auch Politik, Wirtschaft und gesellschaftliche Gegebenheiten als Teil einer bestimmter nationalen oder auch transnationalen Wissenskultur betrachten und diese Perspektive wird unter Umständen - wenn die Rede von einer Wissensgesellschaft denn zutreffend ist - sehr wichtig werden. Dabei habe ich hier nicht nur die Mikroebene von Kultur im Auge, sondern auch die Makroebene, nämlich die Frage: Welche Züge hat eine Wissenskultur in einem Land oder in einer Gruppe von Ländern im Vergleich zu anderen Ländern zum Beispiel? Dabei sind nationale Gesetzgebungen beteiligt, die Wissensströme verhindern oder ermöglichen. Ob ein „freedom of information act“ vorhanden ist oder nicht, spielt z. B. für eine ganze Reihe von Transparenz- und Wissensphänomenen eine Rolle. Wichtiger vielleicht aus wirtschaftlicher Perspektive - um Ihnen das auch konkreter nahe zu bringen - sind Accounting Standards oder Bilanzierungsstandards, die ja sehr stark in Nationalkulturen verankert sind, und die im Moment teilweise umgestellt werden, aber die einer zentralen Betrachtung auch dahingehend bedürfen, dass sie die Wissenskultur eines Landes oder einer Region natürlich formen und diese Wissenskultur mitbestimmen. Ich glaube, dass wir uns im Moment in einer Umstellungsphase dieser Wissensinformationsregimes befinden, und zwar in Richtung auf ein mehr an Transparenz orientiertes Regime, was überhaupt

nicht heißt, dass dabei Macht keine Rolle spielt, sondern es heißt vielmehr, dass Macht in Zukunft über Transparenz herzustellen ist statt über Wissensmonopolisierung wie bisher. Früher hatten sie in Organisationen Wissensmonopole in den Hierarchiespitzen, was z. B. in einer Wissensgesellschaft, in der Wissensarbeiter tätig sind, weitgehend unmöglich ist, weil ja die Kompetenz nicht an der Spitze kumuliert werden kann. Das geht nur bei einfachen Produktionstätigkeiten auf der Ebene derer, die das Fachwissen haben. Sie können also nicht in der bisherigen Form Wissen in einer entsprechenden Organisation monopolisieren. Diese ändern ja auch ihre Konstellationen, die werden flacher operieren, mehr auf der Teamebene und solche Dingen nicht nur aus Gründen einer größeren Offenheit gegenüber Mitbestimmung ändern, sondern weil es gar nicht mehr anders möglich ist. Also hier ist eine Umstellung von Informationsregimen in vollem Gange und sie können diese Auseinandersetzungen über Accounting Standards, d. h. wer etwas wissen darf, also über die Verteilung von Wissen in den Tageszeitungen – auch wenn sie nicht so benannt ist – jederzeit mitverfolgen. Der Auszug einer Wissenskultur auf einer Makroebene beinhaltet aber noch andere Dinge, die ich kurz anreißen möchte, wie z. B. das Risikoverständnis einer Gesellschaft und die Risikokultur einer Gesellschaft. Natürlich ist ein Risikoverständnis, das an Sicherheit orientiert ist, unter Umständen einer Wissensgesellschaft nicht ganz angemessen, da diese, fast analog den Finanzmärkten, ununterbrochen Risiken eingehen und auch positiv sehen muss. Sie gewinnt aus der Verteilung von Risiken und aus der Verschiebung von Risiken, aber sie kann sie nicht so recht verhindern. Daher man muss schon sehen, dass da auch Widersprüchlichkeiten sind, die in einer bestimmten Mentalität, die vernünftig ist, eigentlich Sinn machen. Unter Umständen können in einer Wissensgesellschaft dann Schwierigkeiten erwachsen, weshalb das Risikoverständnis mir ein ganz wesentlicher Aspekt zu sein scheint. Ein anderer Aspekt ist die Frage, wie man auf Differenzierung generell in einer Gesellschaft reagiert. Deutschland ist sicherlich eine Gesellschaft, in der Differenzierungsausgleich ganz wichtig ist. Man will also versuchen, zu homogenisieren und Differenzierung dort, wo sie aus irgendwelchen Gründen vorhanden ist, auszugleichen, zu verbessern. Auch das ist ja eine vernünftige Haltung, aber im Wissensbereich ist Differenzierungsausgleich natürlich unter Umständen kontraproduktiv. Der Wissensbereich ist sehr lange schon durch einen relativ intensiven Wettbewerb und durch die Herauskristallisierung einer kognitiven Stratifikation charakterisiert, was durchaus einhergeht mit einer Belohnung durch die Wissens-

bene der sogenannten Besseren. Auch das hat wieder alle möglichen Konsequenzen. Darum kann ich mir nicht so recht vorstellen, dass sie Exzellenz organisieren können, ohne dass sie Eliteuniversitäten zulassen oder fördern oder irgendetwas dazu tun, dass dieses auch möglich sind. Wenn also auf der Ebene der Bildungseinrichtungen der Ausgleich nach wie vor unser Prinzip ist, wie es ja auch mal ein vernünftiges Prinzip war, dann müssen wir in einer Wissensgesellschaft die Frage stellen: Wie gehen wir mit dem anderen Problem um, dass wir dadurch haben, dass vielleicht dann Spitzentechnologie sich in anderen Ländern ansiedelt, und wir Eliteuniversitäten als Attraktoren für gute Nachwuchsleute auf Grund unserer Kultureinstellungen – das ist mehr als Universitätspolitik – eigentlich nicht haben wollen. Wir müssen uns überlegen: Wollen wir das doch haben oder wie fangen wir die negativen Konsequenzen ab, wenn wir es nicht haben wollten? Ein weiterer Kulturaspekt ist ein Reflexivitätsaspekt. In welchem Umfang wissen wir Bescheid über den Stand der Dinge in unseren Institutionen? Wissen wir darüber Bescheid oder nicht? Wir haben heute mit einem sehr informativen Bericht angefangen, das ist diese Art von Selbstreflexivität im Sinne von ein Bild dessen geben, wie der Arbeitsmarkt aussieht. Wie schaut dies und jenes aus? Das ist natürlich ganz wichtig in einer Wissensgesellschaft, die auf Grund von Wissen handeln soll und nicht auf Grund von Nichtwissen. Sie muss dann auch genügend Einrichtungen haben, die diese Bilder des Standes der Dinge überhaupt erst einmal herstellen. In verschiedenen Bereichen geschieht das nicht. Es ist zum Beispiel auf der Ebene von Schulen unmöglich, als normaler Bürger einen Vergleich der Qualität der Schulen überhaupt zu finden, da es das nicht gibt bzw. da das nicht hergestellt wird. Das hat natürlich auch politische Gründe, aber es ist natürlich die Frage, was man damit auch alles dann nicht weiß und welchen Wettbewerb man verhindert etc.

Ein anderer Aspekt der Wissenskultur ist meines Erachtens ein ethischer Aspekt, der weitreichende Konsequenzen hat, und ich meine jetzt nicht das Patentrecht, sondern ich meine: Wie weit kann es angehen - das ist eine abstrakte Diskussion, die ist natürlich völlig politisch danebenstehend -, aber wie weit kann es eigentlich angehen, dass Politik Wissen nicht wahrnimmt oder nicht sieht oder nicht darauf basierend agiert? Das geschieht ja in einer ganzen Reihe von Bereichen auch unserer Politik, nicht nur der internationalen immer wieder. Da müsste man einmal die Frage stellen, ob Wissen, das vorhanden ist, auch berücksichtigt werden müsste. Diese Frage kann

nicht nur an Politiker gerichtet werden, sondern natürlich auch an Firmen und an private Personen, die ja auch immer wieder in Ablehnung oder der Behauptung, sie könnten nicht darauf reagieren, handeln. Da ist die Frage der Ethik einer Wissensgesellschaft eigentlich schon genereller gestellt, d. h. wie weit muss oder sollte Wissen auch wirklich berücksichtigt werden.

Ein weiterer Punkt meines Erachtens betrifft den Punkt Humankapital einer bestimmten Wissenskultur, und damit meine ich: Auf der Seite des Humankapitals haben wir ja nicht nur Kapital, sondern wir können auch die Frage stellen: Wie weit haben Individuen die Verantwortung - und das geht wieder in den ethischen Aspekt hinein -, sich selbst zu bilden und weiterzubilden und Lernen zu ihrer Angelegenheit zu machen? Es gibt ja bestimmte Kulturen, in denen das selbstverständlich ist, z. B. in der jüdischen, aber es ist nicht in jeder gleichselbstverständlich und man kann diese Verantwortung, für die eigene Weiterbildung und Veränderung zuständig zu sein, und unter Umständen darin investieren zu müssen, oder in der Freizeit einen Kurs besuchen zu müssen, und nicht nur in der Arbeitszeit, oder auch mal Geld dafür zahlen zu müssen, auch auf der Ebene der Individuen ansiedeln und nicht nur auf der staatlichen.

Soviel zur Wissenskultur, ich denke, das ist ein sehr umfassender Bereich und dass da oft sehr tiefgehende, ja historisch gewachsene Mentalitäten vorhanden sind, die dann entsprechende unbeobachtete Schranken gegenüber einer Wissensgesellschaft darstellen. Das bringt mich zu einem weiteren Aspekt, den ich hervorheben wollte, einem Aspekt, welchen man auch unter dem Kulturaspekt diskutieren kann, da er ja auch allen klar ist, vielleicht aber noch einmal betont werden sollte. Eine Wissensgesellschaft bedeutet sehr wesentlich auch den Einzug einer neuen Ebene in die Dinge, nämlich einer Beobachtungsebene, Beobachtungen und Wissen darüber, was geschieht. Die Beobachtungen werden gemacht. Nationalökonomien werden beobachtet von Analysten, nationale Politik wird beobachtet von entsprechenden Agenturen auf internationaler Ebene und diese Beobachtungen haben Konsequenzen. Sie können die Konsequenzen beispielsweise im Finanzmarktbereich sehen, wo ja entsprechend agiert wird. Auf der Basis dieser Wissensdimensionen, dieser Beobachtungen, wird dort agiert, und nicht auf der Basis blinder Wünsche oder Vorstellungen. Diese Beobachtungsebene ist ganz wichtig und sie ist vor allem nicht national, sondern international organisiert oder entsteht in internationaler Form und hat

natürlich wiederum Konsequenzen auf allen möglichen Ebenen. So sind z. B. reflexive Wahlen, die auf Vergleich beruhen, möglich für Individuen und für Organisationen. Der Vergleich von Ländern, von Bedingungen, von Schulen, von Universitäten, von allem Möglichen wird in einer Wissensgesellschaft - und nicht nur in Forschungsinstitutionen - sehr wichtig werden und auf der Basis dieses Vergleiches wird – soweit die Reaktion möglich ist, sie kann ja nicht immer stattfinden, aber wenn sie möglich ist - wird auf dieser Basis auch reagiert. Von daher müssen sich Staaten, Ökonomien und Behördenorganisationen wie auch Universitäten, glaube ich, mit dem Wettbewerbsprinzip stärker beschäftigen und darauf Rücksicht nehmen, dass durch den Einzug dieser Beobachtungsebene, dieser Institutionen, die diese Beobachtungen durchführen, sie einfach dem Vergleich von außen unterzogen werden, ob sie wollen oder nicht.

Natürlich gäbe es hier jetzt noch viel zu dem zu sagen, nämlich zu den Zeitstrukturen, die dies alles implizieren. Ich will das jetzt mal auslassen und noch zwei oder drei andere Dinge kurz anreißen. Eine Sache, die in ihren Fragen stand, bezog sich auf das Verhältnis von KMU's und MNU's oder KMU's insgesamt. Ich hatte hier bei der Stellung der Frage den Eindruck, dass etwas vernachlässigt wird, dass ist ja sehr häufig nicht um „groß“ oder „klein“ geht, also KMU's versus MNU's (multinationale Unternehmen), sondern dass es um die Beziehung zwischen diesen Einheiten geht, also um heterarchische Strukturen. KMU's und MNU's verbinden sich ja in sehr vielen Bereichen miteinander, entweder dadurch, dass MNU's Dinge auslagern, die dann von KMU's wahrgenommen werden oder durch informelle Beziehungsstrukturen, die überall auf der Welt zwischen den beiden Bereichen existieren. Diese sozusagen laterale Koordination, die ich da mit „Heterarchie“ meine, und die Beziehung zwischen diesen beiden Einheiten, die müsste meines Erachtens sehr viel stärker berücksichtigt werden. Auf der Ebene der MNU's zeigen viele Studien, und das wird Ihnen wahrscheinlich bekannt sein, dass die Forschungsintensität eben doch wesentlich höher liegt, dass vor allem in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche der Vorteil auf der Seite der MNU's liegt. Es gibt natürlich auch das Phänomen, dass viele KMU's nur dahingehend errichtet werden, dass sie irgendwann einmal von MNU's geschluckt werden, sie werden schon darauf hin angelegt, dass sie dann aufgekauft, akquiriert werden können. Auch hier steht wieder der Zusammenhang im Vordergrund. Es gibt das Phänomen, dass MNU's weitaus mehr in Wissen in Form von

Human Resources investieren und mehr Wissensarbeiter einstellen. Man muss schon die wichtige Rolle der MNU's sehen und unter Umständen die Notwendigkeiten, Anreize auch für Großunternehmen zu stärken, in einem bestimmten Land tätig zu sein und das Denken in Relationen zu fördern.

Jetzt noch zwei Punkte zu den Universitäten. Sie haben einen Punkt, mit dem sie auf die Auswirkungen des Strukturwandels auf Forschungseinrichtungen, Universitäten etc. hinweisen. Hier muss man schon noch einmal wiederholen, dass diese Lehrinstitutionen Universitäten ein neuralgischer Punkt der Wissenslandschaft vor allem in Deutschland sind. Meines Erachtens ist das nicht nur eine Finanzierungsfrage, es ist auch sicherlich eine Finanzierungsfrage in bestimmten Bereichen. Ein Grundproblem der Universitäten ist sicherlich, dass sie sich in den letzten 30 Jahren kaum verändert haben, während sie irgendwann einmal an der „Vorfront“ der Dinge waren, haben sich Industrieunternehmen in der Zwischenzeit mehrfach geändert und gewandelt, Universitäten allerdings kaum, ganz wenig und erst in den letzten zwei, drei Jahren, wenn überhaupt. Sie sind immer noch durchzogen von einem Grundproblem, und das ist Legitimität durch Verfahren und die Herstellung rechtlicher Regeln, und zwar nicht bezogen auf Zielerfüllung, Innovation oder Effizienz. Dies könnte ja auch der Nichtverschwendung von Steuergeldern nützen und dem Verfahren der Einhaltung von Regeln, so wird dies ausgelegt, dass hier z. B. Gelder nicht verschwendet werden sollen. Das Belohnungs- und Anreizsystem müsste massiv gestärkt werden, es geht in die Richtung, aber es ist noch viel zu wenig der Fall. Es gibt Probleme bei der Standardisierung der Abschlüsse international, ich glaube, dass sich Universitäten auf andere Art und Weise als durch inkompatible Spezialabschlüsse in Deutschland profilieren können und sollten und dass ein gestaffeltes Abschlusssystem auch ermöglichen würde, dass die Ausfallquote von Leuten, die ohne Abschluss von der Universität gehen oder rausfallen, verringert würde, weil die dann mit einem niedrig gestufteren Abschluss abgehen könnten. Es gibt das Problem der internationalen Vermischung, es haben andere Universitäten, z. B. in Holland, in der Schweiz, sowieso die angloamerikanischen Länder, sehr viel schneller auf die Globalisierung reagiert, mit internationalen Studienangeboten, und versucht, sich da einzuklinken, als dies in Deutschland wahrscheinlich auch notwendig war und möglich war. Die Universitäten sind ohnehin überlaufen, es besteht seitens des Klientels kein Anreiz, etwas zu tun. Wichtig ist mir vielleicht noch ein Punkt, und das sind die sogenannten

Agencymöglichkeiten der Universitäten. Sie haben ja das interessante Phänomen, dass Universitäten weltweit, obwohl Wissenschaft angeblich global ist, nicht global agiert haben. Die waren relativ national, auch in Amerika, in allen Ländern. Das ändert sich aber seitens amerikanischer und britischer Universitäten, die in bestimmten Bereichen - wir haben es heute schon gehört - Filialen weltweit aufmachen und in der Zwischenzeit eine aktive Unternehmenspolitik in der Wissenslandschaft durchführen. Das heißt nicht, dass sie privat sein müssen, es können auch staatliche Universitäten sein, aber sie verstehen sich einfach selbst als „Players“ – als Unternehmen in einer Wissenslandschaft - und versuchen, in dieser Wissenslandschaft auch präsent zu werden und Einfluss zu nehmen. Dies tun sie natürlich auf sehr vielfältige Weise, einerseits durch Studiengänge, die sie in anderen Ländern platzieren, und andererseits aber auch durch Verbindungen mit der Wirtschaft in vielfältigen Formen, durch die Gründung von allen möglichen Forschungseinrichtungen, die nicht notwendigerweise privat sind, der Universität angelagert sind und eine Art Verbindungsstelle zwischen Universität und Wirtschaft darstellen, aber nicht im Sinne von einem Transferbüro in einer deutschen Universität, sondern als eigenständiges Forschungsunternehmen, das sowohl auf die Ressourcen der Universität zugreift als auch auf Finanzierungsquellen der Wirtschaft. Das machen alle guten amerikanischen Universitäten in der Zwischenzeit in verschiedenen Bereichen, Sie wissen das von MIT, in der Biotechnologielandschaft Harvard, selbst im Bereich der Untersuchung von Organisationen macht das z. B. Harvard etc. Die Agencymöglichkeiten dieses Unternehmensverständnisses, das eine Universität in einen Wissensbereich transformiert, nicht als nichtprivates Unternehmen, sondern als gemeinnütziges Unternehmen, das gemeinnützig in diesem Wissensbereich etwas tut, ist in deutschen Universitäten gar nicht möglich. Sie haben dazu weder das Management-Know-how entwickeln können, noch haben sie natürlich die Ressourcen und das Grundverständnis dafür, aber man kann sich ja vorstellen, wenn man den Gedanken von Harvard in Berlin weiterspinn, was die Organisation von Exzellenz in Zukunft bedeuten kann. Sie kann bedeuten, dass amerikanische Universitäten die Eliteorganisation auf der Universitätsebene in Deutschland sein werden und entsprechend auch von diesen Studierenden nachgefragt werden, die haben natürlich Vorteile, schon allein auf Grund des Namens und der Verbindung ins Mutterland etc. Man muss das nicht unbedingt ablehnen, aber man muss wissen, was man dabei tut. Man kann das ja auch sehenden Auges machen, in dem man sagt: O.k., in unseren Universitäten ist im Moment auf der Ebene

der Organisation soviel problematisch, nicht auf der Ebene notwendigerweise der Wissenschaftler selbst, aber auf der Ebene der Universitätsorganisation, dass wir vielleicht annehmen, dieses andere Modell uns von außen her durch amerikanische Universitäten entwickeln zu lassen, aber man muss wissen, dass es möglich ist.

Ich hatte dann noch einen Punkt zum Verständnis von Arbeit in einer Wissensgesellschaft, bei dem natürlich die Begriffe von Entfremdung und Ausbeutung für Wissensarbeiter nicht mehr greifen. Das ist alles klar, das hat weder Konsequenzen auf Mitbestimmung, auf Zeitstrukturen, auf Zeitmessung, man kann unter Umständen Arbeit nicht mehr in Zeit messen, sondern muss es mehr in Produkten und Zielen messen, man hat grundsätzliche Implikationen davon. Wissensarbeiter haben Objektbeziehungen, sie haben Beziehungen mit ihren Wissensobjekten, an denen sie auch hängen müssen, damit sie in der Lage sind, etwas weiterzubringen auf der Ebene. Diese Objektbeziehungen können in einer Wissensgesellschaft in Konkurrenz zu menschlichen Beziehungen treten und es gibt Tendenzen in diese Richtung. Aber das ist vielleicht eine grundsätzliche Frage, die hier zu weit führen würde. Ich lasse es denn damit bewenden.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Prof. Knorr Cetina. Es ist natürlich ein Riesenthema, mit dem sich dann auch die Arbeitsgruppe „Wissensgesellschaft“ beschäftigen muss. Ein bisschen unvermittelt kommen wir nun zu einem wiederum ganz anderen Thema, nämlich der rechtlichen Rahmenseite, Herr Prof. Holznagel bitte.

Sachverständiger Prof. Dr. Bernd Holznagel: Ich werde meinen Beitrag an den vorherigen anpassen und werde auf die Struktur, die Sie vorgegeben haben, eingehen. Bloß vorweg möchte ich noch einmal zu den wiederholten Statements zur deutschen Universität etwas sagen. Es ist aus meiner Sicht so, ich unterrichte die letzten drei Jahre in Oxford in einer Summerschool und das, was natürlich die amerikanischen und englischen Schools von anderen unterscheidet, ist, dass sie Marken haben. Die Qualität in Oxford ist nach meiner Beobachtung nicht besser als das, was wir in Münster im rechtlichen Bereich haben, aber der Unterschied ist da, dass die Leute weltweit kommen. Dass wir keine Marken haben, und damit international bekannte Marken und sozusagen Eliteuniversitäten, liegt nach meinen fünfjährigen Er-

fahrungen an den Universitäten daran, dass wir ein föderalistisches System haben, das sind Kosten des Föderalismus. Bremen würde natürlich jederzeit sagen, dass ein Elitesystem gut ist, wenn die Universität in Bremen liegt und Bayern würde natürlich sofort für ein Elitesystem sein, wenn sie sagen könnte, dass die Eliten da sind und nicht in Nordrhein-Westfalen. Das ist der erste Punkt. Das sind einfach Kosten des Föderalismus, die in den letzten 40 Jahren entstanden sind. Zu der Frage der Eliteförderung: Ich würde für mich in Anspruch nehmen, dass meine Mitarbeiter zur Elite gehören. Wir haben in Münster 7.000 Studenten. Ich habe ungefähr jetzt 15 bis 20 Mitarbeiter, wir sind 30 Kollegen, das heißt, ein Kollege versorgt 300 Studenten, wenn Sie jetzt mal rechnen: 30 Mitarbeiter mal vielleicht 10 oder 20 Leute, dann haben wir ungefähr 600 Assistenten, die eine erstklassige Ausbildung bekommen und die sogar noch elitärer sind als vergleichbare Absolventen im angloamerikanischen System. Der Unterschied liegt in dem Auswahlkriterium. In Amerika werden sie geprüft, um in eine Lawschool wie Harvard oder Oxford reinzukommen. Wenn sie reinkommen, haben sie auch den Abschluss. Sie bezahlen ja schließlich dafür. Währenddessen bei uns in Münster es so ist, dass eben 6.000 anfangen, von diesen 6.000 schmeißen wir nach ein, zwei Jahren – das ist relativ inhuman – ungefähr 2.000 raus und von den 4.000, die übrig bleiben, da kriegen 10 % ein Vollbefriedigend. Das sind ungefähr 400 Leute von 6.000. Ich kenne im angloamerikanischen Bereich kein System, was so „competitive“ ist wie dieses. Das ist jedenfalls für den juristischen Bereich so, was die Noten anbelangt. Die haben natürlich andere Qualifikationen, darüber kann man dann wieder streiten, ob die starke Justizorientierung bei uns das ist, was man im globalen Markt noch braucht, ob die hinreichend Sprachkenntnisse haben, ob die hinreichend sozialwissenschaftlichen Background haben etc., darüber können wir gerne streiten. Aber über die Frage der Elitenausbildung kann man aus meiner Sicht nicht streiten. Damit komme ich jetzt auch zu den Fragen. Ich möchte eine Grundthese voranstellen, damit nicht tausend Aspekte benannt werden. Meine Grundthese ist, dass wir derzeit einen Trend der Vorherrschaft der angloamerikanischen Rechtskultur und des Rechts beobachten können. Ich glaube nämlich auch, dass viele Hindernisse oder die Gründe, warum wir uns in Deutschland manchmal so schwer tun, mit der Internationalisierung kulturell bedingt sind. Sie sind nicht bedingt im Hinblick auf einzelne Instrumente oder einzelne Stellschrauben. Es gibt bestimmte Entwicklungen, die gehen sehr tief in die Gesellschaft herein, die sind auch über Nacht nicht aufhebbar. Lassen Sie mich die These, dass wir einen

Trend der Vorherrschaft des angloamerikanischen Rechts zu beobachten haben, mal an zwei, drei Beispielen verdeutlichen. Zunächst der John Perry Barlow, der bereits von dem Herrn Staatssekretär erwähnt ist, ist ja einer der Visionäre des Internet und er hat frühzeitig dafür plädiert, dass es nur noch ein Cyberlaw geben dürfte, ein Recht innerhalb des Internets, was sozusagen weltweit gilt. Oder vielleicht ist es gar kein Recht, sondern nur eine sogenannte „Netiquette“, eine Art Selbstkontrollregelung: Die Netzbürger wissen schon, was gut und schlecht ist. Diese Vision von Perry Barlow hat sich als illusorisch herausgestellt. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Es zeigt sich, dass im Internet im Hinblick auf die verschiedenen Rechtsfelder unterschiedliche Regelungen Anwendung finden oder auch durchgesetzt werden. Wir müssen, wenn wir von Regeln reden, ehemals immer verschiedene Sets von Regeln unterscheiden. Ich will das mal ganz grob tun, in dem ich zwei Kategorien bilde. Zunächst erst mal das Recht, das Markt oder Austausch ermöglicht. Darunter verstehe ich alle Regelungen wie Regeln zum Vertragsschluss, Regeln über digitale Signatur, vielleicht auch technische Standards, damit die Netze überhaupt miteinander sprechen können, die gleiche Sprache sprechen, also Internetprotokolle etc. Dieses große Set an Regeln ist zunächst erst einmal ein Set von Regeln, das sehr stark über Technik gesteuert wird. Es gibt ein berühmtes Buch von Larry Lessig, einem Kollegen von mir, der jetzt in Stanford lehrt, der mal den Satz geprägt hat: „Code ist law.“. Die Wertvorstellung und das Recht folgen der Technik. Als ein Beispiel: Das Internet hat eine bestimmte Protokollstruktur, die es ermöglicht, überall auf der Welt die Information gleich zu verbreiten. Bestimmte Wertestandards und bestimmte Möglichkeiten der Herausfilterung von Information sind per se gar nicht vorgesehen. Diese bestimmte Protokollstruktur, die sich technisch auch ändern ließe, ist von vornherein von den Architekten des Internets aber nicht vorgesehen gewesen, weil sie eben auch ganz stark von der Idee der Meinungsfreiheit und des freien Flusses von Meinungen in den Vereinigten Staaten geprägt sind. Wenn man mal diese technische Struktur als einen Faktor nimmt und sie mit der Rechtsstruktur vergleicht, dann stellen wir fest, dass wir weltweit nur bisher sehr wenige Harmonisierungsmaßnahmen haben. Die meisten Harmonisierungsmaßnahmen laufen informell. Es gibt ja in diesem Global Business Dialog oder auch in anderen internationalen Gremien Diskussionsprozesse, die durchaus gewisse Konsensbildung hervorgebracht haben, die dann auch in den Einzelstaaten umgesetzt worden sind. Aber generell kann man nicht sagen, dass sich ein globales Recht herausgestellt hat. Was sich herausgestellt hat, ist

eine Art „Blockrecht“ – so möchte ich das mal nennen -, es gibt nämlich zwei Regelungsblöcke, die sich gegenüberstehen. Das ist das amerikanische Recht und das ist das Recht der Europäischen Union. In diesen Rechtsbereichen, die den Markt etablieren, gibt es eine sehr weit gehende Harmonisierung von Recht. Wenn Sie sich diese einzelnen Strukturen ansehen, werden Sie feststellen, dass sie in weiten Bereichen angloamerikanischen Rechtstraditionen folgen. Was wir derzeit noch nicht haben, sind sozusagen „Scharniere“, die das Blockrecht Amerikas und Europas verzahnen. Wir haben im Datenschutzrecht diese Save Harbour-Übereinkünfte - danach ist auch gefragt worden, ich weiß nicht genau, inwieweit das jetzt nicht schon zu stark Expertenwissen ist -, da haben mal die Europäer versucht, die Spielregeln des „Scharniers“ zu schaffen und einen Schritt voranzugehen und wir sehen im Moment, dass das nicht durchsetzbar ist. Da haben sich, glaube ich, nur 20 oder 30 Unternehmen bisher diesen europäischen Spielregeln unterworfen, und meine Prognose ist, dass gerade angesichts der jetzigen politischen Situation hier Amerika nicht auch nur bereit wäre, den Europäern entgegen zu kommen. Das vielleicht zu dem Block ganz allgemein *Etablierung von Markt*. Wir haben es aber auch mit einem „*Recht schafft nicht nur Markt, Recht hat auch die Funktion des Drittschutzes*“ zu tun, wir wissen, dass jeder den anderen verletzen kann durch Beleidigungen. Indem ich jugendschutzgefährdende Inhalte ins Netz bringe - denken Sie an die rechtsradikalen Naziinhalte – auch da stelle ich so etwas fest wie eine Vorherrschaft amerikanischer Vorstellungen, nämlich dadurch, dass wir unser Jugendschutzrecht, unser Recht im Hinblick auf rechtsradikale Inhalte nicht vollstrecken können. Sie wissen alle, dass wir Volksverhetzung etc. bestrafen. Der „Denial of Holocaust“ ist strafbar, die Verbreitung von Nazi-Emblemen ebenfalls. In den Vereinigten Staaten ist es nicht strafbar, weil dort ein anderes Verfassungsverständnis der Meinungsfreiheit vorherrscht. Dort herrscht das Verständnis vor, dass jede Einschränkung der Meinungsfreiheit - von bestimmten Ausnahmen abgesehen – verboten ist. Es ist ein ganz weites Verständnis von Meinungsfreiheit, was uns Deutschen völlig fern liegt. Im Ergebnis ist es in den Vereinigten Staaten so, dass das dortige Verfassungsgericht – *the Supreme Court* – jeden Ansatz, so etwas wie Volksverhetzung als Straftat auszuschreiben, auch bestimmte Bereiche des Jugendschutzes, die bei uns völlig selbstverständlich sind, dass das Verfassungsgericht die als verfassungswidrig erklärt hat. Die Folge ist, dass unsere ganzen Nazigruppen in die USA auswandern, die Sites auf die dortigen Server legen, und wenn unser Bundeskriminalamt mal nachfragt, was denn da-

mit sei, die Amerikaner nicht einmal reagieren, zu Recht nicht reagieren, denn das, was die deutschen Behörden fordern, ist eine Verletzung und Einschränkung ihres verfassungsrechtlichen Rechts auf *free speech*. Dort werden unterschiedliche Wertetraditionen so gelöst, dass im Kern unsere europäischen Traditionen oder die deutschen Traditionen zurückstehen müssen. Das will ich erst mal als empirischen Fakt darstellen. Ähnliche Bereiche haben wir im Datenschutzrecht, drüben gibt es kein flächendeckendes Datenschutzrecht, das gibt es in Europa. Es ist kaum möglich, in dem Austausch der Blöcke europäische Standards durchzusetzen. Die Frage, die sich hier stellt, ist: Wie gehen wir damit um? Ich weiß es offengestanden in vielen Bereichen auch nicht. In dem Bereich, den ich zuletzt genannt habe, hat man natürlich nur die Möglichkeit der Überzeugung, der Argumentation mit den amerikanischen Kollegen, aber dass das sehr hilfreich ist, kann ich im Moment nicht sagen.

Ich mache jetzt einen kleinen Bruch, weil ich an der Stelle auch keine richtige Antwort weiß, ich wollte Ihnen nur dieses Problem mal verdeutlichen, dass Globalisierung auch heißen kann, dass bestimmte Werte bei uns erodieren und wir keine Mittel ohne weiteres haben, die zu verteidigen. Wenn ich aber sehe, dass in vielen Bereichen die Informationsgesellschaft auch Anpassungsstrategien erfordert – und da möchte ich Ihren Beitrag aufnehmen – dann möchte ich mal einzelne Aspekte nennen, die Sie als prägend für die Informationsgesellschaft herausgegriffen haben und an den einzelnen Begriffen mich mal durchhangeln. Informationsgesellschaft fordert Transparenz, das ist natürlich ein Problem mit einer deutschen Verwaltungskultur, die sehr stark an preußischen Ideal orientiert ist. Das hat ja auch Vorteile, ich sehe das nicht nur negativ. Wir haben eine Ministerialbürokratie, die seinesgleichen häufig sucht. Wenn wir die nicht hätten, wüsste ich in vielen Bereichen nicht, wie der Staat entscheiden würde. Ich sage es mal ironisch hier an diesen Punkt. Von der Politik glaube ich nicht, dass sie so viel Sachverstand in vielen Bereichen wie die Ministerialbürokratie hätte, also auf die lasse ich nichts kommen. Aber wenn die Transparenz ein Grundsatz ist, stellt sich natürlich der Frage: Wie kann das Rechtssystem transparenter gemacht werden? Zugang zu Information ist ein altes Thema, was ja immer noch nicht richtig gelöst ist. Ich sehe Herrn Tauss, den ich ja häufig auf diesen informationspolitischen und –rechtlichen Treffen sehe, da muss einfach noch mehr gearbeitet werden. Da haben wir Anpassungsbedarf. Risikokultur betrifft eher das Problem des „Digital Divide“, wenn ich es mal so nehmen darf. Es ist ja nicht nur so,

dass unsere Länder und der Bund dort eine Menge tun würden, aber die Gesellschaft ist natürlich gegenüber Neuerungen skeptisch, das war bei der Kernkraft schon so, jetzt will ich das Thema nicht aufgreifen, aber bei der Biotechnik ist es so, jede technische Innovation wird in Deutschland erst mal von der Risikoseite her gesehen und nicht von der Chancenseite. Das ist ein zentraler Punkt. Wie man dort diese Kultur aufbrechen kann, da weiß ich auch nicht mehr zu nennen als Medienkompetenz, Angstabbau, wie immer das gehen soll. Das Problem der Differenzierung und Homogenisierung hatten Sie gesagt, darauf war ich schon eingegangen, das Problem bei Wettbewerb im Bereich von Wissensseinheiten, da scheint mir der Kern in der Tat in der Länderstruktur zu liegen. Die Bundesländer werden niemals zulassen, dass sie in diesem Wettbewerb schlechter abschneiden als die anderen, das wäre meine Grundthese. Reflektionsstandards – da haben wir in der Tat ein Nachholbedarf, es gibt – anders als bei den Ökonomen, da habe ich die Charts sehr bewundert – da gibt es zum Beispiel bei uns Juristen kein Benchmarking oder keine Institutionsanalyse, wo wir daraus lernen können, dass *die* rechtliche Institution besser ist als die andere.

Damit komme ich zum Schluss. Da möchte ich die Frage stellen: Wo bleibt die eigene Kultur, wie kann man sich nicht nur anpassen? In Ihrem Vortrag haben Sie zu stark die Anpassungsseite an die Globalisierung betont, die Frage wäre ja auch: Wo kann man quasi deutsche Werte und Traditionen sichern? Ich denke, dass man in einem Schritt erst mal versuchen muss, deutsche Rechts- und Wertvorstellungen viel schärfer, als es derzeit passiert, auf die europäische Ebene zu lenken. Ich glaube, wir haben nur Chancen, wenn wir konzeptionell bestimmte Dinge vordenken und die dann offensiv in Brüssel durchsetzen, in der Hoffnung, dass wir das dann als europäischer Block auch weltweit durchsetzen können. Dass das schwierig ist, habe ich schon betont. In wenigen Fällen ist es gelungen, ich glaube, mit den IUKDG - das war noch unter der alten Regierung –, da ist es so gewesen, dass man da tatsächlich bestimmte Dienststandards hat etablieren können, die zunehmend zum europäischen Vorbild werden. Das finde ich ein sehr gutes Vorbild. Der zweite Punkt, den ich immer wieder beobachte, wenn ich in internationalen Gremien arbeite – beim Europarat oder auch bei Anhörungen in der Europäischen Kommission –, die Deutschen sind im Konzeptionellen wahnsinnig schwach. Jedenfalls in dem, was die Informationstechnologie betrifft. Ich nehme nur mal einen Punkt: Wir sind ja kurz vor

der Umstellung ins digitale Zeitalter. Ich weiß gar nicht, ob das alle von Ihnen wissen, aber im Jahr 2006 sollen alle Rundfunk- und Fernsehgeräte rausgeschmissen werden, weil dann die analoge Übertragung abgeschaltet wird und dann alles nur noch digital übertragen wird. Da haben wir in Deutschland einen Diskussionsrückstand von mindestens 4, 5 Jahren. Ich werde jetzt quasi zu Diskussionen eingeladen, die wir auf europäischer Ebene '89 geführt haben. Da scheint mir dann auch die Ministerialbürokratie, die sehr gut arbeitet, überfordert zu sein. Und ich möchte das auf den Kulturaspekt rückkoppeln, den Sie nannten, es gibt nämlich einen großen Wissenspool, woraus im angloamerikanischen Bereich viel geschöpft wird, das sind diese berühmten „Think Tanks“, also solche Denkfabriken, die zwischen Universität, Wirtschaft etc. angesiedelt sind. Ich weiß, dass es ein schöner Vorschlag ist, das umzusetzen ist viel schwieriger, weil die wenigen Think Tanks, die wir haben, wie die Bertelsmann-Stiftung z. B. – da fragt man sich dann auch: Ist die neutral genug? –, aber in jedem Fall scheint es mir hier an einer Art von Wissensproduktion zu mangeln, an konzeptionellen Zentren, wo man noch mal genauer überlegen müsste, wo man die ansiedeln kann. Die können zum Teil auch an den Unis angesiedelt werden. Herr von Weizsäcker, Ihr Institut war ja auch so ein Think Tank. Vielleicht liegt es näher, hier die stärker in die Institute wieder hineinzuführen und dann die Lehrstühle eher größer zu machen und jetzt nicht mit Juniorprofessoren und W-Besoldungen im Keim zu ersticken. Da scheint es mir ganz wichtig zu sein, nachzudenken, wie man konzeptionell stärker arbeiten kann und diese erarbeiteten Konzeptionen dann auch umsetzen kann, insbesondere im europäischen Bereich.

Und mein dritter Punkt: Wie können wir deutsche Tradition aufbereiten? Wie können wir sie international umsetzen? Das ist ja mehr die machtpolitische Dimension. Die wird natürlich nur dann gelingen, wenn es uns tatsächlich gelingt, im Inneren die Internationalisierung voranzutreiben. Das betrifft natürlich viele problematische Punkte wie Zuwanderung, aber die Situation, dass wir an den Hochschulen so wenig ausländische Studenten haben und das es uns überhaupt nicht mehr gelingt, irgendwelche Zentren zu bilden, die für die internationale Ebene interessant sind, das deprimiert mich sehr. Ich kann kaum nachvollziehen, dass in der Summerschool in Oxford, in der ich unterrichte, quasi überall aus der Welt – von Korea über Serbien, über Russland etc. - die Leute kommen und hier läuft nichts. Ein zentraler Grund, warum hier natürlich nichts läuft, ist wieder der Föderalismus. Die Städte, die interessant

sind für das Ausland – wie Berlin – sind vollständig runtergewirtschaftet. Ich würde ja nicht mal im Traum einen Ruf aus Berlin annehmen. Das wäre ja der Bankrott. Das heißt, wo solche Institute laufen, ist bei Ihnen in Wuppertal traditionell, das ist ja auch nicht gerade das Zentrum der Republik, und Münster ja auch nicht. Dass wir quasi im Moment das stärkste informationsrechtliche Institut in der Bundesrepublik in Münster haben, ist ja schon ein Witz. Sie müssen jedem Ausländer erst mal erzählen, wo das überhaupt liegt. Aber es ist ja o.k., wenigstens haben wir da was. Ich will das jetzt nicht schlecht reden, aber diese Dinge müssen sich verändern und als allerletzten Punkt, der sich verändern im Rahmen dieser Internationalisierung muss. Vielleicht muss das auch von der Bundesebene ausgehen, weil ich nicht sehe, wo die Länder in diesem Geschäft Eigeninteressen haben. Was für mich immer noch mal eine Idee ist, die man für die Bundesrepublik mal umsetzen müsste, wäre die Gründung so einer School wie die John F. Kennedy-School of Government aus Harvard, wo mal versucht wird, so etwas auszuarbeiten wie Regulation, eine Tradition, die uns über die europäische Gemeinschaft im Bereich der Telekommunikation und der Medien aufgenötigt worden ist, wo eben Ökonomen, Juristen und Politologen zusammenarbeiten und auch Ausbildungskonzepte entwickeln. Das scheint mir ganz wichtig, weil das die Voraussetzung ist, damit wir die konzeptionellen Defizite in der internationalen Politikentwicklung und -durchsetzung einen Schritt weit aufarbeiten können. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Ganz herzlichen Dank. Wir sind unvermeidlicher Weise in einer gewissen Schwierigkeit, wie wir die Diskussion strukturieren wollen. Ich habe jedenfalls zwei Wortmeldungen. Ich will nicht meinerseits eine Sequenz festlegen, ich finde es nur wichtig, dass man auch auf die Fragen, die Frau Prof. Knorr Cetina angesprochen hat, eingeht. Die Rednerliste sieht im Moment Herrn Tauss, Frau Skarpelis-Sperk und Herrn Prof. Altvater vor.

Abg. Jörg Tauss (SPD): Vielen Dank. Ich bin Prof. Holznagel sehr dankbar für seine Eingangsbemerkungen zu Universitäten, obwohl es jetzt doch sehr reizvoll wäre, mit Frau Prof. Knorr Cetina auch eine bildungspolitische Diskussion zu führen, aber ich will jetzt auf das, was Herr Prof. Holznagel gesagt, nicht näher eingehen. Ich denke, auch ohne verkrustete Strukturen, die wir ganz zweifellos haben, verteidigen zu wol-

len, und die FDP geht jetzt gerade, bevor ich zum Zuwanderungsgesetz was sage. Aber Herr Gries, Sie halten die Fahne hoch. Wir hatten letzte Woche eine Anhörung hier im Bundestag zum Thema *Hochschuldienstrechte*. Ich kann Ihnen sagen, es war – was hier vom Herrn Schiedermeier vorgetragen wurde – stellenweise bizarr, bis hin zu den Idealzuständen, die wir hier durch die Habilitation für die Frauenförderung im internationalen Maßstab haben. Ich will nicht auf ein anderes Thema übergehen. Mir fällt wirklich nur das Wort „bizarr“ ein in dem Zusammenhang, aber es ist auch nachlesbar, was wir letzte Woche in der Anhörung in der Debatte hatten. Dennoch plädiere ich dafür, auch Veränderungen zur Kenntnis zu nehmen. Ich war letzte Woche bei einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn zum Thema *Internationalisierung der Hochschulen*. Es ist auch ein Teil einer Debatte, die hier im Bundestag geführt wird. Das hat sehr viel mit der banalen Frage zu tun: Wie viel Stunden darf ein Studierender aus dem Ausland, der zu uns kommt, tatsächlich auch in der Gaststätte jobben? Das darf er nämlich nicht. Das heißt also, wir müssen uns diesen Themen zuwenden, und das ist eine der schlimmen Folgen der Debatten auch, die wir nach dem 11. September haben, dass solche Dinge jetzt sehr stark mit Ängsten belegt sind. Ich denke, es ist auch eine Aufgabe dieser Enquete-Kommission, ein Stück weit auf diese Ängste einzugehen und zumindest zu versuchen, rational dagegen zu steuern. Dann zu der Frage der Verwertungsinitiative, Patente an Hochschulen auszuwerten. Ich stimme Ihrem Plädoyer voll zu. Wir diskutieren über Studiengebühren, nehmen aber gar nicht zur Kenntnis, dass Harvard sich nur zu einem geringsten Teil aus Studiengebühren finanziert, sondern überwiegend aus den Spenden derer, die dort mal studiert haben, aus den großen Firmen und natürlich dadurch, dass das, was diese Hochschule, diese Universität entwickelt hat, auch untergebracht wird. Wenn bei uns ein Patent entwickelt wird, laufen alle entsetzt davon, weil man möglicherweise über eine Patentanfechtung plötzlich den Etat der Hochschule sprengt. Da machen wir im Moment diese Verwertungsinitiative - übrigens mit sehr viel Geld - aus diesen UMTS-Millionen heraus. Ich denke, das sind alles Dinge, die notwendig sind, um das Eine oder Andere auch wirklich aufzubrechen. Da wären internationale Vergleiche natürlich sehr sinnvoll. Ich will jetzt aber eigentlich eine Frage stellen.

Herr Prof. Holznagel, zunächst will ich mich bei Ihnen sehr herzlich dafür bedanken, dass Sie sich all der Mühe unterzogen haben, die die Enquete-Kommission eigent-

lich leisten müsste, nämlich Sie haben bereits Handlungsempfehlungen in ihrer Stellungnahme hereingeschrieben. Das ist natürlich ein Höchstmaß an Raffinesse, nichtsdestotrotz würde ich jede Ihrer Handlungsempfehlungen, die Sie hier gegeben haben, durchaus auch für einen Schlussbericht dieser Enquete-Kommission übernehmen können. Vielleicht haben wir auch die eine oder andere Diskussion darüber, aber es ist absolut richtig. Was Sie zum Datenschutz angesprochen haben symbolisiert meines Erachtens wirklich das, was wir in vielen anderen Punkten im Moment haben, „Urheberrechte“ hat der Staatssekretär angesprochen, die in anderen Bereichen auch wichtig sind. Wir kommen hier im Moment gerade auch dem Cybercrime-Abkommen, das Sie angesprochen haben, in Amerika in einer Form entgegen, wo man wirklich sagen kann, hier ist die Preisgabe von nationalen und europäischen Interessen, tatsächlich ein Stück weit vor. Ich formuliere es bewusst etwas scharf. Und auf amerikanischen Druck kommt in solchen Abkommen der Datenschutz beispielsweise nicht vor, so dass jetzt die „zarten Pflänzlein“, die wir erreicht haben – siehe „Save Harbour“ –, jetzt natürlich nach dem Motto: „Also so richtig ernst nehmen es die Europäer und die Deutschen ja auch nicht“ ebenfalls unter Druck geraten. Das sind die Zusammenhänge, über die man diskutieren muss. Da wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie den einen oder anderen Satz noch sagen könnten, wie Sie das in der internationalen Szene verfolgen, zumal – ich sage es nur als Beispiel – an diesem Abkommen, in dem ja vieles andere deutlich wird, das ja begründet worden ist, - wir brauchen es u.a., um Nazipropaganda bekämpfen zu können, das war einer der beiden großen Gründe: Pornografie mit Kindern – ich glaube, es gibt niemanden im Saal, der nicht sagt: Da müssen wir zu einheitlichen Standards nach Möglichkeit kommen, Altersgrenzen und all diese Dinge, aber das zweite Beispiel war Nazipropaganda. Diese Nazipropaganda ist auf amerikanischen Druck explizit aus dem Abkommen rausgenommen worden, weil es mit der amerikanischen Verfassungslage nicht in Übereinklang zu bringen ist. Wir machen ein Abkommen, in dem dann aber wiederum auf amerikanischen Druck der Datenschutz allenfalls als Fußnote vorkommt. Da sind wir schon bei ein paar Punkten, über die ich einfach von Ihnen noch hören würde - Sie haben das Eine oder Andere ausgeführt -, wie Sie das beurteilen. Ansonsten die anderen Dinge: Schutz kritischer Infrastrukturen, übrigens die Empfehlung BSI, die war schon in der letzten Kommission ein Satz, der in der Schlussempfehlung drin war. Frau Prof. Knorr Cetina, es hat großen Reiz, dass Sie sagen, wir müssen mal überlegen, wie weit Wissen verpflichtend eingesetzt würde,

auch in der Politik, aber Sie wissen, es gibt noch ein paar andere Interessen und Sie finden natürlich für jede These eine Wissenschaftlerin, einen Wissenschaftler, der das Gegenteil belegt. Das ist in den Zusammenhängen immer unser Problem, dann auch die Frage: Auf welches Wissen greifen wir dann zurück? Dann sind wir wieder in dem Problem, auch wieder hier politisch entscheiden zu müssen, also möglicherweise wäre es nicht die Lösung der Probleme, aber nichtsdestotrotz. Die ganze Frage zum Schutz kritischer Infrastrukturen, wo einiges läuft, wir werden es mit einem Software-Programm sehr stark mit IT-Sicherheit verbinden, aber das wären Themen, bei denen ich mir überlege, wie diese Enquete-Kommission hier noch zu detailreicheren und auch über das, was Sie vorgelegt haben, Herr Holznagel, hinaus zu Empfehlungen kommt, denn – um abschließend so eine Art philosophische Betrachtung noch anstellen zu können – auch im Zusammenhang mit den Debatten am 11. September stellt sich eine zentrale Frage: Wie schützt der Staat seine Bürgerinnen und Bürger? Kann der Staat Bürgerinnen und Bürger überhaupt schützen? Wenn es eine der vornehmsten Aufgaben des Staates ist, Bürgerinnen und Bürger zu schützen, ihnen auch Rechtssicherheit zu geben im eigentlichen Sinne des Wortes, Rechtsschutz zu geben, und wir ihnen sagen: „Diesen Rechtsschutz können wir in diesen globalisierten Computernetzen im Zweifel für euch nicht mehr aufrecht erhalten, sondern ihr müsst hier selbst was tun.“, hier werden auch andere Strukturen, über die zu reden wäre, auf uns zukommen. Wenn ich dann parallel aber sage: „Aus Angst vor Kriminalitäten und was weiß ich, nehme ich euch die Möglichkeit, euch selbst zu schützen.“, da sind für mich natürlich schon –siehe Überwachung, Telekommunikation etc. – Verfassungsfragen von hoher Relevanz berührt und auch dieses würde mich dann abschließend interessieren. Also wie gesagt, wir sagen den Leuten: Ihr könnt euch nicht mehr schützen, aber wenn ihr euch schützt, dann kriminalisieren wir euch.“. Das passt nicht mehr zusammen und das ist die hochaktuelle Debatte, wie wir sie in diesen Tagen auch in Berlin führen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, das war zwar ein Co-Referat, aber sehr spannend.

Abg. Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk (SPD): Ich habe jetzt von dieser Anhörung hier mitgenommen, dass wir in der Tat eher deutlich mehr als weniger Universitätsausbildung haben und die Frage ist: Wie finanzieren wir das? Das heißt, ich habe zwei Auf-

rufe gehört, der eine lautet: Wir brauchen mehr, wir brauchen es exzellenter und wir brauchen es internationalisierter. Alle drei halte ich für absolut richtig. Die Frage *mehr und Exzellenz* widerspricht sich nicht, dazu möchte ich auch anfügen, es schien auch so aus den Erläuterungen, dass wir neben einer Defizitanalyse dessen, was in diesem Land nicht exzellent vorhanden ist, genauso einen Überblick machen müssen, eine Art Transparenz, von dem, was ausgezeichnet vorhanden ist, auch international führend. Denn für eine Reihe von Bereichen kann ich sagen, da verstehe ich nicht, warum ein junger Deutscher an eine mittelklassige amerikanische Universität geht oder genauer gesagt: Das, was er sich leisten kann, lohnt sich nicht, und das, was sich lohnt, kann er sich nicht leisten im Regelfall. Diese Frage muss man ja dann auch mal dabei diskutieren. Hier bin ich bei den Fragen, die ich an Sie zu stellen habe, nämlich die Frage an Frau Prof. Knorr Cetina: Ich habe das mit der Ethik genau verfolgt, da stellen sich bei mir zwei Fragen, die eine: Wenn wir wissen - das gilt übrigens für Wissenschaft wie für Politik -, dass in den Zeiten einer Wissensgesellschaft – korrigieren Sie mich, wenn Sie dieser Meinung nicht sind – so etwas wie das humanistische Ideal einer allumfassenden Bildung nicht mehr machbar ist. Nicht mehr machbar ist natürlich für den Wissenschaftler wie für den Politiker fragbar, auf welchen Gebieten er Zeit, Ressourcen und seine eigene Vorbildung investiert, um einen Überblick zu haben. Das heißt - gestatten Sie mir das jetzt zu der grantigen Bemerkung zur deutschen Ministerialbürokratie - der Abgeordnete als „eierlegende Wollmilchsau“, wenn er das ernst nimmt, hat schon ein bisschen mehr zu tun als nur auf einem Fachgebiet sich kompetent zu halten. Das ist ein großes Problem, weil das nämlich nicht nur ein Problem des Abgeordneten oder des politischen Entscheiders ist, sondern generell in der Wissensgesellschaft. Wenn wir ein Problem der Informationsüberflutung haben, Wissen nicht interessenfrei ist und nicht interessenfrei angeboten wird, Wissen ferner eine Ware ist, die nicht kostenlos ist und selbst wenn sie öffentlich kostenlos angeboten wird, ein gewisses Maß an Vorbildung und an Verwendung von Zeitbudget erfordert, dann ist das keine Frage mehr. Entschuldigung, auf diese Antworten finde ich im Regelfall keine Frage, weil man entweder wie Buridans Esel sich überlegen kann, von welchem Heuhaufen man nun frisst oder verhungert, also das ist nun ernsthaft ein Problem und bei der begrenzten Kapazität an Wissensverarbeitung - das Internet erleichtert dieses auch nicht gerade, um das deutlich zu sagen. Also man hat eine Überfülle an Informationen, aber man braucht relevante und bewertete Informationen, um aus diesen Strukturen herauszu-

finden. Dass zu organisieren, sehen ich auch bei Ihnen noch nicht als ethisches Problem bzw. als organisiertes Problem - sowohl für den politischen Prozess als auch nicht für den Prozess der Unternehmen gelöst oder auch nur ansatzweise diskutiert. Dies gilt übrigens auch für wissensbasierte Unternehmen, auch für Universitäten oder für Forschungsinstitutionen. So simpel ist es ja nicht, dass man mit einem bisschen mehr Geld, so wichtig das wäre, das Problem gelöst hat. Man braucht beides. Und dann die andere Frage ist: Man muss vom Individuum erwarten, dass es investiert, sowohl Zeit wie Geld. Gelernte Ökonomin, die ich bin, versuche ich mir das immer mal auszurechnen. Das Individuum steht ja auch vor der Frage: Was studiere ich? Da muss ich Erwartungswerte machen, das Risiko, selbst wenn ich nun sehr ordentlich reingehe und sage, ich bin ein ganz toller junger Mensch, ich schaffe das, ich kriege auch von meinen Eltern Unterstützung, ich investiere also voll herein, die Frage, was er auf dem Arbeitsmarkt anschließend erlöst, ist durchaus offen. Das hängt nämlich nicht nur von seinen Anstrengungen, von seinen Noten ab, sondern von der Konjunkturlage, die er vorfindet, die er in diesem Land vorfindet, und die Gehälter, die ihm angeboten werden, also er kann nur hoffen, dass die Gewerkschaft möglichst stark ist oder er in so einer knappen Position sich befindet, dass er das durchsetzen kann. Das heißt also, die Anforderung an das Individuum ist schon ein sehr erstaunliches, um das mal höflich zu sagen. Ich bin gelernte Ökonomin, aber ich wüsste so einem jungen Menschen, der das zu kalkulieren hätte und nicht weiß, wie in fünf Jahren der Arbeitsmarkt aussieht oder die Konjunktur (niemand weiß das), weiß ich nicht, welche Empfehlung ich ihm geben sollte. Zweitens: Ist das nicht unabhängig auch vom individuellen Risikoverhalten? Und das hängt davon ab, ob er das Geld von seinen Eltern bekommt, ob der Staat ihm die Kapazität unentgeltlich zur Verfügung stellt, und wer für seinen Unterhalt sorgt. Das bedeutet also, wir haben hier wieder: Mein eigenes Risikoverhalten als junges Individuum kann anders sein, wenn ich mal die Investitionen kostenlos zur Verfügung gestellt bekomme oder zum größeren Teil meine kostbare Arbeits- und Lebenszeit einwende oder ob ich mir das ausleihen muss. Dies ist nicht nur eine Frage der Verzinsung, sondern auch eine Frage, ob ich mich imstande sehe, dieses ggf. zurückzahlen zu können. Das bedeutet also, bei aller Ethik bin ich immer dafür, dass die Ethiker auch das ökonomische dieser Ethik mitbedenken, die Wahrscheinlichkeiten des Erfolges mitbedenken, bevor man Erwartungen ansetzt. Dasselbe gilt übrigens auch für Weiterbildung, die ist immer heroisch verlangt, aber die Frage, was heraus kommt und sich konkret auf ei-

nem Arbeitsmarkt dafür realisieren lässt, dürfte zumindest auch einmal mitreflektiert werden. Die dritte Sache ist: Man geht immer davon aus, dass Wissen und Information zu einem großen Teil öffentlich oder zumindest gegen Gebühren verfügbar ist. Ich kenne weite Bereiche von Datenbanken, wie z. B. eine bekannte der chemischen Industrie, in der Risiken und Nebenwirkungen beschrieben sind, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind, auch nicht gegen Gebühren. Und das bedeutet – um es deutlich zu sagen –, dass natürlich eine Risikogesellschaft oder eine Gesellschaft dann misstrauisch wird, wenn ihr der Zugang zu diesen Informationen verwehrt wird oder darüber keine Transparenz herrscht. Das heißt also wieder die Frage: Wissen ist erstens nicht umsonst und ist auch im Zugang nicht interessensfrei. Das Wissen, das einem kostenlos angeboten wird, ist häufig entweder Propaganda oder von Interessen gesteuert, das kann ich gerade als Politikerin auch so offen ansprechen. Und über diese Fragen wird mir in den Literaturen, die ich bisher zugänglich hatte, noch viel zu wenig reflektiert.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Prof. Altvater, dann ich selber, dann Prof. Young, Gudrun Roos. Damit würde ich dann gerne die Rednerliste schließen.

Sachverständiges Mitglied Prof. Dr. Elmar Altvater: Ich versuche es kurz zu machen, aber eine Vorbemerkung möchte ich doch tun. Ich komme von einer dieser verrotteten Berliner Universitäten und ich kann Ihnen nur zustimmen. Ich würde nur dazu sagen: Es ist eine sehr sehr ernsthafte Angelegenheit, es ist nicht nur der Mangel, sondern es ist auch die Tatsache, dass unter diesen sehr mangelhaften Bedingungen hier in Berlin dennoch studiert wird und dennoch offenbar ganz vernünftige Leute herauskommen. Dann fragt man sich natürlich, ob unter diesen sehr schweren Umständen für die Lehrenden wie für die Lernenden auf bestimmte Weise auch ein Wissen produziert wird, das dann wiederum auch sehr vernünftig ist und sehr nützlich ist und eine ganz andere Art von Wissensproduktion darstellt als in einer Eliteuniversität mit guter Ausstattung und so weiter. Ich meine jetzt nicht unbedingt Münster, aber so eine richtig schöne schnuckelige, nicht? In Deutschland gibt es die nicht, aber woanders. Das ist nur eine Vorbemerkung, die eine Frage enthält, dass wir uns über die Bedingungen der Wissensproduktion unterhalten müssen, nicht nur meinen dürfen, dass man durch Bedingungen der Exzellenz und der Elite usw. das

Beste immer auch dann bekommt. Auch unter anderen Umständen kann man das erhalten, da müsste man noch mal genauer nachfragen, wie das verläuft. Aber ich wollte zwei Fragen stellen oder vielleicht sind es auch drei. Die haben sich ergeben aus dem Beitrag von Frau Prof. Knorr Cetina. Und zwar stellt sich doch sofort die Frage, die Sie aufgeworfen haben, wenn Sie den Vergleich machen Deutschland – USA, nach der Kanalisierung oder auch nach der Selektion von Wissensproduktion und natürlich auch Wissensverbreitung, also das, was sie mit dem Begriff der Wissenslandschaft bezeichnet haben. Aber kann es nicht auch sein, wenn man zu sehr auf die USA guckt, sozusagen diese „Wissenslandschaft“ als Benchmark begreift, dass man dann zu einer Uniformierung des Wissens kommt. Da wir ja wissen, dass die Vielfalt der Arten nicht nur im Evolutionsprozess der Biologie von Bedeutung ist, damit überhaupt etwas Neues herauskommen kann, sondern auch in der Wissensproduktion, kann es sein, dass gerade die Vielfalt der Abschlüsse, beispielsweise der Studiengänge, ein Reichtum ist, der wichtig sein kann und wir vielleicht später einmal, wenn wir sagen: Wir machen alle MA-Studiengänge und so, und dann stellen wir fest, wir machen dasselbe, die einen machen es besser als die anderen, aber irgendwie ist es dasselbe. Wir verarmen dadurch. Ich wollte jetzt nicht konservativ eine Lanze für unser System brechen, sondern für die Vielfalt. Dazu gehört unser System, dazu gehören andere Systeme, da kann man auch etwas davon übernehmen, das ist ganz klar, das muss man auch, da bin ich überhaupt nicht dagegen, aber man sollte nicht jetzt nur einen Weg sehen. Das werden Sie wahrscheinlich auch nicht so gemeint haben, aber ich hätte das als Nachfrage doch noch mal gestellt.

Die zweite Frage, die mir gekommen ist, auch im Zusammenhang mit Ihrem Beitrag, aber auch dann später bei Herrn Prof. Holznagel bestätigt: Wissen, so wie Sie es dargestellt haben, mit der Konzentration dieses Wissens in bestimmten Institutionen, nehmen wir mal andere, die nicht genannt worden sind wie die NASA oder der CIA, die Brasilianer sagen dann immer, die NASA weiß mehr über Amazonien als wir. Da haben wir auch unsere Forschungsinstitute, die wissen aber weniger als die NASA und der CIA weiß auch mehr. *Wie ist das eigentlich mit der Souveränität?* Diese Frage stellt sich da als eine. Die andere Frage, die sich da natürlich auch noch stellt, ist *die ungleiche Verteilung von Wissen* und die dritte Frage, die darin auch involviert ist, ist die nach der *Überwachung und Herrschaft*, nicht nur im traditionellen Sinne: Wis-

sen ist Macht, sondern Überwachung und Herrschaft, die in solchen Institutionen dann auch gesammelt wird und auch dies hat mit dem 11. September zu tun. An diesem Wochenende war in der New York Times ein langer Artikel über den „Watching State“, über den Überwachungsstaat, und das wird jetzt dauernd unter dem Aspekt diskutiert, auch Internet, neue Medien, Suchmaschinen, wo also Gesichterabgleich stattfindet, also die Aufnahme der Gesichter durch die Kamera, die werden dann sofort in den Browser eingegeben, dann wird ein Gesichterabgleich gemacht und dann wird rausgesucht: Der ist in der Terroristendatei drin, der ist gerade in das Café gegangen und hat sich da einen Kaffee gekauft oder so. Das heißt dass, was Zygmunt Baumann als „panoptische Überwachung“ bezeichnet hat, diese Dimension sollte – glaube ich – auch mal berücksichtigt werden. Die Frage lautet: Wenn man über diese Transparenz redet, dann wird man auch diese Dimension von Überwachung miteinbeziehen müssen und dann natürlich unter der Fragestellung: Wie sieht das dann mit den Bürgerrechten aus? Wie weit können wir gehen, wie weit müssen wir vielleicht gehen? Wie weit dürfen wir auf gar keinen Fall dabei gehen? Wo sind denn auch Grenzen des Wissens? Vielleicht lasse ich es mit diesen Fragen erst einmal sein, damit andere auch die Gelegenheit haben, soviel Zeit haben wir ja nicht mehr.

Der Vorsitzende: Ich hatte mich gemeldet, um eine kleine boshafte Bemerkung zum Thema *Elite und Mittelmaß* zu machen. Nach meiner Lebenserfahrung resultiert das Mittelmaß aus dem Mechanismus der Qualitätssicherung. Die Grashüter der Qualitätssicherung im Hochschulbereich sind die Fakultätentage. Und aus der Kommunikation zwischen Fakultätentagen und Kultusbürokratie resultieren Studien- und Prüfungsordnungen. Wenn man da angelangt ist, hat man bereits automatisch Mittelmaß. Genau das ist das Ziel. Dies wird aber nie gesagt, weil natürlich die gleichen Fakultätentage in ihren Sonntagsreden von Elitebildung reden.

Sachverständiges Mitglied Prof. Dr. Brigitte Young: Ich möchte mich auch ganz kurz halten und zurückkommen auf eine Frage, Herr Prof. Holznagel, in Bezug auf das, was Sie über die unterschiedliche Rechtsstruktur angesprochen haben und meine Frage ist damit auch verbunden. Wenn wir Europa und Deutschland mit den USA vergleichen, sehen wir die unterschiedlichen Anwaltskulturen. Und wenn ich mir da das dann ansehe, z. B. dass da auch eine Gefahr einer Teilung des Rechts be-

stünde, dass zum Beispiel in den USA, besonders in New York, in diesen großen internationalen Anwaltskanzleien dann die Geschäfte mit der größten ökonomischen Bedeutung abgehandelt werden, wie wir das in den Finanzmärkten mit den privaten Ratingagenturen bereits haben, wie z. B. die Ratingagentur Standard & Poor's. Also da sieht man im Recht auch nicht so etwas, wo die wichtigen Geschäfte in New York in diesen Anwaltskanzleien gemacht werden und auf europäischer oder deutscher Ebene nur die kleinen unwichtigen Streitigkeiten abgehandelt werden.

Sachverständiger Prof. Dr. Bernd Holznagel: Bestimmte Bereiche wie die profitabelsten sind „merger and acquisition“ und werden fast durchgängig von englischen Firmen gemacht und wir haben in den letzten zwei Jahren - das ist wahrscheinlich hier fast unbemerkt verlaufen - ein richtiges Aufkaufen deutscher Anwaltskanzleien. Es gibt kaum noch eine große Kanzlei, die ausschließlich unter deutscher Vorherrschaft ist. Die Briten sind hier noch stärker als die Amerikaner. Nehmen sie zum Beispiel Brookhaus, Freshfield Brookhaus, das ist ein britisches Unternehmen, Deringer aus Köln auch. Der Trend der Globalisierung läuft zum Teil wie auch bei den Finanzmärkten insgesamt über London, nicht nur die USA.

Sachverständiges Mitglied Prof. Dr. Brigitte Young: Genau, und das wäre auch etwas, würde ich sagen, in dem nicht nur die Rechtstradition reflektiert werden müsste, sondern auch die unterschiedliche Anwaltstradition, die natürlich damit verbunden sind. Das ist ja „connected“ in dem Sinne. Und ganz kurz an Sigrid, was Du sagst, stimmt natürlich, dass ökonomische Aspekte mitbedacht werden müssen, wie z. B. bei der Auswahl, welches Fach man studiert. Aber ich würde auch in dieser Beziehung sagen, Sigrid, wenn ich diese Kalkulation von vornherein angestellt hätte, wäre ich nie Politikwissenschaftlerin geworden, weil ich von vornherein nie wüsste, ob man überhaupt einen Job bekommt. Wenn man das nur auf ökonomische Kriterien bezieht, dann ist auch eine Gefahr, dass man dann nur sagt: „Wir studieren nur das, was im Endeffekt ökonomisch effizient ist.“ und dann wäre ich nie Politikwissenschaftlerin geworden.

Abg. Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk (SPD): Diese Sache, zu der man ja veranlasst wird, zu kalkulieren über Studiengebühren und anderes, führt zu Unterinvestitionen in gewaltigen Bereichen und das muss man einmal diskutieren, ob das gesellschaftlich nützlich ist.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Gudrun Roos nun und dann Antworten.

Abg. Gudrun Roos (SPD): Ich finde Universitäten und Universitätsausbildung unglaublich wichtig, aber dort fängt die Ausbildung ja nicht an. Die fängt also irgendwann einmal in der Grundschule an und sie endet auch nicht unbedingt bei der Universitätsausbildung, sondern wenn wir unsere Frage hier sehen *Von der Industrie zur Wissensgesellschaft* bin ich auch nicht ganz damit einverstanden, sondern wir werden nach wie vor auch eine Industriegesellschaft brauchen, d. h. wir werden auch nach wie vor andere Ausbildungsgänge brauchen als eben nur Studiengänge. Wenn ich dann sehe, wie bei uns z. B. auch Lehrerausbildung organisiert ist und erst recht wie bei uns Lehrerarbeitszeit oder Ausbilderarbeit organisiert ist, dann frage ich mich: Wer bestimmt denn dann eigentlich, was dort gelehrt wird? Wer bestimmt denn, was Ausbilder lernen müssen und in welchen Abständen sie das lernen müssen? Wir haben ein großes Defizit am Zugang zu modernen Technologien, weil einfach Lehrer schon von der Grundschule bis zu den Mittelstufen nicht in der Lage sind, mit diesen Technologien umzugehen. Natürlich können sie das dann den Kinder nicht vermitteln und Schulen sehen dann teilweise auch keinen Grund, weil es über das Lehrerkollegium auch geblockt wird, diese modernen Technologien in den Schulen einzuführen. Wenn es uns nicht gelingt, dort auf dieser unteren Ebene schon dazu zu kommen, dass es eine Pflicht zur Fortbildung gibt, eine Pflicht zur Weiterbildung gibt, dann werden wir auf der mittleren Ebene schon hängen bleiben und nie dazu kommen, dass zum Beispiel auch Mathematik über Lehrtechniken, dass da irgendwann jeweils Freude geweckt wird an diesen neuen Technologien oder Lehrtechniken. Da geht es auch um Herrschaft. Da geht es auch darum, wer eigentlich bestimmt, wer dann Zugang hat zu diesen Technologien und zu Ausbildungsgängen oder - wenn ich es dann wieder auf die globale Ebene bringe - wer bestimmt denn eigentlich? Wir haben heute Morgen gehört, dass also z. B. Entwicklungsländer abgelehnt haben, dass man sie bei der Einführung von neuen Technologien unterstützt. Es ist nicht die Be-

völkerung, die das ablehnt, es sind die dort Herrschenden, die es ablehnen, weil logischerweise mit der Zunahme von Wissen auch die Herrschenden und deren Entscheidungen kontrolliert werden können. Ich würde da gerne wissen, ob es schon Möglichkeiten bzw. Forschungen gibt, wie man das denn bewerkstelligen kann, dass man an den Herrschenden vorbei der Bevölkerung Informationen und Ausbildungsmöglichkeiten gibt, damit sie überhaupt mal in der Lage sind, selber zu bestimmen, was sie denn lernen wollen und können. Was die Industrie angeht: Ich erlebe es in vielen – ich bin ja noch nicht so lange Abgeordnete und war eben vorher viele Jahrzehnte abhängig beschäftigt auf verschiedenen Ebenen – ich erlebe es in vielen Betrieben, dass auch Industrieunternehmen, sogar Konzerne, überhaupt nicht daran interessiert sind, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter etwas lernen, was über diesen Konzern hinaus oder über diesen Arbeitsplatz hinaus gebraucht wird, sondern dass man wirklich sogar explizit versucht, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter daran zu hindern, sich fortzubilden, weil man sagt: Das wollen wir nicht, die sollen nur das können, was bei uns gebraucht wird, weil sie dann auch daran gehindert werden, zur Konkurrenz zu gehen. Also auch da müssen wir uns etwas einfallen lassen, dass wir andere Möglichkeiten schaffen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freier sind, sich fortzubilden und die entsprechenden Anreize haben.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Prof. Knorr Cetina, an Sie sind keine direkten Fragen gerichtet worden, aber trotzdem sollen Sie die Möglichkeit haben, zu reagieren.

Sachverständige Prof. Dr. Karin Knorr Cetina: Ein paar Fragen gab es doch. Ich habe die eine Frage wahrgenommen in Bezug auf die Interessensbezogenheit von Wissen und der Schwierigkeit, mit verschiedenen Wissensmeinungen und Expertenmeinungen umzugehen. Ich denke, das ist nicht nur ein Problem, das ist auch ein Problem der Politik, denn dies ist ja gelöst in anderen Bereichen, z. B. im medizinischen Bereich, wenn die „Food- and Drug“-Administration eine Empfehlung rausgeben muss, dann ist sie auch konfrontiert mit Studien, von denen Teile widersprüchlich sind. Sie macht aber Metaanalysen und sie versucht, den weitestgehenden Konsens festzustellen und dann auf der Seite des Risikos zu irren, also nicht im Sinne von Patientenschutz dann Empfehlungen herauszugeben, die diese Patienten schüt-

zen. Die sind ja immer damit konfrontiert, solche Entscheidungen fällen zu müssen und in Bereichen, in denen vielleicht die Interessensproblematik nicht so stark ist wie in der Politik, ist das dann auch möglich. Ich denke, dass gerade der Hinweis auf Think Tanks und ähnliche Einrichtungen in dem Zusammenhang ein guter ist, es müsste mehr Einrichtungen - auch der Politikberatung - geben, die diese Vorkoordination und Konsensfindung vornehmen und die das auch nachvollziehbar und mit bestimmten Standards tun, so dass natürlich klar ist, dass hier ab und zu ein Experte mal anderer Meinung ist, aber doch vielleicht eine Majoritätsmeinung etc. wahrgenommen werden kann. Meines Erachtens ließe sich dieses Problem gerade mit solchen Einrichtungen lösen.

Der zweite Punkt war das Individuum, das in sich selber investieren soll. Ich glaube, man kann das genau nicht im Sinne einer Kommodifizierung sehen. Deswegen habe ich von „Kultur“ gesprochen. Ich will von Individuen überhaupt nicht verlangen, dass sie nur dann in Bildung und Weiterbildung investieren, wenn sie das Ergebnis unmittelbar verkaufen können. Sie müssen es auch tun, sie müssen sehen, dass sie durch Investition in ihre Bildung – und das muss man einfach mehr als Wert vermitteln – sich selbst ermächtigen, auch mit Organisationen, Wirtschaftswandel und Staaten umzugehen, weil wenn sie sich ermächtigt haben und diese Bildung erworben haben, dann können sie auch mal im Ausland arbeiten, wenn in Deutschland die Wirtschaftslage katastrophal wäre. Da gibt es ja große Differenzen in Europa und es ist möglich, in Zukunft ins Ausland zu gehen. Oder sie können durch den Erwerb und dem sich Aussetzen des Wissens und der Bildung lernen, wie man in Zukunft schneller und besser lernt oder sie lernen eine gewisse kognitive Mobilität. Die ist wichtig für die zukünftigen Arbeitnehmer in der Wissensgesellschaft. Ich sehe das schon als Kulturfaktor und nicht als rein ökonomischen instrumentellen Faktor, das ist genau das Problem, dass kein Lehrer in einen Weiterbildungskurs – selbst wenn er frei ist – in den digitalen Bereich geht, wenn er nicht dafür bezahlt wird oder das während der Arbeitszeit machen kann. Das dürfte natürlich nicht sein. Die müssten auch in ihrer Freizeit da mal hingehen, weil sie sich sagen müssten: Na gut, da habe ich was davon und mein Schulunterricht wird besser etc. Das waren die Fragen, die mir da in dem Zusammenhang gestellt wurden.

Zur Transparenz und diesem „Watching State“ und dem Panoptikum: Ich denke, jede Form von Informationsregime hat wahrscheinlich auch Kosten oder mögliche Nach-

teile, es ist in einer transparenteren und durch das Internet und digitale Möglichkeiten transparenter gemachten und gar nicht mehr verhinderbaren Situation natürlich möglich, dies zu nutzen, um es gegen die Bürger zu verwenden. Man kann dann eben nur versuchen – wie auch in anderen Bereichen –, solche Nachteile abzufangen, in dem man bestimmte Nutzungen einschränkt, das geschieht ja auch, das geschieht im Versicherungsbereich, im medizinischen Bereich wird es versucht. Amerika mag da eben auf Grund der angeführten Situation und der Rechtslage dort in andere Richtungen gehen als man da selber gehen will. Wissensgesellschaft ist nicht nur für jeden und alle vorteilhaft, es bringt auch Kosten mit sich, und es bringt auch gerade auf der Transparenzebene unter Umständen Überwachungskosten, erleichtert Überwachung und bringt diese Kosten mit sich. Die Frage ist dann, wie man damit umgeht.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Prof. Holznagel bitte.

Sachverständiger Prof. Dr. Bernd Holznagel: Zunächst zu den Lehrern: Ich bin mir gar nicht so sicher, ob unsere Schulen da so schlecht sind, wie das häufiger so durchscheint. Meine Beobachtungen aus meinen Reisen ist, dass wir in Deutschland noch relativ gute Gehälter zahlen, sowohl für Lehrer wie für Hochschullehrer. Wenn ich zum Beispiel nach Großbritannien komme oder zum Teil auch in die USA, wenn ich mal nicht an diesen Eliteinstitutionen bin, wo erheblich weniger gezahlt wird, da habe ich auch das Gefühl, ist die Motivation viel schlechter und nicht so viel Zucht drin. Wenn wir solche Defizite haben, wie Mathematikdefizite oder Defizite in bestimmten Wissensbereichen, würde ich mich eher nach meinen persönlichen Erfahrungen fragen, ob nicht eher dieser Kulturaspekt, den Sie benannt haben, viel relevanter ist. Vielleicht arbeiten die auch in anderen Gesellschaften härter. Vielleicht ist es auch so in den Vereinigten Staaten, dass gerade durch die Asiaten, die ja irgendwie noch was gewinnen wollen, in den Institutionen viel mehr Zucht drin ist als bei uns. Und dann sind wir im kulturellen Bereich, jedenfalls dass man durch große institutionelle Veränderungen erhebliche Verbesserungen erzielen kann, ist nach meiner Lebenserfahrung eher zu bezweifeln. Kurz zu den Punkten, die Herr Tauss und Herr Altvater angesprochen haben. Ich habe mir das immer so vorgestellt, Herr Tauss, was Globalisierung usw. auch bedeutet, ist ja eine bestimmte Durchsetzung

von Werten. Über den Markt werden natürlich viele Werte durchgesetzt, natürlich auch unsere Werte - europäische Werte, aber eben auch andere und gerade durch diese Durchsetzung von Marktmechanismen durch die besondere Technik ganz stark unterstützt, die in solchen globalen offenen Computernetzen zugrunde liegt. Hier sind natürlich bestimmte Verständnisse - Grundrechtsverständnisse, freie Meinungsäußerung, bedingungsloser Fluss von Informationen, mangelnde Abhörbarkeit etc. - gesetzt. Das entspricht sehr stark westeuropäischem und amerikanischem Verfassungsverständnis. Länder wie Singapur usw. haben das ja immer schon bestritten und wir haben sozusagen gesagt: Ja, unsere Verfassung geht da vor, wir fühlen uns da gut, dass das so läuft. In den internationalen Auseinandersetzungen in der ersten Phase, wenn es um die Harmonisierungsbestrebungen ging, da haben wir die Erfahrung gemacht, dass sozusagen der Teufel im Detail lag. Da haben wir auch erst erfahren müssen, dass eben die bestimmte Vorstellung des „common law“ eine andere ist als unsere „civil law“ und dass wir im Kern viele Bereiche an Rechtstradition in diesen Harmonisierungsschlachten verloren haben. Ob man das zurückdrehen kann in der jetzigen Zeit wage ich zu bezweifeln, denn ich würde das mal als so eine Art zweite Stufe der Anpassung bezeichnen. Ich habe nämlich jetzt das Gefühl, wenn ich mir diesen Patriot ansehe, dann habe ich nicht mehr quasi so die indirekte Beeinflussung des Wertesystems, sondern wenn das Gesetz umgesetzt wird, habe ich den direkten Zugriff amerikanischer exekutiver Behörden weltweit. Und ich glaube nicht, dass bei uns zum Beispiel das BND oder der Verfassungsschutz etc. bestimmten Vorgaben oder Anfragen des FBI nicht Folge leisten würden. Deshalb kann man eigentlich nur den deutschen Politikern raten, dass sie als Allererstes darauf achten sollten, dass diese erweiterten Möglichkeiten, die - denke ich mal - notwendig sind, zur Terrorismusbekämpfung, dass die aber nicht ausgenutzt werden zur Wirtschaftsspionage. Denn wir kennen ja die Situation, dass wir über „Echelon“ und über diese ganzen Abhörsysteme, die ja immer bestritten worden sind, jetzt wird sozusagen gesagt, die gab es doch und die waren erfolgreich, denn die wenigen Informationen, die wir über den 11. September haben, haben wir aus diesem Abhörsystem. Man muss jetzt einfach wahnsinnig aufpassen, dass die nicht ausgenutzt werden und dass quasi nicht diese ganze Überwachungsmaschinerie in Gang gesetzt wird, das wäre dann der zweite Teil. Da setzen sie dann nicht nur „common law“-Prinzipien im Marktgesetz um, sondern sie setzen dann quasi die gesamte Strafprozessordnung etc. um, also der Bereich, der auf europäischer Ebene ja noch gar nicht harmonisiert ist. Die

dritte Säule ist ja noch extrem schwach, der innen- und außenpolitische Bereich, so dass der Block Europa gar nicht dem entgegen stehen kann. Dass der also ausgenutzt wird, ich habe es ja schon gesagt, zur Wirtschaftsspionage beispielsweise, um Dinge herauszufinden im öffentlichen Dienst etc., also kritische Infrastrukturen und deren Sicherung scheint mir auf Blatt Nr. 1 zu sein. Ich sage es noch mal, dass damit möglicherweise bestimmte Teile des Datenschutzes, Herr Tauss, vielleicht auch übertrieben worden sind - meine Frau ist Oberstaatsanwältin, ist da aktiv gegen organisierte Kriminalität -, darüber muss man dann im Einzelnen reden. Wir beide, die in dem Feld sind, wissen, dass manches hyperkomplex ist, dass der Bereich spezifischer Datenschutz für Fachleute nicht mal mehr durchschaubar ist, vielleicht sind da auch viele Aktivitäten in den Datenschutzbehörden übertrieben. Da muss man vielleicht zurückschrauben, wo es zur Terrorismusbekämpfung notwendig ist. Da muss man dann im Einzelnen vielleicht auch mal mit den Kollegen aus dem Datenschutzbehörden nicht in der Öffentlichkeit diskutieren, sondern dann am Tisch. Was wir ja nicht wollen, und dann komme ich zum Schluss, ist ja der Abbau von grundrechtlichen Positionen, die ja auch über 40 Jahre aufgebaut worden sind und durch das Bundesverfassungsgericht quasi aufgestellt worden sind. Da ist auch gleichzeitig meine Prognose: Ich glaube nicht, dass es außerhalb des Bundesverfassungsgerichts noch eine Institution gibt, die das halten kann. Wir hatten letzte Woche die Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer, da ist der Herr Schiedermeier da gewesen - sehr konservativer Mann -, es war aber ein breiter Konsens innerhalb der Staatsrechtslehrerschaft, dass eine völlige Rückführung – ich übertreibe es mal jetzt – der Grundrechtsstandards im Zeichen der Terrorismusbekämpfung - jedenfalls von den Kreisen von den Verfassungsrichtern, die da waren, wie auch von den Hochschullehrern in diesen Bereichen - nicht hingenommen würden, und zwar von der CSU bis in alle Gruppierungen herein. Da glaube ich, wird mit Augenmaß gewaltet werden. Dass man jetzt im ersten Schritt natürlich das Notwendige tun muss und vielleicht auch noch mehr als bisher, das sei mal dahingestellt. Aber da liegt der Teufel im Detail und da glaube ich, würde es in bestimmten Teilen – auch in Karlsruhe – Grenzziehungen geben. Was mich mehr beunruhigt ist diese Geschichte der Überwachung durch ausländische Behörden.

Der Vorsitzende: Die Sitzung ist hiermit geschlossen. Vielen Dank.

Ende der Sitzung: 16.50 Uhr

Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB
- Vorsitzender -